

49. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. November 2005

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung ... 3071

Fragestunde

1. Ausbildung in öffentlichen Einrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Frau Ziegert,
Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12.
Oktober 2005 3072

2. Vogelgrippe: Kontrollen an den Grenzen

Anfrage der Abgeordneten Frau Tuzek,
Oppermann, Perschau und Fraktion der
CDU vom 17. Oktober 2005 3075

3. Softairwaffen und Waffenimitate

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst,
Perschau und Fraktion der CDU vom 17.
Oktober 2005 3077

4. Anteil Bremerhavens an eingespartem Wohngeld

Anfrage der Abgeordneten Schmidtman,
Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober
2005 3077

5. Patriotismus und Integration an Schulen im Lande Bremen

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer,
Perschau und Fraktion der CDU vom 26.
Oktober 2005 3078

6. Insolvenzverschleppung bei der Bremer Theater GmbH?

Anfrage des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 1. November 2005 3081

7. Personalmanagement und -controlling

Anfrage der Abgeordneten Köhler, Frau
Stahmann, Frau Linnert und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Novem-
ber 2005 3082

Aktuelle Stunde

Wie geht es nach oben in der Pisa-Tabelle?

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 3084

Abg. Rohmeyer (CDU) 3087

Abg. Frau Hövelmann (SPD) 3089

Abg. Tittmann (DVU) 3091

Abg. Wedler (FDP) 3093

Senator Lemke 3095

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 3098

Abg. Tittmann (DVU) 3099

Abg. Frau Hövelmann (SPD) 3099

Abg. Rohmeyer (CDU) 3100

Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern

Große Anfrage der Fraktionen der SPD
und der CDU
vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/674)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. August 2005

(Drucksache 16/724)

Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD) 3100

Abg. Frau Windler (CDU) 3102

Abg. Tittmann (DVU) 3103

Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 3104

Senatorin Röpke 3106

Aus den Affenversuchen aussteigen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Oktober 2005
(Drucksache 16/780)

Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 3107

Abg. Tittmann (DVU)	3109	Entwicklung der Wohnungsmärkte 2020
Abg. Frau Emigholz (SPD)	3110	Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
Abg. Frau Tuczec (CDU)	3111	vom 14. Juli 2005
Abg. Frau Emigholz (SPD)	3113	(Drucksache 16/696)
Abg. Frau Tuczec (CDU)	3114	D a z u
Senator Lemke	3115	Mitteilung des Senats vom 1. November 2005
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	3117	(Drucksache 16/792)
Abg. Dr. Sieling (SPD)	3119	Abg. Focke (CDU)
Abg. Frau Tuczec (CDU)	3120	Abg. Frau Kummer (SPD)
Abg. Perschau (CDU)	3121	Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .
Abg. Dr. Sieling (SPD)	3121	Senator Eckhoff
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	3122	Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .
Abg. Perschau (CDU)	3122	Abg. Bödeker (CDU)
Abstimmung	3123	Abg. Focke (CDU)
		Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .
		Senator Eckhoff
		Anhang zum Plenarprotokoll
		3136

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Kauertz, Kleen, Frau Koestermann,
Schildt, Dr. Schrörs, Frau Wangenheim.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Böschen

Schriftführerin Dr. Hannken

Bürgermeister **Röwekamp** (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur **Kastendiek** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 49. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine vierte Klasse der Schule Augsburger Straße und eine zehnte Klasse der Realschule des Schulzentrums Graubündener Straße.

Seien Sie ganz herzlich willkommen, und ich wünsche Ihnen einen schönen, spannenden Vormittag!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Gewoba als kommunales Wohnungsunternehmen erhalten, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 8. November 2005, Drucksache 16/798.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit den Tagesordnungspunkten elf, Gewoba im Eigentum Bremens absichern, und zwölf, Veräußerung der bremischen Anteile an der Gewoba, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes sechs, Der Kopenhagen-Prozess in der beruflichen Bildung, des Tagesordnungspunktes 17, Handlungsbedarf aufgrund des demographischen Wandels, des Tagesordnungspunktes 19, Ausgestaltung des Unterrichtsfachs „Biblische Geschichte“ auf allgemein christlicher Grundlage in Schulen im Land Bremen, des Tagesordnungspunktes 20, Ausbildungsquote in Unternehmen von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern im Lande Bremen, des Tagesordnungspunktes 23, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in öffentlichen Einrichtungen, des Tagesordnungspunktes 24, Eltern-Kind-Kuren, des Tagesordnungspunktes 25, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitnehmerkammer im Land Bremen und des Tagesordnungs-

punktes 29, Notdienst und Bereitschaftsdienst bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten.

(C)

Des Weiteren wurden Vereinbarungen getroffen zur Verbindung von Tagesordnungspunkten, und zwar der Tagesordnungspunkte elf, Gewoba im Eigentum Bremens absichern, und zwölf, Veräußerung der bremischen Anteile an der Gewoba, der Tagesordnungspunkte 26 und 27, hier handelt es sich um den ersten Zwischenbericht des Standes der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips in der bremischen Verwaltung und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau dazu, und der Tagesordnungspunkte 37, Gesetz zur Anwendung des Landesrechts bei der Eingetragenen Lebenspartnerschaft, 38, Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft und Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, und 39, Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung, sowie zur Vereinbarung von Redezeiten bei zwei Tagesordnungspunkten.

Die Sitzung heute Mittag wird bis 15 Uhr unterbrochen, um den Abgeordneten Gelegenheit zur Teilnahme an der Gedenkstunde für die Opfer der Reichspogromnacht 1938 zu geben.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass zu Beginn der Sitzung heute Nachmittag der Tagesordnungspunkt 34, hier handelt es sich um das Thema „Aus den Affenversuchen aussteigen!“, aufgerufen wird.

(D)

Zu Beginn der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) morgen Nachmittag werden die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 26 und 27, Erster Zwischenbericht des Standes der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips in der bremischen Verwaltung und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau dazu, und im Anschluss daran der Tagesordnungspunkt sieben, Auditierung Beruf und Familie im Konzern Bremen, aufgerufen. Zu den Tagesordnungspunkten 26 und 27 ist interfraktionell vereinbart, gemäß Paragraph 28 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft die Landesfrauenbeauftragte als Sachverständige hinzuzuziehen und sie während der Beratung zu hören.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt neun, E-Government in Bremen und Bremerhaven, für die November-Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen mitteilen wie schon gestern in der Sitzung der Stadtbürgerschaft, dass die Fraktion der SPD in ihrer gestrigen Sitzung Herrn Dr. Carsten Sieling zu ihrem Vorsitzenden und unseren ehemaligen Kollegen Herrn Frank Pietrzok zum Fraktionsgeschäftsführer gewählt hat. Ich wünsche Ihnen beiden für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und guten Segen dieses Hauses!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

(B) Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Ausbildung in öffentlichen Einrichtungen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ziegert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Ziegert!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchen Berufsfeldern bilden das Aus- und Fortbildungszentrum des bremischen öffentlichen Dienstes, AFZ, und die Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Abig, wie viele Jugendliche aus?

Zweitens: Wie hoch ist die Vergütung der Auszubildenden in den einzelnen Berufsfeldern, gegebenenfalls differenziert nach AFZ und Abig?

Drittens: Ist gewährleistet, dass durch die öffentliche Hand subventionierte Ausbildungsplätze nur benachteiligten Jugendlichen zugute kommen und nicht reguläre Ausbildungsplätze durch sie verdrängt werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Das Aus- und Fortbildungszentrum der bremischen Verwaltung, AFZ, und die Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Abig, bilden zurzeit junge Menschen in folgenden Berufsfeldern aus:

(C) In dem Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung befinden sich zurzeit 234 Personen in der Ausbildung, davon sind 155 weiblich. In dem Berufsfeld Metalltechnik werden 140 junge Menschen ausgebildet, davon sind zwölf weiblich. In den Ausbildungsbereichen des Berufsfeldes Elektrotechnik einschließlich der IT-Berufe werden zurzeit 50 junge Menschen ausgebildet, davon sind elf weiblich. In dem Berufsfeld Bau-technik befinden sich 32 Personen in der Ausbildung, davon sind 22 weiblich. 14 Personen werden in dem Berufsfeld Holztechnik ausgebildet, davon sind sieben weiblich.

In dem Berufsfeld Chemie, Physik und Biologie befinden sich zurzeit 34 Personen in der Ausbildung, davon sind 22 weiblich. Fünf Auszubildende machen ihre Ausbildung in dem Berufsfeld Drucktechnik, davon sind vier weiblich. In dem Berufsfeld Farbtechnik und Raumgestaltung werden zurzeit 22 Personen ausgebildet, davon sind neun weiblich. In dem Berufsfeld Gesundheit befinden sich 30 ausschließlich weibliche Auszubildende in einem Auszubildendenverhältnis. Insgesamt 90 Auszubildende machen ihre Ausbildung in dem Berufsfeld Ernährung und Hauswirtschaft, davon sind 72 weiblich. Schließlich werden noch 23 Personen in dem Berufsfeld Agrarwirtschaft ausgebildet, davon sind sechs weiblich.

Insgesamt werden zurzeit im AFZ 400 Auszubildende, davon 237 weibliche, und in der Abig 274 Auszubildende, davon 113 Frauen, ausgebildet. Dieses Verhältnis wird sich mittelfristig ändern, da alle nicht bedarfsbezogenen Ausbildungsgänge gemäß Beschluss des Senats vom 5. Juli 2005 in der Abig ausgebildet werden.

Zu zwei: Die Höhe der Auszubildendenvergütungen ist unabhängig von dem jeweiligen Berufsfeld. Die Auszubildendenvergütung bei den Auszubildenden des Aus- und Fortbildungszentrums des bremischen öffentlichen Dienstes beträgt im ersten Ausbildungsjahr 617,34 Euro, im zweiten Ausbildungsjahr 666,15 Euro, im dritten Ausbildungsjahr 710,93 Euro und im vierten Ausbildungsjahr 773,06 Euro. Die Auszubildenden der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Abig, erhalten im ersten Ausbildungsjahr 415 Euro, im zweiten Ausbildungsjahr 472 Euro, im dritten Ausbildungsjahr 539 Euro und im vierten Ausbildungsjahr 601 Euro.

Zu drei: Das Aus- und Fortbildungszentrum für den bremischen öffentlichen Dienst, AFZ, und die Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Abig, sind zentral zuständig für die Ausbildung in den Dienststellen des bremischen öffentlichen Dienstes. Dabei handelt es sich um Ausbildungsplätze nach dem dualen System, die allen Ausbildungsplatzsuchenden zugänglich sind. Da Ausbildungsfähigkeit eine Voraussetzung für die Einstellung als Auszubildender ist, müssen sich die Bewerber einem Auswahlverfahren unterziehen. Dies gilt insbesondere für die Berufe des öffentlichen Dienstes, da nach der Ausbildung eine

(C)

(D)

- (A) Übernahme in den bremischen öffentlichen Dienst angestrebt wird.

Um diese Ausbildungsfähigkeit herzustellen, führen Abig und AFZ gezielt eine berufsvorbereitende Maßnahme zur Förderung der Einstellung von Jugendlichen durch, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes bei der Ausbildungsplatzsuche benachteiligt sind. Im Jahr 2004 betrug die Einstellungsquote von Migranten 24 Prozent. Des Weiteren wird speziell für junge Menschen, die durch gravierende Beeinträchtigungen erschwerte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben, die Ausbildung in dem Beruf Hauswirtschaftshelfer angeboten mit 15 Einstellungen pro Jahr.

Bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze werden zunächst die vorhandenen Ausbildungskapazitäten des bremischen öffentlichen Dienstes genutzt. Zur Sicherstellung und weiteren Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes ist es aber notwendig, zusätzliche Ausbildungskapazitäten durch Kooperationen, insbesondere durch Verbundausbildungsmaßnahmen mit Betrieben der Wirtschaft, zu gewinnen. Aufgrund der festgelegten Kriterien für die Auswahl der Betriebe und der engen Zusammenarbeit sowie Abstimmung mit den zuständigen Kammern ist eine Verdrängung von Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft so gut wie ausgeschlossen. Dies wird dadurch sichergestellt, dass die an der Verbundmaßnahme teilnehmenden Betriebe bislang in dem jeweiligen Ausbildungsberuf noch nicht, nicht mehr oder noch nicht in diesem Umfang ausgebildet haben beziehungsweise allein die erforderlichen Ausbildungsinhalte nicht vermitteln können. – Soweit die Antwort des Senats!

(B)

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Zunächst einmal noch zu der Frage der benachteiligten Jugendlichen! Wenn ich mich recht erinnere, war einmal in der Überlegung, als die Abig gegründet wurde, dass insbesondere für benachteiligte Jugendliche zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Insofern bin ich jetzt etwas erstaunt, dass Sie sagen, dass sie sich sozusagen auf dem ganz allgemeinen Ausbildungsmarkt bewegen. Das erst einmal nur als Feststellung! Sehen Sie nicht auch ein Problem darin, dass es unterschiedliche Vergütungen im AFZ und in der Abig gibt? Wenn ich das jetzt richtig verstehe, dass die Ausbildungsplätze im AFZ zugunsten der Abig zurückgeführt werden, dann bedeutet das ja auch eine Vergütungsabsenkung für die Auszubildenden. Ist das so?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Die Thematik ist etwas umfassender zu sehen. Wir alle kennen die dramatische Ausbildungsplatzsituation, dass wir es in der Wirt-

schaft und auch im öffentlichen Bereich nicht ausreichend schaffen, den jungen Menschen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. In dem Zusammenhang gab und gibt es erfreulicherweise verschiedene Initiativen, ob es nun die Handelskammer zusammen mit dem Senat ist, aber auch das, was wir im Bereich der öffentlichen Hand tun, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Ein Weg dazu, wenn man die Situation im öffentlichen Dienst kennt, die ja nicht von Zuwächsen gekennzeichnet ist, sondern eher von Abbau, ist, über eine Verbundausbildung Ausbildungsplätze zu schaffen. Ich sage Ihnen auch meine persönliche Auffassung dazu: Es muss darum gehen, Ausbildungsplätze zu schaffen. Die betriebliche Wirklichkeit ist schon so, dass, wenn Sie sich einmal im tarifvertraglichen Bereich außerhalb des öffentlichen Dienstes umschauen, in der Wirtschaft tarifvertraglich abgesichert die unterschiedlichsten Ausbildungsvergütungen gezahlt werden. Es gibt keine einheitliche Ausbildungsvergütung.

In dem Zusammenhang geht es hier darum, mit dieser Maßnahme zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Ich denke, das ist den Beteiligten in hervorragender Weise gelungen, die auch mit großem persönlichen Engagement, das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal unterstreichen, mit großem Einsatz diese Betriebe, die kooperieren, gefunden haben. Das wird ausgebaut.

Es ist natürlich immer sehr schön, wenn man möglichst hohe Vergütungen zahlen kann, das Höchste ist natürlich immer am besten. Man muss aber auch in der jetzigen Situation Realist sein, und ich denke, dass das vor diesem Hintergrund so zu vertreten ist, weil wir in der Tat zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen haben, jungen Menschen eine Chance gegeben haben, eine Ausbildung zu machen und damit in ein Berufsleben einzusteigen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Was die Berufsfelder betrifft, die Sie in den einzelnen Berufsfeldern aufgezählt haben: Wonach richten sie sich? Richten sie sich nach den zusätzlichen Ausbildungskapazitäten, das hatten Sie am Anfang einmal gesagt, die im öffentlichen Dienst vorhanden sind, oder richten sie sich nach der Nachfragestruktur der Bewerber oder nach Angeboten aus den Betrieben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wir haben hier zwei Bereiche. Das ist einmal die Ausbildung für den öffentlichen Dienst. Da, wo wir Bedarfe haben, können wir Auszubildende auch übernehmen. Daneben betätigen wir uns mit der Verbundausbildung in klassischen

(C)

(D)

(A) Berufsfeldern. Da richten wir uns ganz normal nach der Verordnung „Berufsgrundbildungsjahr – Anrechnungsverordnung gewerbliche Wirtschaft“, wo das relativ genau definiert ist. Wir operieren da mit den dort anerkannten gängigen und anerkannten Ausbildungsberufen.

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch einer Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Aber daraus erklären sich eigentlich nicht die sehr unterschiedlichen Kapazitäten, zum Beispiel Metallberufe oder Hauswirtschaft oder Ähnliches!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Das hat natürlich auch damit etwas zu tun, wo wir Kooperationspartner finden, die Jugendlichen müssen ja ausgebildet werden, wir müssen auch Betriebe in dieser Verbundvereinbarung finden. Das hängt insofern auch vom Markt ab, es hängt von der Nachfrage ab, also, das steuert es.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Noch einmal zur Zusätzlichkeit! Ich stimme Ihnen erst einmal zu, es kommt darauf an, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, und es ist auch sehr verdienstvoll, dass Sie auf diese Weise einen Weg dazu gefunden haben. Trotzdem ergibt sich immer wieder leicht, wenn man mit solchen Anreizen letztlich auch für Betriebe arbeitet, dass das auf Kosten regulärer Ausbildungsplätze geht. Das haben wir bei anderen Maßnahmen wie Praktikumsplätzen und so weiter auch schon erleben müssen.

Sie haben ja jetzt die gängigen Maßstäbe schon angelegt, Betriebe, die vorher noch nicht ausgebildet haben oder nicht mehr ausbilden oder über die bisherige Kapazität ausbilden! Sehen Sie nicht trotzdem die Gefahr, dass der Anreiz, regulär auszubilden, für Betriebe geringer wird, wenn man letztendlich doch die Möglichkeit findet, durch solche Verbundausbildung einen Ausbildungsplatz günstiger anbieten zu können? Sind vielleicht auch Ideen in Ihrer Behörde dazu vorhanden, dass für die Betriebe ein gewisser Ausstieg gefunden wird, dass man also sagt, dass die Betriebe dann vielleicht nach drei Jahren oder sechs Jahren Verbund auch einmal eigenständig Ausbildungsplätze anbieten? Sonst besteht die Gefahr, dass wir immer mehr letztlich doch zumindest teilweise öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze bekommen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: In der Tat ist natürlich nie auszuschließen, dass wir Trittbrettfahrer haben, die

öffentliche Anreize ausnutzen, da stimme ich Ihnen zu. Wir versuchen, das dadurch zu minimieren, indem wir erstens Betriebe ansprechen und zu gewinnen versuchen, die bislang einfach nicht ausgebildet haben, die auch für den Ausbildungsmarkt nicht zur Verfügung stehen würden, Betriebe, das kenne ich aus der eigenen Erfahrung, die, wenn sie gut und korrekt ausbilden wollen – darum geht es ja, es geht darum, dass die jungen Menschen etwas lernen während ihrer betrieblichen Ausbildung –, auch die Abteilungen alle vorhalten und das gesamte Ausbildungsbild im Betrieb abdecken und auch engagierte Mitarbeiter haben, die sich dieser jungen Leute dann auch annehmen. Es nützt nichts, wenn sie als Azubi im Betrieb sitzen und den Papierkorb ausleeren und am Ende nichts Richtiges gelernt haben.

Die Betriebe müssen Sie finden, das heißt, Sie müssen die Betriebe auch in die Lage versetzen, das zu tun. Da gibt es oftmals das Problem bei kleineren Betrieben, dass sie die Hürden einfach scheuen, die mit der Ausbildung zusammenhängen. Da ist auch viel Verwaltung dabei, es müssen Verträge, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung gemacht werden, da muss die ganze Abwicklung gemacht werden. Das ist das eine, dort kann man unterstützen.

Das Zweite ist, dass Sie oftmals kleinere Betriebe haben, die nicht zugelassen werden würden, weil sie nicht das gesamte Angebot vorhalten. Da müssen diese sowieso mit anderen Betrieben kooperieren. Bestimmte Teile der Ausbildung werden dann in einem anderen Betrieb gemacht, der diese Abteilung vorhält. Das muss organisiert werden, auch da leisten wir die Hilfe, so gewinnen wir auch diese Betriebe.

Dann haben Sie andere Betriebe, die schlechte Erfahrungen gemacht haben mit der Ausbildung und Entsprechendes eingestellt haben. Diese versuchen wir damit auch wieder dazu zu bringen auszubilden, weil die Betriebe aus meiner persönlicher Überzeugung und Erfahrung heraus auch etwas von der Ausbildung haben. Es wird oftmals vergessen, dass Betriebe davon profitieren, dass es ein wechselseitiges Geben und Nehmen ist mit den jungen Menschen. Dann versuchen wir natürlich auch, die einzelnen Ausbildungsberufe zu wechseln, so dass nicht immer derselbe Betrieb den gleichen hat, und wir versuchen, es nicht auf eine dauerhafte Schiene zu setzen.

Wir haben erst relativ neu damit angefangen, und wir müssen das natürlich in den nächsten Jahren zunehmend im Auge behalten, damit wir nicht die regulären Ausbildungsplatzsituationen damit ersetzen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Ziegert** [SPD]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(C)

(D)

(A) Wir kommen zur zweiten Anfrage. Sie befasst sich mit dem Thema „**Vogelgrippe: Kontrollen an den Grenzen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Tuczec, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Tuczec!

Abg. Frau **Tuczec** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Maßnahmen werden im Lande Bremen zur Abwehr der Vogelgrippe und des illegalen Transports von Lebensmitteln und Geflügel getroffen?

Welche Kontrollen werden an den Grenzkontrollstellen durchgeführt?

Welche Erkenntnisse hat der Senat über illegale Transporte von Lebensmitteln und Geflügel?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat stellt fest, dass es in der Freien Hansestadt Bremen sowie in ganz Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt keine Hinweise auf an Vogelgrippe erkrankte Vögel gibt und sich daher kein unmittelbares Risiko für die tierische oder menschliche Gesundheit sowie in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit der im Handel befindlichen Geflügel-fleischprodukte ergibt.

Präventivmaßnahmen und im Ereignisfall auch die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tierseuche sind in Deutschland über das Tierseuchengesetz in Verbindung mit der Geflügelpestverordnung sowie der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung und begleitend mit einer Eilverordnung des Bundes einheitlich vorgegeben. Diese Rechtsvorschriften stehen im Einklang mit den Vorgaben der Europäischen Gemeinschaft und sind auf die nationalen Gegebenheiten angepasst.

Das Land Bremen hat in Abstimmung mit den anderen Ländern präventive Maßnahmen getroffen, die sich aus der Risikobewertung des Friedrich-Löffler-Instituts, dem nationalen Referenzlabor für Tierseuchen, ableiten. Hierzu gehört insbesondere die Überwachung des seit dem 22.10.2005 verordneten Aufstallungsgebotes für Hausgeflügel sowie die entsprechende Aufklärung und Beratung der Geflügelhalter durch den Lebensmittelüberwachungs-, Tier-schutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen. Darüber hinaus ist mit dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr sowie Vertretern der Jägerschaft ein intensiver Informationsaustausch über mögliche Auffälligkeiten bei den in Bremen und Bremerhaven gelegenen Brut- und Rastplätzen für Wildvögel vereinbart worden.

Der Senat weist darauf hin, dass es für den Tier-seuchenfall „Geflügelpest“ bereits einen Notfallplan gibt, der jedoch erst dann aktiviert wird, wenn eine unmittelbare Betroffenheit im Land Bremen real zu befürchten ist oder festgestellt wird.

Zu Frage zwei: In den Häfen werden über die Grenzkontrollstellen Bremen und Bremerhaven insbesondere die Einfuhren von Geflügelfleisch verstärkt kontrolliert. Ziel ist es, die Einhaltung der EU-Einfuhrverbote von Geflügel und Geflügelprodukten aus bestimmten Ländern zu überprüfen. Verstöße gegen die Einfuhrverbote sind bisher nicht festgestellt worden. Kontrollen des Handgepäcks von Personal ausländischer Hochseeschiffe werden risikobasiert bei Landgängen in Bremen und Bremerhaven ebenfalls verstärkt vom Zoll vorgenommen.

Die Kontrollen am Flughafen Bremen beziehen sich primär auf das private Reisegepäck. Der Zoll hat in Abstimmung mit dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die Stichprobenkontrolle deutlich erhöht. Darüber hinaus sind gezielte so genannte Hundertprozent-Kontrollen in Zusammenarbeit mit dem Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen für Direktflüge aus Risikoländern vorgesehen. Derzeit betrifft dies ausschließlich Direktflüge aus der Türkei.

Die Flughafengesellschaft begleitet die Maßnahmen durch im Flughafen ausgehängte mehrsprachige Informationsblätter des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft für Reisende. Im Landreiseverkehr aus osteuropäischen Ländern, bei dem Bremen als Endpunkt angefahren wird, ergeben sich keine besonderen Maßnahmen hier vor Ort, da der Zoll durch mobile Einsatzkommandos bereits auf den Routen im Bereich der östlichen Bundesgrenze Kontrollen durchführt.

Zu Frage drei: Am Flughafen Bremen wurden im August 2005 rund 32 Kilogramm und im September 2005 rund 48 Kilogramm veterinärrelevante Produkte beschlagnahmt und vernichtet. Hierbei handelte es sich um Fleisch- und Wurstwaren sowie Milchprodukte, zum Beispiel Käse aus dem privaten Reisegepäck von Passagieren, die aus Eritrea, Thailand, Taiwan, Türkei, Tunesien und Vietnam in Bremen angekommen sind. Bei der am 21. Oktober 2005 durchgeführten Hundertprozent-Kontrolle eines Türkei-Direktfluges wurden 78 Kilogramm veterinärrelevante Produkte beschlagnahmt und vernichtet.

Erkenntnisse über illegale gewerbliche Einfuhren von Lebensmitteln, insbesondere Geflügel oder Geflügelfleischerzeugnisse, aus Risiko-Drittländern liegen dem Senat nicht vor.

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? – Bitte sehr!

(C)

(B)

(D)

(A) Abg. Frau **Tuczek** (CDU): Man konnte der Zeitung entnehmen, dass insbesondere wegen der Gefahr der illegalen Einfuhr von Geflügelfleisch die Transporte kontrolliert werden sollten, insbesondere an den Grenzkontrollstellen. Jetzt haben Sie gesagt, dass Sie das auch verstärkt haben, insbesondere auch auf Geflügelfleisch. Nun gehe ich einmal davon aus, dass illegale Transporte nicht gerade gekennzeichnet sind. Sie werden ja sicher so eingeschleust werden. Dann würde mich einmal interessieren: Was heißt das, die verstärkte Kontrolle? Haben Sie 30 oder 40 Prozent mehr oder haben Sie die Personen verdoppelt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich habe gerade ausgeführt, dass mit unterschiedlichen Maßnahmen hier verstärkt vorgegangen wird. Der Zoll führt verstärkt Kontrollen durch, also mehr als sonst üblich, und wir haben diese so genannten Hundertprozent-Kontrollen an den Flughäfen. Das ist ja auch keine übliche Maßnahme, dass jeder und jede zu 100 Prozent untersucht wird, und zwar sehr sorgfältig, und das, was als Ergebnis dabei herausgekommen ist, ist hier sehr detailliert aufgeführt. Das heißt, es ist schon ein erheblich höherer Untersuchungs- und Überprüfungsaufwand, der hier geleistet wird, als, ich sage einmal, zu normalen Zeiten.

(B) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Tuczek** (CDU): Eine Frage habe ich noch! Können Sie mir sagen, wie dicht der Kontakt sein muss, dass man sich mit dem Virus HVN 1 ansteckt? Ich will auch einmal sagen, warum ich das frage: Hier in Bremen haben wir am Rathaus das Bratwurstglöckl. Da fliegen viele Tauben herum. Wenn diese sich jetzt infizieren würden durch Kot oder wie auch immer, die anderen Tiere werden auch deswegen alle eingesperrt, kann dadurch eine Übertragung auf den Menschen erfolgen, oder kann man das ausschließen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Erstens sollen Tauben sowieso sehr resistent sein, was die Übertragung von Vogel zu Vogel betrifft, und zweitens ist es jetzt immer noch eine Situation, dass dieses Virus von Vogel zu Vogel übertragen wird oder, wenn Menschen direkt mit Vögeln in Verbindung gekommen sind, auf einzelne Menschen. Ein Fall, in dem das Virus von Mensch zu Mensch übertragen worden ist, liegt noch nicht vor. Insofern ist wirklich darauf zu achten, dass wir sehr sorgfältig mit den Informationen umgehen und auch nicht Ängste schüren, die nicht berechtigt sind. Hier braucht sich sicherlich in Bremen niemand Sor-

gen zu machen, wenn er auf den Marktplatz geht und zufällig mit einer Taube in Kontakt kommt. (C)

(Abg. Frau **Tuczek** [CDU]): Danke schön!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Windler! – Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Windler** (CDU): Frau Senatorin, gibt es Erkenntnisse darüber, wie viel Hobbyzüchter, Hobbygeflügelzüchter wir in Bremen haben? Wie ist gewährleistet, dass auch diese Hobbyzüchter ihre Tiere wegsperren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Die Hobbyzüchter sind selbstverständlich genauso verpflichtet, die Richtlinien, Vorgaben und gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten wie alle anderen auch, und sie werden, wenn wir Hinweise haben, dass dagegen verstoßen wird, genauso kontrolliert und genauso mit Sanktionen belastet wie gewerbliche Geflügelhalter.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Windler** (CDU): Aber es gibt keine Statistik, die Hobbygeflügelzüchter erfasst? (D)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich bin jetzt nicht in der Lage, Ihnen zu sagen, wie viele Hobbygeflügelzüchter wir im Land Bremen haben. Ich glaube auch nicht, dass wir eine Statistik darüber haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Windler** (CDU): Frau Senatorin, meinen Sie, dass es wichtig ist, diese Statistik irgendwann anzulegen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Da müsste ich mich einmal mit meinem Kollegen unterhalten, der für Landwirtschaft zuständig ist. Das kann ich jetzt aus meiner Ressortzuständigkeit so nicht beurteilen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, es schließt an die beiden Fragen meiner Vorrednerinnen an! Ist es richtig, dass, wie Sie es auch

(A) schon angedeutet haben, es bislang keinen Fall gab, wo eine Infektion von Tauben passiert ist beziehungsweise nur unter sehr erschwerten Bedingungen im Forschungslabor und es deshalb keine Aufstallungspflicht beispielsweise für Hobbytaubenzüchter gibt? Das heißt, wenn man in seiner direkten Nachbarschaft einen Taubenschlag hat, fliegen diese Vögel auch weiterhin frei herum, und man braucht sich weder Sorgen um seine eigene Gesundheit zu machen noch muss man versuchen, diesen Nachbarn womöglich wegen Gesetzesverstößen anzuzeigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: So ist es! Ich habe hier gerade auch noch einmal den aktuellen Bericht der WHO, die ja immer genau erfasst, wo welcher Vogel wann auffällig geworden ist. Da gibt es alle möglichen Vogelarten, aber eine Taube ist bis jetzt in diesen Berichten der WHO noch nicht vorgekommen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**Softairwaffen und Waffenimitate**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Herderhorst!

(B) **Abg. Herderhorst (CDU):** Wir fragen den Senat:

Inwieweit sind nach Erkenntnissen des Senats auf dem Gebiet der Anscheins- und Softairwaffen Fortschritte hinsichtlich des Verbots oder einer anderen einschränkenden Regelung erreicht?

Welches Ergebnis hatte der Vorstoß des Landes Baden-Württemberg in der letzten Sitzung der Innenministerkonferenz?

Welche weiteren Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um rasch zu Regelungen zu kommen, die die Gefahrenpotentiale bei den Softair-/Anscheins- und Waffenimitaten mindern beziehungsweise beseitigen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat sich auf ihrer Sitzung am 23./24. Juni 2005 mit der Thematik von Softairwaffen und Anscheinswaffen befasst. Sie hat das Bundesministerium des Innern aufgefordert, der Konferenz zu ihrer Herbstsitzung abschließend über die Frage zu berichten, ob Gegenstände, die von der Europäischen Spielzeugrichtlinie erfasst und mit einem CE-Kennzeichen versehen sind, vom Waffengesetz erfasst sind.

Ferner hat die Innenministerkonferenz das Bundesministerium des Innern gebeten, eine Änderung des Waffenrechts mit dem Ziel in die Wege zu leiten, das Führen von solchen Softairwaffen, die ihrer äußeren Form nach den Anschein einer vollautomatischen Kriegswaffe oder einer erlaubnispflichtigen Schusswaffe hervorrufen, zu verbieten. Außerdem soll in gleicher Weise auch das Führen von Schusswaffen, die ihrer äußeren Form nach den Anschein einer vollautomatischen Kriegswaffe hervorrufen, sowie das Führen entsprechender Nachbildungen in gleicher Weise verboten werden. Das Bundesministerium des Innern ist zudem um Prüfung der Frage gebeten worden, ob in das Verbot des Führens der genannten Waffen auch Anscheinswaffen einbezogen werden können, von denen unvermeidbare Sicherheitsrisiken ausgehen.

Die Innenministerkonferenz wird sich auf ihrer Herbstsitzung erneut mit der Thematik befassen. Ob weitere Schritte durch den Senat zu veranlassen sind, ist nach den Ergebnissen der Konferenz zu entscheiden. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage betrifft den **Anteil Bremerhavens an eingespartem Wohngeld**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schmidtman, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch wird etwa der Betrag sein, den das Land Bremen wegen der Hartz-Reformen an nicht mehr zu zahlendem Wohngeld im Jahr 2005 einsparen wird?

Zweitens: Welchen Anteil daran haben die Einsparungen, die durch Wegfall der Wohngeldzahlungen an Bremerhavener Haushalte entstehen, und wie wurde dieser Anteil ermittelt?

Drittens: Wann wird Bremerhaven seinen Anteil dieser Ersparungen aus dem Bremer Haushalt erhalten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Bei der Anfang des Jahres 2005 vorgenommenen Schätzung der Hartz-IV-Effekte durch die bremischen Fachressorts wurde für das Jahr 2005 im Rahmen des ersten Nachtragshaushaltes ein Betrag von zirka 17,6 Millionen Euro, Landesanteil Wohngeld, vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr als

(C)

(D)

(A) Einsparbetrag ermittelt. Im Rahmen der Vorbereitungen für den zweiten Nachtragshaushalt wurden die voraussichtlichen Hartz-IV-Effekte auf Basis der derzeitigen Entwicklung erneut überprüft. Der Senat geht bei seinen Berechnungen von einer weiteren Minderausgabe beim Landeswohngeld in Höhe von zirka 7,5 Millionen Euro aus, so dass nach jetzigem Kenntnisstand die Wohngeldeinsparungen in 2005 zirka 25,1 Millionen Euro betragen werden. Der genaue Ist-Wert wird erst zum Jahresende endgültig feststellbar sein.

Zu zwei: Rechnerisch entfallen auf Bremen zirka 79 Prozent und zirka 21 Prozent auf Bremerhaven. Diese Aufteilung wurde durch Heranziehung der Ausgabeanteile der Wohngeldzahlungen in den beiden bremischen Stadtgemeinden der letzten fünf Jahre ermittelt. Von den unter Punkt eins genannten zirka 17,6 Millionen Euro und zirka 7,5 Millionen Euro entfällt somit ein rechnerischer Betrag in Höhe von zirka 3,7 Millionen Euro und zirka 1,6 Millionen Euro – also insgesamt 5,3 Millionen Euro – auf Einsparungen bei den im Landeshaushalt Bremerhaven veranschlagten Wohngeldzahlungen. Der endgültige Betrag steht jedoch erst zum Jahresende fest.

Zu drei: Der Senat hat den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und den Senator für Finanzen gebeten, die Lösung des Problems dem Senat vorzuschlagen. – Soweit die Antwort des Senats!

(B)

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wann wird das denn sein? Das würde mich einmal interessieren! Bremerhaven wartet ja sicherlich auch auf das Geld.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Das wird in diesem Jahr erfolgen. Wir müssen, wie gesagt, den Betrag exakt quantifizieren. Wir haben vor, das in diesem Jahr zu machen. Wenn der Betrag nicht endgültig feststeht, kann man zum Beispiel auch mit Abschlägen arbeiten und dann eine endgültige Fixierung am Ende machen. Wir haben also vor, das in diesem Jahr abzuwickeln.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf **Patriotismus und Integration an Schulen im Lande Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

(C)

In welcher Form werden an den Schulen der Primar- und Sekundarstufe I im Lande Bremen Entstehung, Text und Melodie sowie die politische und historische Bedeutung der Nationalhymne behandelt?

Welche Chancen und Möglichkeiten sieht der Senat in einer vertieften Behandlung der Nationalhymne bereits in der Grundschule?

Welche Unterrichtseinheiten sind momentan in den Lehrplänen zu den Themen Patriotismus und Integration vorgesehen, und kann sich der Senat weitere Maßnahmen vorstellen, deren Umsetzung Patriotismus und Integration stärken würden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Bildung und Erziehung sind den im Grundgesetz und der Landesverfassung formulierten und vom Schulgesetz aufgenommenen Werten verpflichtet. Auf dieser Grundlage geben die pädagogischen Leitideen der Rahmenpläne aller Fächer und Stufen Vorgaben für eine gemeinsame Bildungs- und Erziehungsarbeit. So ist im Musikunterricht die Begegnung und Auseinandersetzung mit Musik in ihrer historischen Dimension enthalten. Wie kein anderes Fach verbindet das Fach Musik den fachlichen Gegenstand mit emotionalem Erleben und trägt durch Auseinandersetzung mit Kulturgütern zur Entwicklung der Persönlichkeit und Identität bei. Deshalb kann der Unterricht in diesem Fach in beiden Schulstufen die Geschichte und die Bedeutung des Deutschlandliedes bewusst machen. Dies geschieht in der Schule besonders im Kontext national bedeutsamer Ereignisse und Feiertage.

(D)

Im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I kann der Inhalt des Deutschlandliedes im Zusammenhang mit der bürgerlichen Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts unter den Aspekten der Menschenrechte und der Entwicklung der Nationalstaaten bearbeitet werden. Die Behandlung beider Themen ist verbindlich vorgeschrieben.

Zu Frage zwei: Eine altersgemäße Begegnung mit dem Deutschlandlied wird im Musikunterricht der Grundschule dazu beitragen, ein erstes Verständnis von der Geschichte des Deutschlandliedes und seiner Bedeutung als Nationalhymne zu gewinnen. Den Schülerinnen und Schülern kann schon in dieser Altersstufe verdeutlicht werden, dass im Laufe der vergangenen Jahrzehnte die dritte Strophe des Liedes mit der Musik von Haydn als Hymne im Bewusstsein der Bevölkerung fest verankert ist. Sie hat sich als Symbol bewährt und wird im In- und Ausland gespielt, gesungen und geachtet, was viele Kinder auch besonders von sportlichen Ereignissen her wissen. Sie

- (A) bringt demokratische Werte zum Ausdruck, denen wir uns als Deutsche, als Europäer und als Teil der Völkergemeinschaft verpflichtet fühlen. So kann die Hymne auch junge Kinder in ihrer Identitätsbildung unterstützen.

Zu Frage drei: Ausgangspunkt für die Entfaltung von patriotischem Bewusstsein im Sinne eines ebenso selbstbewussten wie toleranten Verständnisses vom respektvollen Neben- und Miteinander der Völker sind die Wertvorstellungen der Grundrechte im Grundgesetz. Diese Werte müssen nach Auffassung des Senats den Schülerinnen und Schülern in vielfältigen Themenbereichen – auch anlassbezogen – im Unterricht vermittelt werden.

Im Rahmenplan Welt/Umwelt/Gesellschaft beziehen sich die Themenfelder „Gesellschaften und ihre Wertesysteme“ und „Ursprünge politisch-gesellschaftlicher Strukturen“ auf die Wertvorstellungen der Grundrechte und tragen nach Auffassung des Senats entscheidend zur Förderung der Wertschätzung unserer Verfassung bei. Themen wie „eigene und fremde Werte und Traditionen“ für die fünfte und sechste Klasse und „Probleme der Migration“, „Probleme der Integration“ für die Klassen sieben bis zehn sind dazu geeignet, auch Schülerinnen und Schüler aus Familien mit Migrationshintergrund zu öffnen für ein positives Verhältnis zu unserem Land und der Gesellschaft, in der sie leben.

- (B) Die in den Grundrechten enthaltenen Wertvorstellungen fließen in Unterrichtseinheiten, die im Rahmen von Lehrerfortbildung entwickelt und im Unterricht der unterschiedlichen Schulstufen eingesetzt werden, ein. Außerdem wird der Senator für Bildung und Wissenschaft darauf hinwirken, dass vor dem Tag der Deutschen Einheit in den Schulen in Unterrichtsprojekten das Problem der Integration von Menschen mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Sozialisation behandelt wird.

Schließlich werden die Schulen aufgefordert, diese Thematik über den Unterricht hinaus in ihr Schulleben zu integrieren, indem sie entsprechende Projekte und Veranstaltungen für Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte durchführen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ja! Herr Senator, zunächst möchte ich Ihnen, auch im Namen der gesamten CDU-Fraktion, unseren Dank für diese sehr gute Antwort und die aufgezeigten Maßnahmen ausdrücken. Ich habe nur eine Nachfrage, denn Sie haben ja sowohl zu Frage zwei als auch zu Frage drei Maßnahmen dargestellt: Wann ist mit einem Beginn der Umsetzung dieser Maßnahmen zu rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wenn ich den Schulalltag richtig interpretiere, wird das mehr oder weniger bereits jetzt umgesetzt, und ich glaube, dass die Schülerinnen und Schüler in vielfältiger Art und Weise mit diesem Thema konfrontiert werden. Das ist genau so, wie ich es Ihnen hier sehr ausführlich vorgetragen habe, heute der Alltag. Insbesondere, wie ich hier betont habe, ist es bei Sportveranstaltungen absolut üblich und ein sehr geeigneter Weg, auch den Kindern der Grundschule jetzt schon derartige Dinge und auch die damit verbundenen Werte in unserem Land zu vermitteln.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte den Senat fragen: Haben wir in unserem Schulwesen eigentlich keine dringenderen Probleme als dieses gerade behandelte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wir haben eine Vielzahl von Problemen, aber ich habe hier eine Frage eines Abgeordneten ordnungsgemäß zu beantworten, und das habe ich entsprechend getan.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Hat der Senat zur Kenntnis genommen, dass in Bremerhaven eine dort ansässige Zeitung eine Umfrage unter den Lesern gemacht hat, ob sie es für vordringlich halten würden, die Nationalhymne im Unterricht zu lernen und dass das Ergebnis dabei war, dass 75 Prozent gesagt haben, dass sie es nicht für vordringlich hielten und 25 Prozent es für vordringlich hielten angesichts des Zustandes unseres Schulwesens in Bremen und Bremerhaven?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich habe das soeben zur Kenntnis genommen. Ansonsten interessieren mich derartige Dinge nicht so sehr. Wichtig ist, was wir als Politiker nach ausführlicher Betrachtung von Problemen entscheiden, nicht irgendwelche TED-Umfragen. Die sind meistens nicht so sehr zielführend.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Vorteil dieser Umfragen ist, dass die Bürger zu Wort

(C)

(D)

(A) kommen und nicht nur die Politik. Das ist manchmal gar nicht schlecht!

(Lachen bei der CDU)

Diesen kleinen Vorteil haben diese Umfragen, dass man die Menschen auch einmal fragt!

Ich habe noch eine letzte Frage: Ist dem Senat bekannt, dass in letzter Zeit ähnliche Vorstöße der CDU-Fraktionen in einigen Landtagen, von Sachsen ausgehend, gemacht worden sind und dass die Diskussion darüber auch in der Öffentlichkeit geführt worden ist, dass es vor allen Dingen nicht darum geht, die jetzt vom Senat, wie ich auch finde, in sehr löblicher Weise aufgezählten Werte zu vermitteln, sondern darum, den Kampf um den Begriff Patriotismus mit rechten Parteien zu führen und dort wieder eine Vormachtstellung zu erlangen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich sage ausdrücklich, ich finde die Beantwortung dieser Frage ausgesprochen positiv, weil sie nicht nur auf den Begriff des Patriotismus und die damit verbundenen Werte eingeht, sondern auf die Verbindung der Integration. Deshalb kann ich nur sagen, ich stehe inhaltlich genau dazu. Was in Sachsen diskutiert wird, steht auf einem völlig anderen Blatt. Ich stehe zu der Position, die wir hier gemeinsam erarbeitet haben.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Tittmann!

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Senator Lemke, können Sie bestätigen, dass man solche TED-Umfragen auch manipulieren kann? Hier war auch der Name Beckmeyer einmal im Gespräch, der durch eine Telefonaktion dafür gesorgt hat, dass die Umfrage ganz anders aussieht.

Zweitens wollte ich Sie fragen: Können Sie als Senator des Landes Bremen bestätigen, dass, unser Deutschlandlied besteht aus drei Strophen, die erste Strophe, Deutschland, Deutschland über alles, eben nicht verboten ist, wie es meistens den Jugendlichen immer propagiert wird? Das sind meine Fragen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Zu der Frage der TED-Umfragen verweise ich auf das, was ich eben dazu gesagt habe, dass es nicht immer zielführend ist. Zur Frage, ob die erste oder zweite Strophe verboten ist: Sie sind nicht verboten, aber unsere Nationalhymne besteht aus der dritten Strophe.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Rohmeyer!

(C)

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, mein direkter Vorredner gibt mir die Gelegenheit nachzufragen oder darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, die Entstehung und Bedeutung der Nationalhymne, auch der ersten Strophe, darzustellen, damit eben rechte Rattenfänger in Deutschland gerade bei jungen Leuten keine Chance mehr haben, damit man ihnen nämlich frühzeitig erklärt, woher die Formulierung von Hoffmann von Fallersleben kam, dass das nichts mit irgendeinem Herrenmenschentum oder Ähnlichem zu tun hat, das rechtsradikale und rechtsextreme Parteien in Deutschland verbreiten!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Herr Senator, meine Frage, weshalb ich noch einmal hier stehe, bezog sich auf die Fragen des Abgeordneten Dr. Güldner. Herr Senator, sind Sie mit mir der Auffassung, dass es auch gerade vor dem Hintergrund, was wir zurzeit aus Frankreich mitbekommen, und auch der Integrationsprobleme, die wir innerhalb unseres Landes haben, ganz besonders wichtig ist, dass man auch durch die Vermittlung von nationalen Symbolen, zu denen eben auch die Nationalhymne gehört, die Integration voranbringt und dass es eben wichtig ist, dass wir dann zugewanderte junge Menschen eben auch mit den Symbolen ihrer neuen Heimat verbinden und das eben auch im Rahmen des Schulunterrichts bei der Nationalhymne eine Möglichkeit ist?

(D)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich weiß nicht, ob das jetzt nicht den Rahmen einer Fragestunde sprengt. Ich will mich aber trotzdem bemühen, Ihnen darauf zu antworten, denn uns alle bewegt auch im Blick auf die kommende Diskussion in der Aktuellen Stunde die Relevanz, Entwicklungen gegenzusteuern, wie wir sie im Augenblick täglich oder nächtens in Frankreich erleben. Alle unsere Maßnahmen, die wir in dem Bereich unternehmen, müssen darauf abzielen, dass derartige Vorkommnisse in unserem Land keine Chance haben. In dem Zusammenhang sage ich, dass man sehr sorgfältig damit umgehen muss, um die Kinder und Jugendlichen zueinander zu bringen und nicht etwa durch Symbole etwas zu trennen, Symbole unseres Landes, die Nationalhymne und auch unsere Flagge und die Flaggen derjenigen, die dort in den Schulen multikulturell vertreten sind. Wir können es nicht verändern, es ist ein Fakt, und es ist ein guter Ansatz.

Ich erinnere in dem Zusammenhang an die freundliche Schilderung hier im Hause, als wir über die Internationale Schule Bremen gesprochen und gesagt haben, wie viele Nationen dort anwesend sind. Wenn ich in diese Schule gehe, sehe ich, dass mit Stolz

- (A) die Flaggen der einzelnen Nationen dort hängen, und es ist schön, dass man dort gemeinsam stolz darauf ist, dass so viele Nationalitäten zusammen sind. Das wünsche ich mir für die ganze Stadt, für das ganze Land.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Nur als Abschlussbemerkung, die Diskussion würde in der Fragestunde tatsächlich zu weit führen! Ich glaube aber, Herr Senator, wenn wir auch von der schriftlich gegebenen Antwort des Senats ausgehen, dass wir hier ein Projekt anschieben können und das Thema Integration vielleicht auch noch einmal intensiver in der Bildungsdeputation beraten sollten.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wir werden das gleich in der Aktuellen Stunde sehr ausführlich behandeln. Die Frage der Integration ist nämlich ein zentrales Thema der Pisa-Auswertung.

(Abg. **Rohmeyer** [CDU]: Ist mir bekannt, deshalb habe ich es für die Deputation angekündigt!)

(B)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Insolvenzverschleppung bei der Bremer Theater GmbH?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Wedler, FDP.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mir Bremen und Bremerhaven nicht ohne ein Theater vorstellen. Ich muss aber verlangen, dass die Theater wirtschaftlich ordentlich arbeiten und dass sie mit den von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Mitteln ordentlich wirtschaften. Deshalb frage ich den Senat:

Erstens: Welche Erkenntnisse liegen dem Senat darüber vor, ob der Geschäftsführer der Bremer Theater GmbH die Voraussetzungen des Paragraphen 64 GmbH-Gesetz eingehalten hat?

Zweitens: Gibt es Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft, ob eine Insolvenzverschleppung vorlag oder vorliegt?

Drittens: Seit wann hat der Senat Kenntnis davon, dass die Bremer Theater GmbH ein strukturelles Finanzdefizit in Höhe von zirka vier bis fünf Millionen Euro aufweist?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek. (C)

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich diese kommunale Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat hat nach dem derzeitigen Erkenntnisstand keine Anhaltspunkte, dass gegen Paragraph 64 GmbH-Gesetz verstoßen wurde. Mit der Unterzeichnung des Kreditvertrages am 2. November 2005 ist eine mögliche Zahlungsunfähigkeit abgewendet worden.

Zu Frage zwei: Nein!

Zu Frage drei: Dem Senat ist der Liquiditätsbedarf in der Summe von 4,5 bis fünf Millionen Euro seit dem 11. Oktober 2005 bekannt. Ob und wie weit es sich dabei um strukturelle Probleme handelt, werden erst die abschließenden Bewertungen ergeben.

Präsident Weber: Herr Kollege Wedler, haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Ist es richtig, dass dem Senat und damit auch den zuständigen Senatoren für Justiz und Kultur die Überschuldungssituation des Bremer Theaters schon lange, mindestens aber seit Anfang Juli dieses Jahres bekannt ist und dass es dazu auch schon mehrere Gespräche zwischen den Senatoren für Finanzen, der Senatskanzlei und dem Kultursenator unter Beteiligung der Geschäftsführung des Bremer Theaters gegeben hat? (D)

Präsident Weber: Herr Kollege Wedler, die Frage, die Sie gestellt haben, haben wir eigentlich nur wegen der zweiten gestellten Frage zugelassen. Sie hätte den Hintergrund für den Landtag gehabt. Die zweite und dritte Frage ist in der Tat eine rein kommunale Stadtangelegenheit und Ihre Zusatzfrage ebenfalls, dies gilt es zu berücksichtigen.

Abg. **Wedler** (FDP): Darf ich dazu sagen, es geht hier um eine justizielle Frage. Es geht hier nämlich um die Fristen, die im GmbH-Gesetz genannt sind, und das Verhalten unserer Justiz im Zusammenhang mit dieser Frage.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Herr Abgeordneter, Sie gehen von einem Trugschluss aus. Erstens: Die Frage, ob Insolvenz vorliegt oder nicht, muss die Geschäftsführung feststellen. Zweitens: Bei Insolvenztatbeständen ist zu unterscheiden zwischen einem Liquiditätsproblem und einem bilanziellen Vermögensproblem. Das Problem hatten wir gestern auch schon, dass dazwischen unterschieden werden muss. Man muss es auch begreifen. Bilanzielles Problem, Überschuldung ist ein Punkt, und Liquiditätsproblem ist ein

(A) anderer Punkt. Wenn man ein Liquiditätsproblem hat, heißt das noch lange nicht, dass man ein bilanzielles Problem hat. Wenn man ein bilanzielles Problem hat, heißt das noch lange nicht, dass man ein Liquiditätsproblem hat.

Das, worüber wir uns jetzt unterhalten, ist ein Liquiditätsproblem. Dazu hat der Senat entsprechende Beschlüsse gefasst, und es sind auch entsprechende Verträge zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Geschäftsführung des Theaters unterschrieben worden. Worauf Sie jetzt reflektieren, ist das bilanzielle Problem. Das bilanzielle Problem ist sehr wohl bekannt. Das ist kein Geheimnis. Hier ist aber von Seiten der Freien Hansestadt Bremen angekündigt worden, dass durch eine Garantieerklärung der Tatbestand der Insolvenz geheilt werden kann und die Geschäftsführung hier nicht gezwungen ist, Insolvenz anzumelden.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich habe eine weitere Zusatzfrage, die sich mit dem GmbH-Gesetz beschäftigt. Ist es richtig, dass Sie von der Gesellschafterseite schon Ende August darauf hingewiesen wurden, dass auch die Insolvenz des Theaters in Bremen eine Entscheidungsposition ist, und wie erklären Sie sich da die Fristensystematik des GmbH-Gesetzes?

(B)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Herr Kollege, mir obliegt es natürlich nicht, irgendwelche Belehrungen oder Hinweise zu geben, dennoch erlauben Sie mir bitte die Bemerkung, wenn Sie gestern die Debatte aufmerksam verfolgt hätten, hätten Sie genau diese Frage beantwortet bekommen.

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Hier ist Landtag, das war Stadt!)

Er kann aber als Landtagsabgeordneter einer Debatte in der Stadtbürgerschaft folgen, wenn ihm das Thema sehr am Herzen liegt. Die Tribüne steht offen!

(Beifall bei der CDU)

Die Liquiditätsproblematik, die sich Ende August aufgezeigt oder angedeutet hat, ist durch die Nachbewilligung der 631 000 Euro, die der Haushalts- und Finanzausschuss auch im September freigegeben hat, geheilt worden und auch somit die Ein-vierzehntel-Regelung. Der Sachverhalt, der Tatbestand, den wir jetzt diskutieren, ist ein neuer und hat mit dem Sachverhalt, der Gegenstand der Beratung Ende August war, nichts zu tun.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(C)

Abg. **Wedler** (FDP): Auch das ist wieder eine juristische Frage, die in den Landtag gehört, denn das ist unter Umständen ein Straftatbestand. Gibt es eine Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats des Theaters, und stellt sich hier für den Senat die Frage eines Regresses an die Mitglieder des Aufsichtsrats?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: In welchem Zusammenhang?

(Abg. **Wedler** [FDP]: In diesem Zusammenhang selbstverständlich!)

Ich kann jetzt nur interpretieren, wie Sie die Frage meinen, deswegen erlauben Sie mir, dass ich die Frage so beantworte, wie ich glaube, sie verstehen zu müssen. Also, hinsichtlich der Anmeldung von Insolvenz ist allein die Geschäftsführung verantwortlich. Da keine Insolvenz vorliegt, kann auch keine Insolvenzverschleppung vorliegen. Von daher ist an der Stelle diese Frage der Geschäftsführung so zu beantworten, der Aufsichtsrat hat hinsichtlich der Anmeldung von Insolvenz überhaupt keine Handlungsverantwortung, und somit kann er diesbezüglich auch keine Verantwortung tragen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(D)

(Abg. **Wedler** [FDP]: Ich hätte noch eine, aber ich glaube, ich lasse das lieber einmal, damit Sie nicht noch weiter in Versuchung geraten! Vielen Dank!)

Die siebte Anfrage bezieht sich auf **Personalmanagement und Personalcontrolling**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Köhler, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch ist die Zahl der Beschäftigten aller Einrichtungen Bremens, einschließlich der Betriebe, Beteiligungen und Zuwendungsempfänger?

Zweitens: Welche Erfahrungen hat der Senat mit der Verpflichtung der Betriebe, Beteiligungen und Zuwendungsempfänger Bremens gemacht, die Personaldaten dem Senator für Finanzen periodisch und automatisiert zur Verfügung zu stellen?

Drittens: Welche Auffassung hat der Senat zur Position, dass als Gegenstück zur dezentralen Personalbewirtschaftung im so genannten Konzern Bre-

- (A) men ein zentrales Personalmanagement und -controlling herausragende Bedeutung hat?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: Der Senat sieht alle Betriebe und Einrichtungen als zum Konzern Bremen gehörig an, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen und auf die ein institutioneller Einfluss ausgeübt werden kann. Einrichtungen gehören demnach dann zum Konzern Bremen, wenn sie im Mehrheitsbesitz der Freien Hansestadt Bremen sind – über 50 Prozent der Anteile gehören der Stadtgemeinde und/oder dem Land Bremen – oder wenn sie mehrheitlich durch Zuwendung oder sonstige Leistungen aus den Haushalten der Freien Hansestadt Bremen finanziert werden und wenn ein sonstiger institutioneller Einfluss, zum Beispiel über Aufsichtsratsfunktionen, auf die Einrichtungen ausgeübt wird.

Insgesamt gibt es im Konzern Bremen ein Beschäftigungsvolumen von 37 796 Vollzeitstellen im Jahr 2004. Über den jeweils genauen Stand wird in dem Personalcontrolling jährlich berichtet. Die Zahl der Beschäftigten lässt sich aufgrund der in Bremen recht hohen Teilzeitquote auf rund 44 000 schätzen.

- (B) Zweitens: Ziel eines konzernweiten Personalcontrollings in der Freien Hansestadt Bremen ist es, entsprechend Paragraph 12 des Haushaltsgesetzes 2004/2005 die unter Haushalts- und Effizienzgesichtspunkten notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen auch bei Beteiligungsgesellschaften und Zuwendungsempfängern in das Controlling einzubeziehen. Der für diesen Zweck entwickelte Konzerndatensatz geht in der Datenquantität und -qualität über die bisherigen Erfassungsmethoden hinaus. Gerade im Personalbereich, der auch in Beteiligungsgesellschaften den größten Kostenanteil ausmacht, ist es erforderlich, dass vergleichbare Daten aller Konzernbereiche vorliegen.

Bei einer Reihe von Einrichtungen werden bereits heute Personaldaten auch automatisiert und periodisch geliefert. Über sämtliche Dienststellen der Kernverwaltung, die Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und öffentlich-rechtlichen Stiftungen, aber auch eine Reihe von Zuwendungsempfängern und Beteiligungsgesellschaften liegen monatliche Informationen über das Personal vor. Diese Informationen basieren direkt auf den Daten der Gehaltsabrechnung und sind daher von hoher Zuverlässigkeit. Daneben werden zurzeit die Daten der Beteiligungsgesellschaften im Rahmen des vierteljährlichen Beteiligungscontrollings erfasst.

Das konzernweite Personalcontrolling sieht eine automatisierte Erfassung und Zusammenführung der

Personaldaten aller Einrichtungen des Konzerns Bremen vor. Hierfür wurde beim Senator für Finanzen eine Konzerndatenbank erstellt, die Informationen der verschiedenen Einrichtungen zusammenführt und zum Zweck einer vergleichbaren Auswertung in ein einheitliches Format bringt. Die Arbeiten zu dieser Datenbank sind mittlerweile weitgehend abgeschlossen. Eine pilothafte Erfassung der Personaldaten ist für Anfang des Jahres 2006 geplant.

(C)

Drittens: Der Senat ist der Auffassung, dass die Einführung eines konzernweiten Personalcontrollings eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Dezentralisierung der Personalverantwortung ist. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich das jetzt einmal zusammenfassen darf: Kann ich dann sagen, dass es nicht möglich ist, die exakte Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in der gemachten Definition anzugeben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Das Beschäftigungsvolumen hatte ich Ihnen präzise genannt. Es sind 37 796 Vollzeitstellen.

(D)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Über wie viele Leute wir reden, wenn wir zum Beispiel morgen über Gender Mainstreaming beziehungsweise über Fragestellungen wie Personalführung und so weiter reden, können Sie nicht feststellen? Sie wissen nicht, wie viele Leute im Konzern arbeiten? Habe ich das richtig verstanden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wenn wir Teilzeit einbeziehen, müssen wir schätzen. Dann sind wir bei zirka 40 000.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): In den Haushaltsgesetzen steht ja für das Jahr 2004 und 2005, die in der Form vom Senat auch vorgeschlagen worden sind, dass es dieses konzernweite Personalcontrolling geben muss und dass auch die Beteiligungsgesellschaften verpflichtet sind, die entsprechenden Daten automatisiert abzuliefern. Jetzt höre ich, dass da gerade erst etwas im Aufbau begriffen ist und ab

- (A) 2006 ein Pilotversuch gemacht werden soll. Wie deckt sich das denn? Es gibt einerseits die Gesetzeslage, die sagt, ab 2004 gibt es das, und die Gesellschaften sind verpflichtet, und jetzt höre ich, ab 2006 machen wir einmal einen Versuch.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sagte Ihnen ja in der Antwort, dass nicht alle Einrichtungen automatisch und periodisch ihre Daten abliefern. Das ist aber nur ein Teil der Einrichtungen. Wir greifen sonst auch auf Daten der Lohn- und Gehaltsabrechnung zu und sind wie gesagt dabei, ab jetzt in einem Pilotverfahren ab 2006 alle Daten automatisiert und periodisch zu erfassen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es bestimmte Senatsressorts, wo es besonders hakt? Das muss ja schon eine längere Auseinandersetzung sein.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

- (B) **Senator Dr. Nußbaum:** Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Ich sagte Ihnen ja, dass wir dabei sind und das Verfahren mittlerweile abgestimmt haben. Sonst könnten wir nicht 2006 mit der zentralen Datenbank beim Senator für Finanzen anfangen, aber ich gebe zu, dass wir da in der Tat noch Aufarbeitungsbedarf haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Diese manuellen Daten werden ja im Wesentlichen von Teilen der Verwaltung, also von den Gesellschaften, geliefert werden, sie füllen dort wahrscheinlich irgendwelche Tabellen in eigener Verantwortung aus. Enthalten diese eigentlich die gleichen Informationen wie zum Beispiel die Daten, die in der Kernverwaltung direkt aus der Personalabrechnung und der Gehaltszahlung ermittelt werden, oder sind das ganz andere Daten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sagte Ihnen ja, dass die zentrale Herausforderung ist, vergleichbare und einheitliche Datensätze zu erstellen, sowohl für die Kernverwaltung als auch für die ausgelagerten Bereiche. Sonst können Sie sich das nämlich ersparen, und genau das ist jetzt geschehen und wird in diesem Pilotverfahren ab 2006 einheitlich getestet. Wenn es dann erfolgreich läuft, wird es hoffentlich auch umgesetzt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr! (C)

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist ja Auffassung des gesamten Hauses hier und auch Beschlussfassung im Senat, dass die ganzen personalwirtschaftlichen Maßnahmen, die für die Kernverwaltung beschlossen worden sind, auch auf den gesamten Konzern Bremen übertragen werden sollen. Wie ist das denn überhaupt möglich, wenn man einerseits eine ganz dezentrale Personalverantwortung hat und das Ganze delegiert hat, aber andererseits überhaupt kein Kontrollsystem hat, das zentral wirkt? Ist die Zielsetzung überhaupt richtig?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Überhaupt kein Kontrollsystem ist nicht richtig! Ich hatte Ihnen ja die verschiedenen Instrumente von Personalcontrolling und sonstigen Berichten aufgezählt. In der Tat arbeiten wir daran. Hier gibt es einen gewissen Aufholbedarf, dass wir insbesondere die personalwirtschaftlichen Maßnahmen, die wir für den Kernhaushalt beschlossen haben, dann auch dezentral umsetzen. Hier muss sicherlich noch einiges geleistet werden, dass dort konzerneinheitlich eben der Wille des Senats und der Wille der Bürgerschaft umgesetzt werden können.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. (D)

Mit der Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde abgeschlossen.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema beantragt worden:

Wie geht es nach oben in der Pisa-Tabelle?

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Während die CDU in der Fragestunde gefragt hat, ob man nicht die Nationalhymne in der Grundschule intonieren sollte, auch um die Leistungen der Schülerinnen und Schüler voranzubringen,

(Zuruf des Abg. Rohmeyer [CDU])

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) beschäftigt sich die grüne Bürgerschaftsfraktion heute mit einer wirklich wichtigen Frage. Wir wollen nämlich darüber sprechen, wie es in der Pisa-Tabelle nach oben geht. Das ist doch die Herausforderung hier im Bundesland Bremen, der sich auch dieses Haus stellen muss!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Rohmeyer, keine Bange, zu Ihnen komme ich auch gleich noch!

In der vergangenen Woche stellten Bildungsforscher der Öffentlichkeit die bundesweiten Ergebnisse der Pisa-II-Studie vor. Die Ergebnisse sind für Bremen erneut niederschmetternd. Sie stellen der Bildungspolitik der großen Koalition ein schlechtes Zeugnis aus, und für Bremen kann man zusammenfassen: Wir tragen weiterhin die rote Laterne im Bildungvergleich.

Die Lernpotentiale der Kinder werden in keiner Weise ausgeschöpft. Die Potentiale sind nämlich viel größer, wie die Bildungsforscher belegen. Die Förderangebote, die wir in Bremen für die Schulen und Kindergärten bereitstellen, kommen zu spät. Talente werden nicht erkannt, und unser Bildungssystem ist sozial ungerecht. Der Bildungsweg der Eltern, das Portemonnaie der Eltern und auch die Herkunft der Eltern und der Kinder bestimmen, welche Chancen man in unserem Bildungssystem hat, und das ist Fakt, und das ist ein riesengroßer gesellschaftlicher Skandal. Wir müssen uns den Herausforderungen im Land Bremen stellen, und die große Koalition kann nicht immer weiter behaupten, sie habe noch nicht genug Zeit gehabt. Sie sind schließlich fast zehn Jahre an der Regierung, und bestimmte Ergebnisse konnten auch Sie schon erkennen und hätten auch dort schon deutlich umsteuern können.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es sind Leistungszuwächse für Bremen gemessen worden. In der Zeitung tauchte ein Artikel auf, wo gesagt wurde: Es waren ja auch ganz andere Schülerinnen und Schüler mit ganz anderen Kompetenzen. Ich finde, dieser Streit ist in gewisser Weise auch müßig. Die Statistiker haben sich bemüht – ich habe es auch noch einmal ganz genau nachgelesen, nach der Berichterstattung im „Weser-Kurier“ – und haben solche Quellen auch berücksichtigt. Da gibt es bestimmte Rechenbeispiele, dann werden Zahlen addiert und adjustiert, und man kann sagen, es gibt gewisse Kompetenzzuwächse im Bundesland Bremen. Ich finde aber den Streit müßig, genau wie ich den Streit zwischen Ihnen, Herr Rohmeyer, dass Sie sagen, Gymnasien seien besser, und Ihnen, Frau Hövelmann, die gesagt hat, die Gesamtschulen hätten auch eine große Leistung vollbracht, müßig finde. In der Tat, die Schulformen in Bremen haben Leistungszuwächse erreicht, aber letzter Platz ist letzter Platz,

liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit müssen wir uns auseinander setzen!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Immerhin hinken die Bremer Gymnasiasten ein Jahr hinter den bayerischen Gymnasiasten hinterher. International will ich die Bremer Gymnasiasten und auch die bayerischen Gymnasiasten hier nicht vergleichen. Da spielt Bayern auch nicht in der Champions League, Herr Rohmeyer! Bayern liegt hintenan. Nein, Herr Rohmeyer, da gibt es deutlich andere Länder, die fast alle ihre Schülerinnen und Schüler besser fördern, als wir es tun.

Im internationalen Vergleich tummeln wir uns im Tabellenkeller. Ich möchte das am Bereich Mathematik deutlich machen und noch einmal sagen, mit wem wir uns da gemeinsam tummeln: Es sind Italien, Portugal, Griechenland, Türkei und Mexiko, und bei der Lesekompetenz sind nur noch die Türkei und Mexiko schwächer als wir. Mehr als das Talent und die Begabung bestimmt nach wie vor das Portemonnaie der Eltern den Bildungsweg der Kinder. Kinder aus Akademikerfamilien sind auch in Bremen häufiger auf dem Gymnasium anzutreffen als Kinder mit gleicher Begabung aus einer Familie, in der die Eltern arbeitslos sind oder aus dem Ausland stammen. Verglichen mit einem Arbeiterkind hat der Akademikernachwuchs in Deutschland viermal größere Chancen, das Gymnasium zu besuchen. In Bayern liegt dieser Wert sogar bei 6,7, in Bremen landen wir bei 2,9, was zwar ein besserer Wert ist, der uns hier aber nicht zufrieden stellen kann.

(D)

Ist das gerecht, frage ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen? Es gibt in allen Industrienationen einen Zusammenhang zwischen Elternhaus und Bildungschancen, aber in Deutschland ist diese Koppelung besonders eng. Immer neue Studien haben in den vergangenen Jahren den Einfluss elterlicher Bildung und Einkommensverhältnisse auf die Schulkarriere belegt, vom Vorschulalter über die Grundschule bis hin zu den Fünfzehnjährigen in der Pisa-Studie. Selbst an den Universitäten wächst in den letzten zwei Jahrzehnten der Anteil der Studenten aus dem gehobenen Elternhaus. Die zweite heftige Pisa-Erkenntnis lautet: Bis zu 30 Prozent der fünfzehnjährigen Schüler können nur auf Grundschulniveau rechnen und verstehen nicht einmal einfachste Texte. Dafür ist Bremen leider repräsentatives Beispiel.

Während die Pisa-Siegerländer es schaffen, auch leistungsschwache Schüler zu guten schulischen Abschlüssen zu führen, bleibt dieses wichtige Bildungspotential bei uns ungenutzt. Genau daran lässt sich etwas ablesen, das bei Pisa eben nicht getestet worden ist: die Wertschätzung von Bildung in einem hoch entwickelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland. Anscheinend ist es so, dass andere Länder dem Bereich gesamtgesellschaftlich eine wesentlich größere Bedeutung einräumen, als wir es tun. Auch da

- (A) muss ein gesamtgesellschaftlicher Prozess starten, in dem alle an einem Strang ziehen müssen. Bildung muss das Topthema in Deutschland und in Bremen werden! Bildung muss absolute Priorität haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Andere OECD-Staaten setzen aus volkswirtschaftlichen, sozialpolitischen und auch aus demokratieförderlichen Gründen darauf, alle Kinder optimal zu fördern, und das gelingt uns in Bremen wenig. Wir müssen ein solides Fundament bauen. Deswegen wollen wir die Kinder so früh wie möglich individuell fördern. Der schickste Loft mit bester Aussicht nützt nichts, wenn der Bau auf einem wackligen Fundament steht. Wir brauchen eine frühere intensive Sprachförderung für alle Kinder, und wir haben gute Chancen, dies in Bremen zu erreichen, denn über 96 Prozent der Bremer Kinder besuchen einen Kindergarten. In Bremen ist das eine Zahl mit über 80 Prozent. Sprachförderung muss beim Start in den Kindergarten beginnen, nicht erst ein Jahr vor der Schule, auch nicht erst zwei Jahre. Wir haben immer wieder gesagt: Alle Länder, die international erfolgreich sind, beginnen schon ab dem dritten Lebensjahr mit einem Riesensprachprogramm, und daran muss sich Bremen orientieren!

- (B) Sprache ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Bildungsweg. Die Sozialdeputation einschließlich Herrn Bensch, der ja jetzt neu in der Bürgerschaft ist, war damals in England. Auch Herr Pietzok und Herr Oppermann haben daran teilgenommen. Wir haben dort erfolgreiche Kindergärten gesehen, die als Familienzentren arbeiten. Auch in diese Richtung muss die Reise gehen. Hier hat die Koalition doch schon die guten Beispiele gesehen, hier ist wertvolle Zeit verschenkt worden.

Die Ideen, die wir aus England mitgebracht haben, diese Ansätze hätte man in Bremen in den letzten Jahren schon problemlos umsetzen können, ohne jetzt die Pisa-Studie auf den Tisch gelegt bekommen zu haben. Wir haben damals schon darüber diskutiert, Herr Oppermann, dass man Familien stärker unterstützen muss, um die Kinder früh abzuholen und den Eltern auch Unterstützungsleistungen zukommen zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kernpunkt meiner Aussage ist, dass die individuelle Förderung in allen Schulen in den Vordergrund rücken muss. Lehrerinnen und Lehrer müssen dafür aus- und weitergebildet werden. Ich glaube auch, dass Deutschland nicht um eine Strukturdebatte herumkommt, Herr Rohmeyer. Das ist nicht nur meine persönliche Schlussfolgerung, sondern das sagen auch die OECD-Forscher. Erfolgreiche Bildungsnationen gehen mit der Unterschiedlichkeit der Schüler konstruktiver um.

Das ist jetzt nicht das Reden für eine Einheitsschule, die Sie der grünen Bürgerschaftsfraktion hier immer unterstellen wollen, das ist das Modell einer Schule, die es schafft, die Kinder dort abzuholen, wo sie sind, die sich der Herausforderung stellt, mit Vielfalt, wie es der Bildungssenator eben gesagt hat, konstruktiv umzugehen, um den Kindern die Chancen zu geben, die sie verdienen. Die Jugendlichen haben doch einen Anspruch darauf, nach ihren Möglichkeiten hier gefördert zu werden, und diesen Anspruch lösen wir derzeit in diesem Bundesland von allen Bundesländern am schlechtesten ein, und daran müssen wir arbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Position ist, das gegliederte Schulsystem lädt dazu ein, Schüler abzuschieben, anstatt sie zu fördern. Wir verschwenden damit viel Zeit, die man viel sinnvoller nutzen könnte. Wir müssen die Kinder dort abholen, wo sie sind, und sie nicht frühzeitig auf Bildungswege festlegen. Die derzeitigen fünften und sechsten Klassen leiden nämlich unter der frühen Auslese der Kinder mit Gymnasialempfehlung. Das ist eine Entwicklung, die jetzt durch die Strukturänderung, die die große Koalition eingeleitet hat, an den Schulen zu beobachten ist und worüber die Schulleitungen auch berichten. Es gibt jetzt fünfte, sechste Klassen, denen die Leistungsspitze fehlt, weil die Kinder nach der Klasse vier in die Gymnasien gegangen sind, und sie sagen: Das hat die Probleme der Orientierungsstufe sicherlich nicht gelöst.

Ich glaube, dass die sechsjährige Grundschule, über die wir hier auch schon einmal diskutiert haben, die daherkommt mit einer gescheiterten Verzahnung mit dem Bereich Kindergärten, ein sehr sinnvolles Fundament hätte bilden können, aber bisher ist die sechsjährige Grundschule in Bremen eine Insellösung. Herr Rohmeyer möchte sie am liebsten abschaffen, aber die große Koalition hat mit der Einführung der Wahlmöglichkeiten jetzt nach Klasse vier für das Gymnasium die bildungspolitischen Probleme nicht gelöst. Es wird sortiert, und das ist einer der Faktoren, zu denen die Bildungsforscher uns gesagt haben, damit verschärft man auch, dass die soziale Schere weiter aufgeht. Das ist auch ein Thema, dem wir uns hier stellen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es jetzt sehr erstaunlich, dass sich angesichts der Pisa-Ergebnisse auf Bundesebene die CDU und die SPD – mit Herrn Rohmeyer hatte ich ein Streitgespräch bei der „taz“ über das Thema „Welche Kompetenzen soll der Bund und sollen die Länder haben“ – darauf geeinigt haben, dass man den Ländern künftig die weitestgehende Hoheit in Sachen Bildungspolitik geben will. Wir meinen, der Bund muss auch künftig in Kooperation mit den Ländern

(C)

(D)

- (A) Programme zur Qualitätsverbesserung – ich komme zum Schluss, Herr Präsident! – in Schulen umzusetzen. Der Bund muss mit an Bord sein!

Ich erinnere nur an das erfolgreiche Ganztagsschulprogramm. Das hätten wir doch ohne den Bund überhaupt nicht geschafft. Ich finde, es ist eine ganz fatale Entwicklung, dass wir hier zur bildungspolitischen Kleinstaaterei kommen. Das ist nichts anderes als bildungspolitische Kleinstaaterei, dass man meint, man könne den Tanker mit 16 Kapitänen in eine konstruktive und richtige Richtung fahren, Herr Rohmeyer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, man darf es nicht als Erfolg feiern, dass jetzt die Länder die Hoheit bekommen sollen über den Bereich Bildung.

(Glocke)

Ja, Herr Präsident, ich habe verstanden!

Es ist ein Schlüssel zum Erfolg, wenn man gemeinsam mit Bund und Ländern verbindliche Bildungsziele vereinbart. Es muss Qualitätskontrollen geben, es muss aber auch eine große schulische Autonomie geben. Wie gesagt, wir werden so nicht in der Champions League spielen, wenn wir nicht den Holzweg der großen Koalition mit der frühen Selektion und der mangelnden Förderung im frühkindlichen Bereich verlassen. – Danke schön!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Letzte Woche kam die Mitteilung, die Grünen hätten eine Aktuelle Stunde zu Pisa beantragt. Frau Stahmann hat aber heute nichts Neues erzählt, das hat sie nämlich schon in der Vergangenheit erzählt, was sie heute erzählt hat.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Dadurch wird es nicht falsch, Herr Rohmeyer!)

Darum, meine Damen und Herren, werden Sie das eine oder andere von mir hören, Frau Kollegin Stahmann, was Sie auch schon einmal von mir gehört haben. Ich möchte Sie aber mit ein, zwei anderen Erkenntnissen beglücken. Ich fange zunächst einmal an.

Bremen ist bei der Pisa-Studie erneut bescheinigt worden, dass wir, was die schulischen Leistungen der

*) Vom Redner nicht überprüft.

fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schüler angeht, bundesweit auf dem letzten Platz sind. Damit ist in Bremen, soweit ich weiß, niemand zufrieden. Wir als CDU-Fraktion nehmen für uns in Anspruch, und wir können das auch belegen, dass wir nach der ersten Pisa-Studie das Ruder im Bildungsbereich innerhalb der großen Koalition mit unserem Koalitionspartner zusammen herumgerissen haben. Wir haben die egalisierende Bildungspolitik, die bis dahin gegolten hat, abgeschafft, und wir setzen jetzt auf Fördern und Fordern aller Schülerinnen und Schüler in Bremen, und zwar der leistungsstarken sowie der leistungsschwachen!

(C)

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht alle!)

Dass Ihnen das nicht passt, Frau Stahmann, ist ein anderes Thema, aber wir wollen die Schülerinnen und Schüler in Bremen zu besseren Abschlüssen führen und nicht alle über einen Kamm scheren, wie Sie das immer verbreiten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die schulideologischen, schulstrukturellen Debatten der Vergangenheit hinter uns gelassen. Auch das unterscheidet die große Koalition von Ihnen, Frau Stahmann! Wir sagen, wir haben Elternwahlfreiheit eingeführt, wir haben eine Schulvielfalt in Bremen im Schulgesetz festgeschrieben, und die Eltern können in Zukunft wählen, ob sie ihr Kind in einem gegliedertem System oder in einem integrierten Schulsystem beschulen lassen wollen. Für uns ist wichtig, dass am Ende die Leistung zählt, Frau Stahmann, auch das haben Sie wahrscheinlich nicht verstanden bei früheren Debatten der letzten Jahre.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine Diskussion, auch gestern im „Weser-Kurier“, in den „Bremer Nachrichten“ nachzulesen: Das ist noch einmal die Frage Gymnasium/ Gesamtschule. Sie haben das angesprochen. Da geht es auch nicht darum, das Gymnasium oder die Gesamtschule abzuschaffen. Sie haben hier gerade den Eindruck erweckt. Es geht darum, dass wir auch bei der Gesamtschule sehen müssen, weil diese Schulform in den letzten Jahren immer sehr über den Klee gelobt wurde, dass hier noch Defizite bestehen, dass eine extrem große Streuung da ist und dass das keine besonders große Integrationsleistung ist, wenn im unteren Bereich auch noch ein besonders hoher Teil ist.

Für uns als CDU-Fraktion kann ich da festhalten, dass wir sowohl im Gesamtschulbereich als auch im Gymnasialbereich, wie bei der Sekundarschule in Zukunft noch viel genauer darauf sehen werden. Wir werden alle Maßnahmen evaluieren, um die schuli-

(A) schen Leistungen der Schülerinnen und Schüler durch einen besseren Unterricht zu verbessern, meine Damen und Herren.

Wir haben darum in Bremen Maßnahmen beschlossen von der Diagnostik, Vorschuleintritt, über die Leseförderung und Vergleichsarbeiten ab der Grundschule. Mit dem Projekt Vera ist gerade der letzte Teil mit Rechtschreibkompetenzen vorgestellt worden. Dann fortgeführt: Vergleichsarbeiten Sekundarstufe I, zentrale Abschlussprüfungen, individuelle Förderungen! Wir machen es den Lehrern nicht mehr leicht, wie Sie das gesagt haben, Schüler abzuschieben.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Natürlich, Herr Rohmeyer, denken Sie an die Sitzenbleiberquote!)

Bei der Zeugnis- und Versetzungsordnung, das wissen Sie sehr genau, Frau Stahmann, sind Hürden eingezogen worden, die es einem Lehrer extrem schwierig machen, einen Schüler einfach so sitzen bleiben zu lassen. Das wissen Sie ganz genau, es passt nur nicht in Ihre Ideologie, und darum sagen Sie es immer wieder. Wir haben hier Hürden aufgebaut, wir haben Qualitätsmerkmale festgelegt. Das reicht noch nicht, da müssen wir weitergehen, da sind wir dann doch vielleicht wieder einer Meinung.

(B) Wir als CDU haben auch einen konkreten Vorschlag gemacht, dass wir zum Beispiel zur Frage Vergleichsarbeiten, zentrale Abschlussprüfung sagen, das, was bis dahin erarbeitet werden muss, muss mit einem zu schaffenden und zu definierenden Bildungskanon dann auch unterfüttert werden, so dass man weiß, bis wann ein Schüler welche Kompetenzen und welchen Lernstand erreicht haben muss. Dies ist eine zentrale Forderung von uns, und wir sind uns hier auch sicher, dass wir diese innerhalb der Koalition umsetzen können, weil dies auch ein Erfolgsmerkmal anderer, führender Bundesländer ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie im Übrigen so tun, als ob es in Deutschland nicht möglich sei, auch im internationalen Vergleich in die Spitze zu kommen, ist eine – Lüge darf ich nicht sagen –, Sie haben die Tatsachen falsch dargestellt, Frau Stahmann! Bayern ist immer unter den Top Five! Was die Kompetenzpunkte angeht, sind auch, das wissen Sie sehr genau, Sie mögen es nur nicht sagen, in Bayern entsprechende Fortschritte erzielt worden, wie auch in Bremen Fortschritte erzielt worden sind. Wir haben immer davor gewarnt, die Bremer Fortschritte als – der Senator hat darauf dann sehr ungehalten reagiert – Schönfärberei darzustellen.

Für uns ist es wichtig festzuhalten, dass wir Fortschritte haben, aber diese Fortschritte reichen bei

Weitem noch nicht aus. Darum muss der Kurs, den die große Koalition nach der Pisa-Studie, nachdem Henning Scherf eingestanden hat, dass die bisherige SPD-Bildungspolitik gescheitert war, eingeschlagen hat, konsequent fortgeführt werden.

(C)

Wir haben im nächsten Jahr die Erhebung der nächsten Pisa-Studie. Danach wird es auch weitergehen! Für uns ist es wichtig, meine Damen und Herren, dass man sich, was die Bildungspolitik angeht, nicht jetzt immer nur von Pisa-Studie zu Pisa-Studie hangelt. Es wird noch einen längeren Zeitraum brauchen, bis wir dort irgendwann an der Spitze sind. Es ist unser Ziel, dass wir die Bremer Schülerinnen und Schüler an die Spitze führen, weil unsere Schülerinnen und Schüler mit den Schülern anderer Bundesländer im direkten Vergleich, im direkten Wettbewerb um die Studienplätze, um die Ausbildungsplätze stehen. Es kann nicht sein, dass die Bremer Schülerinnen und Schüler weit hinter dem Lernstand zum Beispiel der Schülerinnen und Schüler in Bayern stehen. Sie bewerben sich hinterher um dieselben Ausbildungsplätze, und sie bewerben sich um dieselben Studienplätze. Es kann niemand hier hinnehmen, dass wir hier den Schülerinnen und Schülern aus Bremen deutliche Defizite gleich mit auf den Weg geben, nur weil sie in Bremen ihren Schulabschluss gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Für die CDU-Fraktion kann ich daher festhalten, dass wir uns natürlich an den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland orientieren. Da zählt aber nicht nur Bayern. In Sachsen, und dort haben wir uns die Idee der Sekundarschule geliehen, die wir geschaffen haben, kann man ein erfolgreiches Schulsystem sehr genau beobachten. Die Sachsen haben es jetzt in 15 Jahren geschafft, dieses Schulsystem doch sehr weit nach vorn zu führen, aber auch sie sind nicht zufrieden. Wir wollen uns insbesondere auch um die Schülerinnen und Schüler kümmern, die nicht das Abitur machen. Es wird ja immer gern der Versuch unternommen, man wolle immer nur über das Gymnasium reden.

(D)

Meine Damen und Herren, gerade den lernschwächeren Schülerinnen und Schülern müssen wir eine Ausbildungsplatzreife verschaffen, damit sie hinterher die Möglichkeit haben, einen Ausbildungsplatz und einen Arbeitsplatz zu bekommen. Der Staat hat es sich in der Vergangenheit auch in Bremen geleistet, über zehn Prozent eines Jahrgangs von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss zu entlassen und eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern mit einem Schulabschluss, mit dem sie hinterher keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Das ist einer der größten bildungspolitischen Skandale überhaupt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(A) Gerade deshalb haben wir mit der Sekundarschule, mit den individuellen Fördermaßnahmen, mit der größeren Praxisorientierung, um nur einige Merkmale zu nennen, mit der größeren Vermittlung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen, daran hapert es am meisten, auch die Grundlagen geschaffen, dass diese Schülerinnen und Schüler hinterher bessere Ausgangschancen haben, so dass wir auch auf der anderen Seite die vielen nachträglichen Qualifikationsmaßnahmen, das sind manchmal Aufbewahrungsmaßnahmen, abbauen können, weil die Schüler vorher qualifiziert sind.

Die CDU-Fraktion wird sich der Frage der Bildungspolitik so widmen, Frau Stahmann, wie sie es für richtig hält!

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach was!)

Wir haben, was die Konsequenzen aus Pisa angeht, die richtigen Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir brauchen uns von Ihnen nicht vorhalten zu lassen, welche Fragen wir in der Fragestunde stellen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Auch das will ich Ihnen einmal sehr deutlich sagen: Wenn Sie ein gestörtes Verhältnis mit der Integration und mit den deutschen Nationalsymbolen haben, ist das Ihr Problem. Das sieht man auch gelegentlich bei Vertretern Ihrer Fraktion, dass dort ein Weltbild mittlerweile zusammengebrochen ist. Wer gestern einen sehr hilflosen Herrn Cohn-Bendit im Fernsehen gesehen hat, dem brauche ich das nicht zu erklären.

(Abg. **C r u e g e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist nicht in unserer Fraktion!)

Meine Damen und Herren, die Integration ist eine unserer größten Herausforderungen, und wir dürfen es nicht zulassen, dass es Parallelgesellschaften gibt, auch innerhalb Bremens, wo man ohne Deutsch den ganzen Tag ziemlich gut zurechtkommt. Darum müssen wir, und darum begrüße ich auch, dass der Senator letzte Woche auch schon Äußerungen dazu gemacht hat, nicht immer nur Integrationsangebote machen, sondern Integration muss eingefordert werden, Integration muss für die, die hier leben wollen, auch ein Zwang werden.

(Beifall bei der CDU)

Man muss die deutsche Sprache können, wenn man in die Schule kommt, und da muss man auch die Elternhäuser erreichen. Wir haben in der Vergangenheit viele Angebote gemacht, aber wenn diese Angebote nicht ausgereicht haben, dann muss man hier und da, es ist natürlich auch von Vorteil, dass die neue

Bundesregierung eine große Koalition sein wird, gegebenenfalls von der Bundesebene herangehen, aber auch das, was wir in Bremen machen können, müssen wir dort machen. Es kann nicht sein, dass sich Parallelgesellschaften bilden. Es kann nicht sein, dass man Schülerinnen und Schüler hat, die sich über ihre Elternhäuser einer Integration und einem Spracherwerb entziehen.

Das wird auch eine unserer wesentlichen Herausforderungen sein. Dazu gehört dann auch, wenn man etwas Weitblick hätte, hätten Sie es auch erkannt, meine Damen und Herren von den Grünen, dass man sich auch über Nationalsymbole wie die Nationalhymne integriert. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, wir liegen bei der Pisa-Untersuchung wieder auf dem letzten Platz. Es war nicht überraschend. Wir haben die Ergebnisse schon vor zwei Monaten bekommen. Es war allerdings auch nicht überraschend, weil wir neun Monate, nachdem wir die Pisa-Ergebnisse 2000 bekommen haben, die nächsten Vergleichsarbeiten geschrieben haben. Wer sich auskennt mit den wissenschaftlichen Forschungen, mit den Bildungsforschungen, weiß, dass man dann keine Wunder erwarten kann. Wenn man Fünfzehnjährige untersucht, kann man nicht erwarten, dass nach neun Monaten und Einleitung einer Reihe von Maßnahmen, über die ich gleich reden werde, sie einen so bedeutenden Sprung nach vorn machen. Nebenbei gesagt, die anderen Länder schlafen auch nicht, sie strengen sich ebenfalls an.

Bremen hat aber trotz unveränderter Platzierung einen deutlichen Leistungsschritt nach vorn gemacht. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren, Seite 169, für diejenigen, die Zweifel haben. Die Wissenschaftler attestieren wörtlich: „Die Zuwächse in Bremen reichen zwar nicht aus, um die Rangposition zu verbessern, aber sie belegen einen substantiellen Kompetenzgewinn in allen vier Domänen.“ Auch dies ist ein Schritt in die richtige Richtung!

(Beifall bei der SPD)

Bremen liegt bei den Leistungssteigerungen im oberen Drittel der 16 Bundesländer. Ich erwähne das extra, um auch ein Signal in die Schulen zu geben, wo sich nämlich heftig angestrengt wird, dass es sich lohnt, sich anzustrengen, dass man zwar keine Wunder erwarten darf, dass wir hier aber auf einem vernünftigen Weg sind.

Die im Vergleich beste Lernentwicklung gab es übrigens beim Lesen, etwas, was mich persönlich auch

(C)

(D)

- (A) besonders freut. Die Lesekompetenz steigerte sich. Wir haben sogar die zweitbeste Steigerungsrate bundesweit bei der Lesekompetenz.

(Beifall bei der SPD)

Davor liegt nur noch Sachsen-Anhalt. Auch in den Bereichen naturwissenschaftliche Kompetenz und mathematische Kompetenz sind wir mit einem fünften und sechsten Platz bei den Steigerungen ebenfalls gut platziert. Das kann natürlich besser werden, und das muss besser werden, aber ich sage hier noch einmal deutlich, es lohnt sich, sich anzustrengen. Ein entsprechender Gruß und Dank geht an die Schulen.

Zur Frage der Validität der Ergebnisse und unterschiedlichen öffentlichen Interpretationen hat meine Kollegin Frau Stahmann schon etwas gesagt. Alle Werte sind adjustiert, und auch wenn die Zahlen der betrachteten Schulen größer geworden sind, ist es eine Gewichtung, die eine wissenschaftliche Vergleichbarkeit absolut herstellt. Wenn Sie sich zum Beispiel die Hauptschulen anschauen, da hat sich zahlenmäßig überhaupt nichts verändert, sehen Sie dort sehr schön, dass sich die Hauptschulen innerhalb dieser neun Monate nach oben verbessert haben. Dies zur Klarstellung zu dem schlechten Zeugnis, Kollegin Stahmann, von dem Sie gesprochen haben! Irgendwie hatte ich sowieso den Eindruck, dass bei Ihrer Rede nicht sehr viel Neues war, sondern dass das ein Recycling der Rede von vor zwei Jahren gewesen ist.

- (B) Natürlich muss Bildung absolute Priorität haben. Wir haben das hier auch bewiesen als große Koalition, indem wir sofort reagiert haben, indem wir auch Mittel bereitgestellt haben, trotz der Schwierigkeiten, die wir bekanntermaßen haben. Zu den Integrationsleistungen der Gesamtschulen und der Frage der Integration und den Aufgaben, vor denen wir stehen – aktuell sehen wir das, wenn wir nach Frankreich schauen –, haben wir uns schon öffentlich ausgetauscht. Ich will das nicht wiederholen, aber die Gesamtschulen können sich locker sehen lassen im Vergleich mit den Gymnasien. Man schaut und orientiert sich gern nach oben. Das halte ich auch für richtig. 60 Prozent der Gesamtschüler erreichen Leistungen wie in den Gymnasien, und auch im unteren Bereich ist die Integrationsleistung der Gesamtschulen gut und kann sich sehen lassen. Es muss natürlich noch besser werden.

Wir sollten übrigens immer alle überall besser werden. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Lernen ist wie Rudern gegen den Strom, wenn man aufhört, fällt man zurück. Das wollen wir natürlich nicht.

Ich komme jetzt, um der Frage der Aktuellen Stunde gerecht zu werden, zu den Problemfeldern und den Handlungssträngen! Erster Punkt: früh investieren statt spät reparieren! Auf den Anfang kommt es an, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir müssen weiter Anstrengungen unternehmen, im Vorschulbereich, im Grundschulbereich unsere Bildungsbemühungen zu verstärken. Das muss auch besser verzahnt werden, aber der Weg, den wir gehen, ist gut, und er ist nicht, wie Sie das gesagt haben, „von der zu wenigen Zeit überholt“. Wenn in den Kindergärten frühzeitig geschaut wird, wie der Sprachstand ist, wenn dann dafür gesorgt wird, dass die Kinder, die Defizite haben, ihre Defizite aufarbeiten können, dann sind wir hier auf dem richtigen Weg. Ich finde allerdings, es muss auch flächendeckend sein. Deshalb bin ich für ein verpflichtendes Kindergartenjahr. Ich bin sicher, dass wir diesen Weg relativ schnell gehen werden. Also: früh investieren statt später reparieren!

Der nächste Punkt ist: Qualität zahlt sich aus. Wir brauchen eine konsequente Qualitätsmessung und Qualitätssicherung. Dazu gehören die Standards, wir haben schon häufig darüber gesprochen. Dazu gehören auch die Rahmenbedingungen, die wir in Ganztagschulen ganz anders haben als in der überkommenen Halbtagschule. Dazu gehört die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, auch hier passiert viel.

Meine Damen und Herren, gern vergleicht man einen Stadtstaat mit einem Flächenland. Es geht manchem so vollmundig über die Lippen, aber ich bitte zu bedenken, dass wir in Bremen eine Migrantquote von 35,8 Prozent in den Schulen haben. Die finden Sie nicht in Sachsen-Anhalt, nicht in Baden-Württemberg und auch nicht in Bayern. Dass das besondere Probleme mit sich bringt, auf die man reagieren muss und die man auch besonders in den Fokus nehmen muss, ist etwas, was ich hier so deutlich gerade auch meinem Kollegen von der CDU sagen möchte.

Mein dritter Punkt ist, dass wir mehr Freiräume und Verantwortung für die Schulen brauchen. Das heißt also, wir müssen die Autonomie der Schulen stärken. Auch hier ist viel passiert: Wir können ganz stolz sagen, in Bremen hat jede Schule mittlerweile ein Schulprogramm. Da wird nicht nur einfach aufgeschrieben: „Unser Schulprogramm ist, dass wir gern viel Musik machen“, sondern es ist ein nach erziehungswissenschaftlichen Kriterien aufgestelltes Schulprogramm, bei dem man sich Rechenschaft darüber ablegt, was im Jahr passiert. Aber, zugegeben, natürlich können wir auch da besser werden.

Der vierte Punkt, nachdem ich über den Anfang gesprochen habe, auf den es ankommt, nachdem ich über die Qualität gesprochen habe, an der wir immer arbeiten müssen, und nach dem Punkt, dass wir mehr Freiräume für Schulen brauchen, ist: Bildung ist eine Investition. Hierzu möchte ich Ihnen gern aus der Untersuchung des Deutschen Institutes für Wirtschaft zitieren. Das Institut ist nicht verdächtig, ursozialdemokratisch zu sein. Hier steht, dass auch in der deutschen Wirtschaft mittlerweile durch internationale Vergleichstests klar ist, dass die Zusammenhänge

(C)

(D)

(A) zwischen Bildung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen immer deutlicher werden; auch in den Köpfen derer, die Bildung bisher immer als eine lästige konsumtive Ausgabe gesehen haben.

Herr Präsident, darf ich kurz zitieren? Hier wird unter der Überschrift „Deutschland – Bildung ist Ökonomie“ gesagt: „Auf eine einfache ökonomische Formel gebracht bedeutet dies, je höher die Investition in das Humankapital desto mehr Wirtschaftswachstum, sprich Arbeitsplätze, sprich Einkommen, sprich Wohlstand für alle.“ Bildung braucht also Investitionen, Bildung schafft Investitionen und Bildung bringt Arbeitsplätze. Deshalb ist Bildung auch eine Querschnittsaufgabe, und wir von der SPD-Fraktion sind uns dieser Aufgabe bewusst, stellen uns dieser auch nach der zweiten Pisa-Untersuchung, stecken nicht den Kopf in den Sand, weil wir wissen und beweisen können, dass es jetzt aufwärts geht. Es ist nachweisbar für jeden Skeptiker. Wir wissen auch, dass wir uns nicht zurücklehnen dürfen, in keinem Bereich, weder in der Grundschule noch bei den Gesamtschulen, Sekundarschulen oder Gymnasien, sondern weil wir wissen, wir müssen in der Verantwortung für die Kinder, aber auch für unseren Standort besser werden.

Wir sind darauf vorbereitet. Die Programme liegen vor, sie sind diskutiert worden in der Bildungsdeputation und werden von uns dort begleitet. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf dem Besucherrang eine Gruppe von Praktikantinnen der Arbeiterwohlfahrt Bremerhaven begrüßen, die aus dem schönen Stettin in Polen zu uns gekommen sind. – Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rohmeyer, Sie werden die Deutsche Volksunion niemals rechts überholen können.

(Abg. **Rohmeyer** [CDU]: Das habe ich auch gar nicht vor!)

Auch wenn Sie hier noch mehr solche scheinpatriotischen Alibireden halten, Sie werden uns das Thema hier nicht wegnehmen können. Das wissen Sie, und Ihre plötzliche Vaterlandsliebe glaubt Ihnen schon lange kein Mensch mehr, weil gerade Ihre CDU schon

unter Kohl für eine unverantwortliche und unkontrollierbare Einwanderungspolitik verantwortlich war. So viel nur zum Thema Patriotismus!

(C)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns heute meines Erachtens wieder einmal mit einer völlig unnötig vom Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Aktuellen Stunde mit der Überschrift „Wie geht es nach oben in der Pisa-Tabelle?“ beschäftigen. Diese Aktuelle Stunde ist deshalb völlig unnötig, weil wir uns mit der Pisa-Studie und dem für Bremen katastrophalen Ergebnis mit sogar vom Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Lösungsvorschlägen in Bezug auf die erschreckende Pisa-Studie schon unzählige Male in der Bürgerschaft beschäftigt haben und Sie, Frau Stahmann, damals schon dasselbe gesagt haben, was Sie eben gesagt haben, Sie haben sich wiederholt. Das Problem ist nur, der Senat, insbesondere Herr Senator Lemke, hätte die guten Lösungsvorschläge der Deutschen Volksunion schon längst politisch umsetzen müssen.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/
Die Grünen]: Welche denn?)

Dazu komme ich gleich, dass Sie diese Anträge abgelehnt haben!

Wir hätten dann meiner Meinung nach heute keine für das Land Bremen so erschreckenden Pisa-Ergebnisse. Darum wäre es zweckmäßiger, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, hier einen dementsprechenden Antrag einzubringen mit der Aufforderung an den Senat, die Lösungsvorschläge auch umgehend umzusetzen. Wir hätten Ihren Antrag dann heute vielleicht mehrheitlich beschließen können. So aber wird in einer Aktuellen Stunde wie so oft ein sehr wichtiges Thema nur zerredet, ohne effektive Beschlüsse fassen zu können.

(D)

Das aber, meine Damen und Herren, ist angesichts des sehr wichtigen Themas viel zu wenig. Sie wissen doch nicht erst seit gestern, dass wir im Land Bremen eine seit 50 Jahren gescheiterte und verfehlte SPD-Schul- und Bildungspolitik ertragen und erleiden müssen. Seit etlichen Jahren gibt es einen oder mehrere so genannte runde Tische, an denen zwar viel geredet, aber dabei sehr viel zerredet wird. Dabei stellt sich doch die Frage: Wo sind die konkreten Ergebnisse? Wo bleibt das effektive politische Handeln von Ihnen?

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Wo bleiben Ihre Vorschläge?)

Schreien Sie nicht dazwischen, kommen Sie nach vorn, dann können Sie sich dazu äußern!

Meine Damen und Herren, der Skandal ist die Tatsache, dass Bremen nun schon seit Jahren konstant den letzten Platz in der Pisa-Studie belegt. Ich sage Ihnen heute schon voraus, bis jetzt sind alle meine

(A) Warnungen und Mahnungen immer eingetroffen und sogar übertroffen worden, das wird sich bei Ihrer verfehlten Politik und gescheiterten Bildungspolitik über Jahre hinaus auch nicht zum Positiven verändern, ganz im Gegenteil: erstens, nun sollten Sie genau zuhören, weil die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Schule, Eltern und Behörden sich weiterhin kontraproduktiv verschärfen werden, zweitens, weil Sie auch weiterhin unverantwortliche Kürzungen und grausame unsoziale Sparmaßnahmen gerade im wichtigen Bildungsbereich rücksichtslos und skrupellos auf Kosten und zu Lasten unserer Kinder umsetzen werden, und drittens, weil Sie das sehr große Problem der sehr schlechten Sprachkenntnisse auf der Grundlage einer unrealistischen, aber milliardenteuren Regierungsintegrationspolitik niemals in den Griff bekommen werden.

Ich frage Sie: Wie sollen sich bei einer solch erschreckenden, unrealistischen und verfehlten Bildungspolitik die Pisa-Ergebnisse für das Land Bremen verbessern? Das ist bei Ihrer Politik unmöglich. Sie haben es bis heute nicht geschafft, obwohl Sie dafür jahrelang Zeit gehabt haben, und Sie werden das leider auch zukünftig nicht schaffen, ganz im Gegenteil!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Jetzt Ihre Vorschläge!)

(B) So haben Sie zum Beispiel – jetzt komme ich zu Ihrer Frage! – den von mir vor Jahren eingebrachten Antrag zur Bekämpfung des damals schon bestehenden großen Problems der unzureichenden und katastrophalen Sprachkenntnisse abgelehnt. Das ist nur einer von vielen Anträgen der Deutschen Volksunion, die Sie abgelehnt haben.

Herr Präsident, ich darf den Antrag von 2002 zitieren: „Antrag des Abgeordneten Tittmann, ‚Deutschtest für alle ausländischen Schüler‘, die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen“, jetzt kommen ein paar Paragraphen, „an den Schulen soll zur Gewährleistung gleicher Bildungs- und Erziehungschancen ein Deutschtest für alle ausländischen Schülerinnen und Schüler sowie ein entsprechend dem pädagogischen Bedarf regelmäßiger Deutschunterricht für ausländische Schülerinnen und Schüler mit Defiziten bei der Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift durchgeführt werden.“

Meine Damen und Herren, es dürfte sogar Ihnen klar sein, dass die Lernerfolge und Lebenschancen für ausländische Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse äußerst gering sind, dass dort dann das Klassenniveau und das Bildungsniveau so schlecht sind, dass Sie sich über einen letzten Platz in der Pisa-Studie überhaupt nicht zu wundern brauchen.

Es kann und darf nicht sein, dass unsere Kinder auf der Grundlage Ihrer verfehlten Bildungspolitik und Integrationspolitik um ihre Zukunft gebracht

werden. Es kann und darf auch nicht sein, dass Besserverdienende ihre Kinder auf Privatschulen schicken, und wer sich das nicht leisten kann, ist mit seinen Kindern der Leidtragende. Das, meine Damen und Herren, geht auf keinen Fall! Fakt ist auch: Je höher der Anteil an ausländischen Schülerinnen und Schülern ist, desto schlechter sind die Noten. Das ist eine Folge Ihrer Politik.

Die Folge ist, dass das Leistungsniveau der deutschen, aber auch der ausländischen Schülerinnen und Schüler sinkt und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Es ist eine traurige Tatsache – es wurde vorhin schon erwähnt –, dass fast 30 Prozent der Jugendlichen, deren Muttersprache nicht deutsch ist, ohne Abschluss von der Schule gehen, und ein Drittel aller Abgänger bekommt keine Berufsausbildung. Meine Damen und Herren, das ist erschreckend. Das ist Ihre Politik.

Diese rote Kaste hat alles, aber auch alles daran gesetzt, unsere Schulen in Bremen und Bremerhaven zu entschulen. Diese rote Politikaste hat insbesondere im Zwei-Städte-Staat die Leistungsanforderungen durch Gleichmacherei abgesetzt

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch totaler Unsinn!)

und so die so genannte Selbstverwirklichung zum Leitwert gemacht, meine Damen und Herren. Die Achtundsechziger verwarfen zum Beispiel etwa die Begabtenförderung oder Begriffe wie Moral, Achtung, Ordnung und Disziplin gewissermaßen als faschistisch. Unter den Bedingungen einer Spaß- und Konsumgesellschaft muss ein linksliberales Bildungsprogramm unaufhaltsam und unweigerlich zum katastrophalen Bildungsverfall führen.

Meine Damen und Herren, wie Sie es sehen können, habe ich Ihnen schon vor drei Jahren namens der Deutschen Volksunion deutlich gemacht, dass eine personelle und inhaltliche Erneuerung gerade in der Bildungspolitik dringend erforderlich ist, dass die Bedeutung und Beherrschung der deutschen Sprache die Grundlage für deutlich bessere Ergebnisse in der Pisa-Studie sein wird, dass auch zum Beispiel eine Frühförderung von Kindern schon im Kindergarten eine zentrale und wichtige Grundlage für einen späteren besseren Bildungsstandort dringend erforderlich ist und nicht die soziale Herkunft entscheidend sein darf, ob ich bessere Bildungschancen habe oder nicht. Das darf nicht sein! Es darf aber auch nicht sein, dass auf der Grundlage der unsozialen Hartz-IV-Gesetze in einer noch nie da gewesenen sozialen Kälte Eltern ihren Kindern keinen richtigen Nachhilfeunterricht bezahlen können. Das ist eine traurige Tatsache und das Ergebnis Ihrer Politik.

Damals wie heute haben Sie mit scheinheiligen Begründungen alle, aber auch alle Anträge und Vorschläge der Deutschen Volksunion abgelehnt. Das

(C)

(D)

(A) Ergebnis ist, dass Sie heute mit Tränen in den Augen und Schaum vor den Lippen die unzureichenden und katastrophalen Sprachkenntnisse der ausländischen Schüler beklagen. Bremen steht ausnahmslos und nun schon seit Jahren konstant in der Pisa-Studie erwartungsgemäß immer noch auf dem letzten Platz. So sieht Ihre zukunftsorientierte Bildungspolitik aus, meine Damen und Herren! Das ist Ihre erschreckende gescheiterte Bildungspolitik, schwarz auf weiß dokumentiert, das ist Ihr schon seit Jahren bildungspolitischer Supergau!

(Glocke)

Wahrscheinlich werden etliche so genannte Gutmenschen einer blutroten Kaste sich sehr darüber freuen und äußerst entzückt darüber sein, dass sie es endlich geschafft haben, dass es in Berlin eine erste Schule – und das ist wahrscheinlich erst der Anfang – ohne einen einzigen deutschen Schüler gibt.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Tittmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich bin gleich fertig!

(B) Die Pisa-Studie ist für das Land Bremen ein deutliches bildungspolitisches Desaster. Dieses politische Desaster wird sich mit der von Ihnen betriebenen Politik nach dem altbekannten Motto „Weiter so wie bisher, Augen zu und durch“ niemals ändern. Das ist ein politischer Skandal sondergleichen. Dafür sollten Sie sich schämen! – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte diese Diskussion, diese Aktuelle Stunde nicht für unnötig. Ich glaube, es ist sehr aktuell und sehr notwendig, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen. Wir haben ja gerade die aktuelle Pisa-Studie 2003 hier mit den richtigen Ergebnissen vor uns liegen. Wir hatten vor zwei Monaten die Vorergebnisse. Was gibt es eigentlich Dringlicheres und Aktuelleres, als sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, das ist dringend notwendig und kann auch nicht häufig genug hier passieren.

Ich glaube auch, mit demagogischen Äußerungen und Beschimpfungen gegen andere wird man diesem Thema nicht gerecht, und es wird auch nichts besser in diesem Land und vor allem auch hier bei

uns in Bremen. Ich denke, das sollte man unterdrücken beziehungsweise sich da zurückhalten.

(C)

Nach Pisa 2000, Iglu und nun mit Pisa 2003 debattieren wir bereits die dritte Quittung, die die Gemeinschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, der deutschen Bildungslandschaft und ganz besonders auch dem Bundesland Bremen ausgestellt hat. Schon wieder wird Bremen bescheinigt, dass sein Schulsystem schlecht ist, dass Bremen beim internationalen und nationalen Vergleich nicht an der Spitze oder wenigstens im Mittelfeld, sondern am Ende der Vergleichsskala liegt. Das ist katastrophal, das ist auch für unsere Jugendlichen und für die Schulen verheerend und frustrierend.

Es hat seit Pisa 2000 sicherlich kleine Fortschritte bei den Ergebnissen gegeben, auch im Land Bremen, das gestehe ich gern zu, aber auch die anderen OECD-Länder haben Fortschritte gemacht, und wir sollten nicht beginnen, uns in falscher Sicherheit zu wiegen und zu glauben, wir befänden uns bereits auf dem richtigen Weg und müssten nichts mehr tun. Das ist ein Fehler, wenn nicht sogar der Kardinalfehler der bundesdeutschen Bildungspolitik, dass im Gegensatz zu den erfolgreicherer OECD-Ländern nur zu oft parteigesteuerte Ideologie im Vordergrund der Debatte und der zahlreichen Bildungsreformen und Schalexperimente steht und stand. Das, denke ich, müssen wir verändern.

Wir müssen unvoreingenommen und ohne ideologische Brille schauen, was die besseren Länder international und national anders machen und was wir hier in Bremen daraus lernen können. Wo andere Länder uns vormachen, wie man sich gemeinsam auf einen Weg einigen kann, werden in Deutschland stets die altbekannten Wir-haben-es-schon-immer-gewusst-Klischees hervorgekramt und dem politischen Gegner vorgehalten. Wirklich weitergebracht hat das die Schülerinnen und Schüler, also unsere kommende Generation, erkennbar nicht. Es nützt niemandem, insbesondere nicht den Betroffenen in den Schulen, wenn nur immer wieder die gleichen Debatten über Schulreformen und Schulstrukturen geführt werden, anstatt sich den inneren Schulangelegenheiten, also den Fragen des Unterrichts, der Förderung der Schüler, der Standards, der Abschlüsse und so weiter, zuzuwenden und den Rat der Experten zu berücksichtigen.

(D)

Das dramatischste Ergebnis der Politik der vergangenen Jahrzehnte ist in meinen Augen, dass es immer noch nicht gelungen ist, Benachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft auszugleichen. Das wird auch in dieser Studie und hier für uns in Bremen an den Ergebnissen sehr, sehr deutlich. Das ist es, was uns Pisa 2000, Iglu und auch Pisa 2003 jeweils vorgehalten haben. In keinem vergleichbaren OECD-Staat ist diese so genannte soziale Kopplung ähnlich stark ausgeprägt wie bei uns. Die Erkenntnis, dass nicht die individuellen Veranlagungen der Schülerinnen und Schüler entscheiden, sondern die soziale Herkunft,

(A) ist wirklich eine Schande für unser freies, demokratisches Land. Es ist eine schwere Hypothek für die Zukunft unserer Kinder, wenn nahezu ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler hier in Bremen zu den leistungsschwächsten gehört. Das sind doppelt so viele wie im Schnitt der OECD-Länder.

Unsere Kinder haben ein Recht auf Förderung, und die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, die Potentiale der jungen Generation zu verschwenden. Insofern finde ich es richtig, wenn die Koalition den Bildungsbereich als politischen Schwerpunkt der nächsten Jahre hervorhebt. Schwerpunkt in unserer extremen Haushaltsnotlage heißt für uns in der FDP, dass der Bildungsbereich in seiner Dotierung nicht weiter abgesenkt werden darf, auch wenn die Schülerzahlen zurückgehen. Das bedeutet aber auch, dass andere Bereiche größere Opfer bringen müssen. Ich hoffe, dass die Koalition dies ebenso sieht und ihre Eckwertbeschlüsse zum Haushalt 2006/2007 entsprechend korrigiert.

Was ist konkret zu tun? Erstens: Bildung beginnt nicht erst mit der Grundschule. Das ist vorhin auch schon gesagt worden. In keiner Lebensphase sind Menschen so lernfähig wie in der frühen Kindheit. Dieses Entwicklungspotential und die hohe Lernbereitschaft der Kinder werden in Deutschland noch viel zu wenig genutzt, obwohl die Entwicklung der Kinder in dieser Lebensphase von zentraler Bedeutung für die späteren Lernleistungen ist. Durch spielerisches Lernen können soziale und kognitive sowie sprachliche Fertigkeiten erworben werden, und zwar noch vor der Einschulung.

(B) Zukünftig muss ein bildungspolitischer Schwerpunkt auf die vorschulische Bildung in Kindertagesstätten und Tagespflege gelegt werden, und es muss eine enge Verzahnung des vorschulischen und schulischen Bereichs geben, um Brüche und Disharmonien in der Zusammenarbeit und bei den Übergängen zu vermeiden. Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die soziale Integration und die Chancengerechtigkeit am Start. Zudem gilt hier, das ist auch schon eben gesagt worden: Prävention ist besser als verspätetes Nachsteuern.

Zweitens: Die stärkere Eigenverantwortung der Schulen ist unerlässlich. Statt weiterhin starr vorzuschreiben, wie Bildung stattzufinden hat, muss sich die Bildungsbehörde künftig darauf konzentrieren festzulegen, was Bildung erfüllen und erreichen soll: Welche Voraussetzung muss ein Kind zur Einschulung erfüllen? Was muss eine Schülerin oder ein Schüler nach der vierten, sechsten oder neunten Klasse mindestens können? Über welche fachlichen und überfachlichen Kompetenzen sollte das Kind verfügen?

Der Bildungssenator muss dazu in enger Zusammenarbeit auch mit unserem Nachbarland Niedersachsen klare Lernziele formulieren, und er muss Standards definieren. Er muss den Schulen und den

vorschulischen Einrichtungen dann allerdings echte Gestaltungsfreiheit bei der Wahl der pädagogischen Mittel und Konzepte zur Erreichung der vorgegebenen Ziele lassen.

(C)

Ihm kommt auch die Aufgabe zu, die Einhaltung der Zielvorgaben zu überwachen. Der Schwerpunkt muss auf die Kontrolle und die Verbesserung der Lehr- und Lernleistungen an den Schulen gesetzt werden. Zur Überprüfung der Qualitätsstandards müssen systematische Evaluationen und Vergleichstests durchgeführt werden, und in die Fortbildung der Lehrer, auch darauf ist schon hingewiesen worden, muss kräftig investiert werden. Auf der Grundlage der jeweiligen Ergebnisse müssen dann zusammen mit den Kollegien vor Ort Schlüsse gezogen und der Unterricht kontinuierlich verbessert werden.

Drittens: Schule braucht Zeit und Verbindlichkeit, um in Ruhe arbeiten und um jeden einzelnen Schüler bestmöglich fördern zu können. Gerade das Fördern muss intensiv betrieben und nach Möglichkeit ausgebaut werden, und das kostet Lehrerstunden. Der Prozess der Einführung der Ganztagschulen – auch darüber ist hier schon mehrfach diskutiert worden – muss unbedingt fortgesetzt werden. Hier sind dringende Finanzierungsschritte nötig. Den Schulen muss im Übrigen finanzielle Sicherheit gegeben werden.

Wir müssen in den Schulen zu einer Kultur des individuellen Förderns und Forderns kommen. Nicht nur die Klasse und Gruppe an sich darf im Mittelpunkt der schulischen Bildung stehen, sondern jeder einzelne Schüler, jede einzelne Schülerin müsste abgeholt werden, wo er oder sie steht. Das bedeutet, dass Leistungsschwächere ebenso ein Recht auf optimale Betreuung und Förderung haben müssen, wie dies für die Leistungsstarken oder die Hochbegabten gelten muss.

(D)

Viertens: Nicht zu unterschätzen ist auch die Elternarbeit, denn die Eltern haben neben der Schule die zentrale Erziehungsarbeit zu leisten. Viele Eltern können oder wollen ihren Kindern nicht die notwendige Hilfe und Unterstützung beziehungsweise Förderung geben. Das hat normalerweise oft weniger mit Geld zu tun als vielmehr mit dem Können und dem Vermögen der Eltern. Sie sind oftmals schlicht überfordert. Anstrengungen und Aktivitäten der Schulen oder anderer, auch privater Vereinigungen, sind hier zu stützen. Sie sollten auch vom Staat her unterstützt werden.

Da gibt es, das kenne ich aus Bremerhaven – hier in Bremen übersehe ich das nicht ganz genau –, aber auch aus dem Nachbarkreis in Niedersachsen, Modellversuche und Vereine, die sich gerade in diesem Sektor stark engagieren und etablieren, Stichwort Elternschule, wo dann Eltern in den Stand gesetzt werden, auf den Schulbetrieb und auf die schulischen Anforderungen einzugehen und das dann mit ihren Kindern zu besorgen. Ich denke, das sind Aktivitäten, die wir unterstützen sollten, und da sind verschie-

(A) dene Ressorts hier in Bremen und auch in Bremerhaven angesprochen, nicht nur der Jugendbereich, sondern möglicherweise auch der Sozialbereich.

Meine Damen und Herren, die Frage der Bildung und Ausbildung unserer kommenden Generation ist eine, wenn nicht die Zukunftsfrage unseres Landes. Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Produktivität unserer Volkswirtschaft hängen maßgeblich von gut ausgebildeten Menschen ab. Die Deutschen müssen dabei immer um so viel besser sein, wie ihre Arbeitskraft teurer als in anderen Ländern ist. Nicht zuletzt führt mangelnde Chancengleichheit zu sozialen Missständen, wie wir es in den vergangenen Tagen in drastischer Form in den französischen Vorstädten beobachten konnten. Das Gold, möchte ich einmal sagen, liegt in Deutschland in den Köpfen. Wir sollten alles daran setzen, es zu heben, und zwar gemeinsam. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst war ich sehr erfreut darüber, dass diese Aktuelle Stunde hier heute auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Sie werden sich fragen, warum freut er sich denn, wenn so ein Thema alle, die in der Bildungspolitik verantwortlich sind und sich täglich in Schulen aufhalten, doch sehr nervt und strapaziert.

(B)

(Vizepräsidentin **D r . M a t h e s** übernimmt den Vorsitz.)

Ich sage Ihnen: Das ist ganz klar deswegen, weil wir uns heute erneut für den Schwerpunkt der Bildung und auch den Schwerpunkt der frühkindlichen Bildung entscheiden. Das gehört unmittelbar zusammen, wie in mehreren Beiträgen ja ganz deutlich geworden ist. Es ist auch deswegen, weil wir uns darüber heute erneut unterhalten und betonen, wie wichtig das auch als Zukunftsfrage für uns alle ist.

Meine Damen und Herren, mit einigen Begrifflichkeiten kann ich nichts anfangen, weil sie der Sache nicht gerecht werden. Wenn ich immer wieder höre: Katastrophe, niederschmetternd, Skandal, dann sage ich Ihnen, das wird der guten Arbeit, die an unseren Schulen gemacht wird, nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Das will ich Ihnen auch begründen! Wir haben 2000 die erste Pisa-Untersuchung gehabt. Die Ergebnisse haben wir 2001/2002 erfahren und haben dann als große Koalition, übrigens mit großer Zustimmung des Hauses, viele Dinge auf den Weg gebracht, viele Maßnahmen, die vorher undenkbar gewesen wären: Standards setzen und immer wieder überprüfen, Vergleichsarbeiten schon in Klasse drei und vier. Das

wäre früher völlig undenkbar gewesen. Als ich noch einen anderen Beruf ausgeübt habe, habe ich verwundert die Medienberichte verfolgt, als ich sah, dass eine Vergleichsarbeit verhindert wurde.

(C)

(Abg. **R o h m e y e r** [CDU]: Durch wen denn?)

Ich sage nicht durch wen, dafür war ich damals zu wenig im Geschäft. Sie wurde damals verhindert. Das war für mich völlig unverständlich. Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Schulen sich engagiert daran beteiligen und sich bemühen, besser zu werden.

Jetzt komme ich zum Vergleich zwischen 2000 und 2003. Das ist eigentlich das Thema heute, wobei ich einschieben muss, dass ich nicht zu denen gehöre – ich wundere mich ein bisschen, dass die Grünen das so in den Vordergrund stellen –, die mit Tabellen arbeiten. Liebe Frau Stahmann, auch die Tabellen und dieses Ranking werden der guten Arbeit an unseren Schulen nicht gerecht. Warum nicht? Ich will Ihnen das an einem ganz einfachen Beispiel verdeutlichen!

Wenn Sie in die Grundschule am Weidedamm schauen, wenn Sie in die Grundschule nach Borgfeld schauen, vielleicht auch noch einmal in den Baumschulenweg, und Sie gleichzeitig in die Schule Auf den Heuen, an die Andernacher Straße, an den Buntentorsteinweg und gern auch noch an eine andere benachteiligte Schule schauen und dann sagen, nun machen wir einmal ein Ranking, was sagt Ihnen denn dann das Ranking aus, liebe Frau Stahmann? Das sagt Ihnen aus, dass Sie in den einen Schulen exzellente Ergebnisse erwarten könnten, die absolut mit Bayern und auch mit den finnischen Grundschulen, sofern es denn ein Grundschultest gewesen wäre, übereinstimmen, und zum anderen sagen Sie, um Gottes willen, wie schlecht sind denn die Ergebnisse in den benachteiligten Schulen! Dann werden Sie sehen, dass wir in die benachteiligten Schulen deutlich mehr Geld investieren als in die in den privilegierten Stadtteilen, und das ist gut so, dass wir dort mehr Geld investieren!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem, liebe Frau Stahmann, erreichen wir nicht die Ergebnisse aus Schwachhausen, Borgfeld und Findorff-Weidedamm! Sehen Sie doch an diesem kleinen Beispiel, wie unsinnig es ist, hier Rankings aufzustellen! Wir können nicht ein Schul- und Bildungssystem von Bremen anhand von Rankings vergleichen! Das ist nicht fair, nicht in Ordnung, und das wird – ich sage es zum dritten Mal – den guten Leistungen an unseren Schulen nicht gerecht. Deshalb fand ich es sehr schwierig, mit diesen Begrifflichkeiten wie Skandal, Katastrophe und niederschmetternd umzugehen.

(A) Ich will Ihnen sagen, was ich den Schulen mitgeteilt habe. Ich habe mich darüber gefreut, dass unsere Leistungen in so kurzer Zeit – Frau Hövelmann ist darauf eingegangen –, innerhalb von wenigen Monaten, das hat übrigens kein Wissenschaftler für möglich gehalten, im Schnitt um 21 Punkte, also zirka fünf Prozent, besser geworden sind. Das ist übrigens kein Erfolg unserer Bildungspolitik, das konnte nicht so schnell gehen. Das ist ein Erfolg, der uns gelungen ist, weil wir den Schulen vermittelt haben, dass es hier auch um die Ehre unseres Landes geht und dass wir den Menschen draußen in ganz Deutschland belegen wollen, dass wir nicht so dumm sind, wie das erste Ergebnis widerspiegelt hat.

Liebe Frau Stahmann, dieses bessere Ergebnis, was die absoluten Ergebnisse angeht – Sie haben das gesagt –, darf man aber nicht als erneute Katastrophe darstellen, denn sonst würden Sie unsere Schulen an dieser Stelle auch beschädigen!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gemeint!)

Ich weiß das, aber ich habe ja sehr genau aufgepasst und zum Teil mitgeschrieben, was hier gesagt wurde, und es ist falsch! Ich habe ja irgendwann auch einmal eine pädagogische Ausbildung genossen und war lange genug mit Menschen zusammen. Wenn du immer nur hörst, dass du schlecht bist und dass du schlechte Ergebnisse bringst, die niederschmetternd und katastrophal sind, dann bewegst du nichts nach vorn! Man muss sich, wenn es eine Verbesserung der Leistung gegeben hat, dafür bedanken und es auch anerkennen und loben!

(B)

(Beifall bei der SPD)

So habe ich das in meiner Ausbildung und in meinem beruflichen Leben gelernt. Nicht mit Nackenschlägen können Sie die Menschen motivieren, besser zu werden und auch sich mehr anzustrengen, sondern in erster Linie durch Anerkennung ihrer Arbeit. Es war mir besonders wichtig, das den Schulen auch unmittelbar im Sommer, als wir die Ergebnisse bekommen haben, mitzuteilen und den verantwortlichen Lehrkräften auch dafür zu danken. Warum? Wir haben in den letzten drei Jahren seit dem Test unglaublich viel angeschoben in unserem Land, und wir haben die Schulen viel mehr belastet, als wir das zuvor getan haben. Wir schauen in den Unterricht, was in unseren Schulen jahrzehntelang nicht üblich war. Wir sagen, weg mit der Unverbindlichkeit! Wir wollen Standards setzen und das überprüfen. Das war jahrzehntelang nicht üblich, und es ist eine verdammt harte Arbeit, das jetzt Stück für Stück umzusetzen.

Ich finde, wir sind auf einem sehr guten Weg. Das zeigen sehr viele Dinge. Ich will Sie nicht damit nerven, das alles aufzuführen, was wir an Sommercamps, Ostercamps und an Fördermaßnahmen für benach-

teiligte Schülerinnen und Schüler umgesetzt haben, und ich bin ganz sicher, dass diese Arbeit fruchtet. Deshalb sind die Maßnahmen, die wir initiiert haben, richtig. Wir sind auf einem richtigen Weg, auch wenn ich Ihnen gegenüber nicht sagen kann, dass alle Schritte, die wir unternommen haben, letztendlich richtig sind. Das wird sich irgendwann einmal, wenn die nächsten Schülergenerationen überprüft werden, zeigen. Ich glaube aber, dass wir in der riesig großen Anzahl der Dinge, die wir initiiert haben, auf einem richtigen Weg sind. Das sind die allgemeinen Leistungen.

(C)

Jetzt kommen aber zwei ganz wichtige Punkte! Anhand der Untersuchung von 2003 im Vergleich zu 2002 können wir, und darauf bin ich ganz stolz, konstatieren, dass die Anzahl der Risikoschüler – derjenigen Schüler, die Sie auch zitiert haben –, die nicht einmal das untere Level, die erste Leistungsstufe erreicht hat, sich deutlich und von den Wissenschaftlern anerkannt gesenkt hat. Das ist ein Erfolg, das muss man doch sagen dürfen, auch angesichts des letzten Tabellenplatzes!

Der nächste Punkt ist schon mehrfach in den Diskussionsbeiträgen angeklungen, aber ich muss noch einmal sagen, dass ich auch das hier besonders hervorheben möchte: Wir sind in der sozialen Kopplung deutlich besser geworden! Es ist kaum vorstellbar, wie so etwas so schnell gehen kann, aber die Zahlen lügen an der Stelle nicht. Wir haben im Schnitt eine vierfach bessere Chance in Deutschland für ein Kind aus einer bildungsnahen Familie im Vergleich zu einer Facharbeiterfamilie, und das haben wir deutlich verbessert. Wir in Bremen liegen bei 2,8 an der Stelle.

(D)

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin nicht zufrieden mit 2,8! Ich kann erst zufrieden sein, wenn die Kinder bei gleicher Voraussetzung auch wirklich eins zu eins Chancengleichheit in unserem Land haben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie müssen aber zugeben, dass wir an dieser Stelle in der sozialen Gerechtigkeit besser geworden sind! Das ist ein Ergebnis der Politik der großen Koalition, und ich finde, das darf man nicht kaputt oder schlecht reden, sondern das muss man mit einigem Respekt, man kann auch sagen Stolz, behandeln. Da sind wir auf dem richtigen Weg, daran arbeiten wir weiter, und wir reden nichts schön, aber wir müssen die Dinge, die in so kurzem Zeitraum wirklich besser geworden sind, auch anerkennen. Sonst werden wir den Leistungen unserer Schulen nicht gerecht.

Das Ziel habe ich definiert: eins zu eins bei gleicher kognitiver Voraussetzung! Wir haben aber ein ganz schweres Problem, und das sind die Kinder, die

(A) zu Hause nicht deutsch sprechen. Das ist ganz klar durch die Pisa-E-Untersuchung für unser Land belegt. Die Kinder, die zu Hause mit einem Migrationshintergrund aufwachsen und zu Hause nicht deutsch sprechen, haben aber so deutlich schlechtere Bildungschancen als die Kinder mit Migrationshintergrund, die deutsch zu Hause sprechen, weil sich die Geschwister vielleicht angewöhnt haben, deutsch zu sprechen. Es gibt ja auch die Kinder, die mit den Eltern in der Muttersprache reden, aber mit den Geschwistern schon deutsch sprechen. Sie sind auch deutlich besser in ihren Bildungschancen. Das ist ein Problem, das wir noch nicht gelöst haben.

Ich habe bereits 2000 und 2001 in ganz vielen Veranstaltungen Eltern mit Migrationshintergrund in den Stadtteilen eingeladen und gesagt: Sie müssen Ihre Kinder besser sprachlich fördern, es geht nicht ohne Ihre Hilfe! Offensichtlich hat das aber nicht gefruchtet. Ich habe jetzt einen runden Tisch einberufen. Bereits Anfang Dezember wird er zusammenkommen. Übrigens sind gerade die Vertreter der türkischen Bevölkerungsgruppe ganz hinten abgekoppelt. Wenn man sich die Migranten noch einmal anschaut, sind gerade die ganz besonders schlecht in ihren Chancen, die zu Hause ausschließlich ihre Muttersprache sprechen. Ich habe jetzt diese Gruppe eingeladen. Ich habe es nicht nur über die Eltern direkt versucht – das reicht offensichtlich nicht –, sondern ich habe Vertreter der Sportvereine, der türkisch-deutschen Vereine und der Moscheen zu mir in die Behörde eingeladen. Wir wollen miteinander darüber reden, wie wir diese unglaubliche soziale Ungerechtigkeit auflösen können. Ich sage Ihnen nur eines, liebe Abgeordnete: Wir können, ich kann das nicht allein ohne die Elternhäuser erreichen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich sage Ihnen das auch mit ein bisschen Verzweiflung, weil ich mich für alle Kinder dieses Landes, und das meine ich sehr ernst, verantwortlich fühle, und das habe ich auch immer in den letzten sechseinhalb Jahren gezeigt. Ohne aber, dass mir von Seiten der Elternhäuser geholfen wird, schaffe ich es nicht, denn es weiß jeder, der sich ein bisschen mit Schulpolitik auskennt: Es ist ein Riesenunterschied, ob das Elternhaus darauf achtet, ob die Sprache sich entwickelt, ob man zum Lesen motiviert, ob man anhält zur Erfüllung der Pflichten, die auch ein Schulkind hat, ohne Wenn und Aber, ob man das mit Freude vermittelt oder sich eben um nichts kümmert.

Viel zu viele Familien sehen nicht den Schwerpunkt ihrer häuslichen familiären Aufgabe darin, ihre Kinder zu fördern. Der Staat hat hier eine Aufgabe, ich muss hier arbeiten und Schwerpunkte setzen, aber ich brauche die Eltern dazu. Ich muss einen erneuten Anlauf wagen, um genau die Gruppe, die ich eben benannt habe, dazu zu bewegen, sich im Interesse ihrer Kinder verstärkt zu engagieren.

(C) Wir haben vier Dinge, die wir jetzt angreifen müssen oder im Prinzip fortsetzen. Das ist mehrfach gesagt worden, auch von der Opposition. Ich bin voll einverstanden und weiß, dass wir ganz eng beieinander sind, es hinzubekommen, dass wir in der frühkindheitlichen Bildung früher diagnostizieren und früher fördern. Da gibt es überhaupt keine unterschiedlichen Auffassungen, aber das kostet Geld, und dieses Geld muss dieses Haus Frau Röpke beziehungsweise dann im Folgenden auch mir für mein Ressort zur Verfügung stellen, weil wir hier noch Defizite haben, und hier müssen wir die Kinder früher erreichen.

In Finnland, Sie wissen, dass ich das gern zitiere, beginnt die Kontrolle und die Diagnose mit der Geburt. Mit der Geburt sind die Sozialpädagogen, die Erzieher in den Familien, um zu sehen, ob die Kinder sich angemessen altersgemäß entwickeln. Da können solche Dinge, wie sie jetzt im Augenblick so schrecklich in Hamburg passieren – das kann man ja fast täglich nachlesen –, nicht passieren. Ich kann sie für Bremen nicht ausschließen. Ich kann mich nur bemühen, gemeinsam mit der Kollegin Röpke dagegenzuhalten, dass sich nach Möglichkeit solche furchtbaren Dinge hier nie abspielen. Es ist aber völlig richtig, hier muss ein Schwerpunkt gesetzt werden.

(D) Ein weiterer Schwerpunkt muss sein, dass wir die Qualitätsoffensive, die wir seit drei Jahren unternommen haben, weiter fortsetzen. Unterricht muss im Schwerpunkt unserer Bemühungen stehen, nicht die unsinnige Debatte um Schulstrukturen. Wir haben, und ich finde es ausdrücklich richtig, uns nicht zer kämpft und zerbissen im Kampf um ideologisch bessere Konzepte, sondern wir haben gesagt, wir binden die Eltern ein, und wir lassen die Eltern entscheiden, wo sie ihre Kinder in die Schule geben wollen. Ich sehe auch dort eine deutliche Verbesserung nicht nur im Unterricht, sondern auch im Schulklima, und das ist unendlich wichtig für eine Schule, um die Kinder und auch die Lehrerinnen und Lehrer zu motivieren, sich dort zu engagieren und zu besseren Leistungen zu kommen.

Die Ganztagschulen müssen weiter ausgebaut werden. Auch ich bin der alten Bundesregierung dankbar, dass sie das in Gang gesetzt hat. Ich teile Ihre Auffassung: Ohne die Unterstützung der Bundesregierung hätten wir das nicht umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind ein Segen für unsere Schulen, und ich will das unbedingt weiter fortsetzen.

Wenn es uns gelingt, diese Maßnahmen fortzusetzen, dann bin ich der festen Überzeugung, dass wir 2006 zu besseren Ergebnissen kommen, aber ich bitte, immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieses Ranking nicht allein die Wahrheit ist. Es gibt Schulen in Bremen, die vorzügliche Arbeit unter sehr schweren

- (A) Bedingungen machen, und diesen Schulen müssen wir danken und dürfen sie nicht schädigen durch öffentliche Äußerungen, dass alles so unendlich schlecht in unseren Schulen ist. Es gibt in Bremen und Bremerhaven viele Leuchttürme, und die müssen wir immer weiter hervorheben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, die Ergebnisse 2006, die wir hoffentlich noch vor der Wahl bekommen, werden besser sein. Ich bin da nicht ganz sicher, ob das zeitlich gelingt, aber ich bin ganz sicher, wenn es uns gelingt, die Dinge, die wir angegangen sind, die schwer durchzusetzen sind, weil wir ganz viel von den Lehrerinnen und Lehrern verlangen, kontinuierlich fortzusetzen, dass die Ergebnisse besser werden.

Ich kann nicht sagen, dass wir nun auf einmal im Mittelfeld landen. Das kann ich nicht Schulen am Buntentorsteinweg, an der Andernacher Straße oder Auf den Heuen, den Lehrern, die dort aktiv sind, zutrauen, das geht nicht, das können wir nicht schaffen. Wenn sie sich aber um weitere fünf Prozent verbessern, dann kann ich Ihnen nur sagen, dann waren alle Bemühungen ein Schritt in die richtige Richtung. Ich will diesen Weg unbedingt weiter mit Ihnen gehen und sehe diese Diskussion heute Morgen nicht defätistisch, sondern ermutigend für uns alle weiterzumachen in den ganz gezielten Förder- und Fördermaßnahmen für unsere Schulen. – Ich danke Ihnen!

- (B) (Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich greife das auf, was der Bildungssenator gerade noch einmal gesagt hat: Ohne den Bund geht es nicht! Ich glaube, das ist eine richtige Aussage, die Sie gemacht haben, Herr Bildungssenator, aber die SPD und die CDU auf Bundesebene haben jetzt etwas anderes beschlossen, sie haben sich für etwas anderes verabredet. Es wird künftig nicht mehr möglich sein, dass der Bund sich finanziell an den bildungspolitischen Aktivitäten in den Ländern beteiligen wird. Ich bitte Sie ganz herzlich, dass Sie auch einmal auf Bundesebene an Ihre Fraktion signalisieren, dass das ein falscher Weg ist, auf dem wir uns befinden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage auch, der Bund muss mit ins Boot, wenn wir darüber diskutieren, frühkindliche Bildung zu stärken. Wenn wir mehr Geld für die Kindergärten brauchen, sind das nicht nur ein paar Euro fünfzig oder ein paar Euro vierzig. Es geht insgesamt um

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (C) bundesweit vier Milliarden Euro, die man braucht, um aufzuholen, um mit den Pisa-Siegerländern mithalten zu können. Das ist kein Geld, das jetzt für neue Tapeten oder neue Gardinen gebraucht wird, sondern das ist Geld, das für Personal gebraucht wird, für Qualifizierung gebraucht wird, für Sprachförderung.

Herr Tittmann, warum haben wir Ihren Antrag abgelehnt, Sprachtests für ausländische Kinder zu machen? Wir brauchen nicht Sprachtests für ausländische Kinder, Herr Tittmann, wir brauchen Sprachtests für alle Kinder! Das, was Sie hier mit Ihrem Antrag wieder deutlich machen wollten, ist doch nur wieder pure Diskriminierung von ausländischen Kindern. Wir haben mittlerweile Probleme, dass viele Kinder auch aus deutschen Familien nicht den Sprachstand haben, den sie in ihrem Alter altersgerecht erbringen müssen, und deshalb war Ihr Antrag auch inhaltlich nicht richtig, und deswegen haben wir ihn auch hier richtigerweise mit allen Fraktionen im Haus abgelehnt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In dieser Aktuellen Stunde geht es darum zu überprüfen, ob die große Koalition die Weichen in der Bildungspolitik richtig gestellt hat. Herr Lemke hat noch einmal Einzelmaßnahmen aufgezählt, sinnvolle Einzelmaßnahmen, die die Grünen hier auch mitbeschlossen haben. Wir haben gesagt: Mehr Qualität, auch Bildungsstandards überprüfen, Lehrer gemeinsam mit den Erzieherinnen und Erziehern besser ausbilden! Wir haben im Bildungsbereich eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen beschlossen. Was aber doch fehlt, lieber Bildungssenator und liebe Sozialsenatorin, ist eine gemeinsame Strategie des Bremer Senats, wie wir im Bereich Bildung nach vorn kommen!

Da habe ich doch eben wieder gehört: Mein Ressort hat nur soundsoviel Geld, und Frau Röpke müsste auch noch ein bisschen etwas haben. Wir fordern als Opposition eine Gesamtstrategie des Bremer Senats, einen Masterplan, an dem die Eltern beteiligt sind, an dem die Schulen beteiligt sind, die frühkindlichen Bildungseinrichtungen, die Handelskammer. Dieses Thema muss in diesem Land richtig nach vorn gebracht werden, und das muss der Senat wirklich tun mit einem Gesamtkonzept, da reichen die Einzelmaßnahmen nicht aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abschließend möchte ich noch einmal kurz etwas zum Kollegen Rohmeyer sagen, der gesagt hat, Bayern wäre nun doch Champions League, und ich würde hier herumschwindeln und nicht die Wahrheit sagen. Herr Rohmeyer, ich sehe in die Tabellen hinein, und

(D)

(A) da muss ich sagen, Abiturientenquote: Bayern 20 Prozent!

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tittmann?

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. **R o h m e y e r** [CDU])

Schweden 75 Prozent, Finnland 60 Prozent! Das sind Zahlen, Herr Rohmeyer! Finnland 60 Prozent, Schweden 75 Prozent, Bayern 20 Prozent! Bayern kann gar nicht den Bedürfnissen der Wirtschaft an Abiturienten Rechnung tragen. Auch bei den Fachabiturienten hat Bayern noch ein paar Schülerinnen und ein paar Prozente zu bieten, aber international sind wir doch einfach nicht gut. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, und wir müssen uns mit denen messen. Wir haben nicht einen bundesweiten Arbeitsmarkt, sondern wir haben einen europäischen Arbeitsmarkt. Wir leben in einer Wissensgesellschaft, und unser Bildungssystem wird den Anforderungen nicht gerecht.

(B)

Herr Rohmeyer, Sitzenbleiberquote Bremen: Wir haben bundesweit die höchste Sitzenbleiberquote!

(Zuruf der Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD])

Sie ist reduziert worden. Frau Hövelmann, warum? Weil die Eltern der Kinder, die ein Gymnasium besuchen, Nachhilfe bezahlt haben, weil der Bildungssenator Kurse angeboten hat, die auch überwiegend von Familien oder auch von Kindern wahrgenommen worden sind, die bildungsnah sind. An den Hauptschulen haben wir den Trend aber noch nicht umdrehen können, und wir müssen doch hier Sorge dafür tragen, dass alle Kinder, auch die, die aus Familien kommen, die sozial benachteiligt sind, gleiche Bildungschancen haben. Dann nehme ich den Bildungssenator ernst, der gesagt hat, bei gleichem Talent muss es hier gleiche Chancen geben. Deswegen stehen wir hier vorn, diese Chancen werden den Kindern heute in Bremen nicht präsentiert und nicht eingelöst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der letzte Punkt ist: Hat die Koalition umgesteuert in Sachen Bildungsausgaben? Ich habe schon mehrfach hier vorn gestanden, auch meine Kollegen Mützelburg und Zachau, und habe gesagt, Bremen

gibt viel Geld aus für die weiterführenden Schulen, zu wenig im Vergleich mit Kindergärten und Grundschulen. Bremen hat nicht umgesteuert. Diese Koalition hat, seitdem sie regiert, nicht richtig umgesteuert. Wir geben immer noch deutlich mehr Geld aus für den Bereich der weiterführenden Schulen, es hat keine Kurskorrektur gegeben in dieser wichtigen Frage. Auch daran kann man festmachen, dass die große Koalition Wichtiges versäumt hat. Das wollte ich deutlich machen! – Danke schön!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Stahmann, da Sie ja nun nicht in der Lage sind, meine Fragen beantworten zu können,

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht willens!)

bin ich gezwungen, noch einmal nach vorn zu kommen. Ich möchte Sie fragen: Hätten Sie unter Berücksichtigung dessen, dass Sie alle meine Anträge abgelehnt haben, dann damals dem Antrag der Deutschen Volksunion zugestimmt, vielleicht mit dem Untertitel „Deutschtest für alle Kinder“? Hätten Sie dem zugestimmt?

(D)

Zweitens: Ich muss Ihnen sagen, meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion wird sich auch weiterhin vehement für die Zukunft unserer Kinder mit gleichen Bildungschancen für alle Kinder – das betone ich hier, für alle Kinder! – parlamentarisch uneingeschränkt rigoros einsetzen. Auch wenn Sie das mit einer überparteilichen, einstimmigen, niederträchtigen und undemokratischen Ablehnung aller DVU-Anträge verhindern wollen, es wird Ihnen nicht gelingen! Wie vorhin schon erwähnt: Herr Senator Lemke, der letzte Platz ist eben der letzte Platz, und den können Sie nicht schönreden. – Ich danke Ihnen!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur noch zwei Äußerungen zur Kollegin Stahmann, weil wir das nicht so stehen lassen können!

Liebe Frau Stahmann, ich weiß genau, dass Sie mitbekommen haben, dass wir die Grundschule sehr gestärkt haben, nicht nur durch die Verknüpfung zwischen dem frühkindlichen Bereich, den Diagnoseinstrumenten, die Frau Senatorin Röpke da einsetzt

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) und dem verbesserten Übergang, sondern durch die fast flächendeckende Einführung der verlässlichen Grundschule. Durch die Erhöhung der Stunden in der Grundschule haben wir einen Schwerpunkt in der Grundschule gesetzt und nicht zuletzt auch durch die Einführung von Englisch in der Grundschule. Das alles ist eine Verstärkung der Unterrichtsstunden im Grundschulbereich, dazu kommt der Anteil der verlässlichen Grundschule. Mir war es wichtig, das hier noch einmal deutlich zu machen, nicht, dass es so hängen bleibt, wir hätten verschlafen, dass in der Grundschule Veränderungen notwendig waren.

Ich habe nicht umsonst hier eben gesagt, auf den Anfang kommt es an, und von daher bitte ich Sie, dass Sie das nicht nur zur Kenntnis nehmen – darum kann ich Sie natürlich gern bitten –, sondern ich bitte Sie auch darum, dass Sie so etwas nicht wieder behaupten! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich auch noch einmal zu einem Thema äußern, das am Ende der Debatte aufgetaucht ist! Die CDU-Fraktion fordert seit langer Zeit die gemeinsame Ressortverantwortung von Bildung und Jugendeinrichtungen, damit wir hier, da sind wir sehr nah mit den Grünen zusammen, keine Reibungsverluste auf dem Rücken von Kindern haben.

(B)

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Und mit mir!)

Ja, mit Ihnen, aber nicht mit der SPD, Frau Hövelmann! Die SPD hat es abgelehnt. Wir hatten es in die Koalitionsverhandlungen eingebracht, dass wir eine gemeinsame Ressortverantwortung wollen. Wir hatten, da ist das Beispiel verlässliche Grundschule, das Beispiel Ganztagschule, der Übergang vom Kindergarten zur Schule, ganz viele Reibungsverluste, und immer auf dem Rücken von Kindern, und das muss in Zukunft aufhören, meine Damen und Herren!

Da zeigen andere Länder, auch innerhalb Deutschlands, dass das geht. Wir erwarten, dass das in der nächsten Legislaturperiode gemacht wird, das sind momentan – ich muss es so nennen – sozialdemokratische Befindlichkeiten und Machtstrukturen. Es kann nicht sein, dass so etwas auf dem Rücken von Kindern stattfindet. Wir haben dort viele Vorschläge gemacht, Herr Bartels in den Debatten zur Jugendpolitik, wir haben klare Aussagen zum dritten Kindergartenjahr in unserem Regierungsprogramm, da können Sie gern weiter von uns abschreiben. Wir

*) Vom Redner nicht überprüft.

haben hier klare Positionen, und da hoffe ich, dass wir vielleicht sogar schon in dieser Wahlperiode, Frau Hövelmann, wenn Sie das so sagen –

(C)

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das glaube ich nicht!)

überzeugen Sie bitte Ihre Genossen! –, noch weiterkommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. Juni 2005 (Drucksache 16/674)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. August 2005

(Drucksache 16/724)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

(D)

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Senatorin Röpke, Sie machen davon nicht Gebrauch, wie ich Ihnen ansehe.

Dann treten wir in eine Aussprache ein.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD)*: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie Gewalterfahrung suchen, egal ob als Opfer oder als Täterin, gründen Sie am besten eine Familie. Das ist der in meinen Augen doch etwas übertriebene Ausspruch eines Professors für Strafrecht. Dennoch, den Statistiken ist zu entnehmen, dass die Gewaltkriminalität im öffentlichen Bereich in Deutschland zurückgeht, im privaten Bereich, in den Familien dagegen zunimmt. Die Gewalt im öffentlichen Raum betrifft überwiegend Männer, während sich die häusliche Gewalt überwiegend gegen Frauen, Kinder und pflegebedürftige Menschen richtet.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) In Deutschland allein erleben nach aktuellen Schätzungen 20 bis 25 Prozent aller Frauen und Mädchen im Laufe ihres Lebens Gewalt, und häusliche Gewalt ist kein Einmalereignis. Der Kreislauf der häuslichen Gewalt führt über längere Zeit häufig zu einer Steigerung der Intensität der Gewaltanwendungen. In den seltensten Fällen handelt es sich hier um diese so genannten Ausrutscher. Wir können also ganz klipp und klar sagen, Misshandlungen sind Wiederholungsdelikte.
- Die gesundheitlichen Folgen von Gewalt sind vielfältig. Neben den direkten körperlichen Verletzungen, die sichtbar sind, erleiden die Betroffenen auch erhebliche psychische Folgebeschwerden. Schlafstörungen, Depressionen, Ängste führen bei Opfern zu einem deutlich höheren Alkohol- und Tabakkonsum und auch zu Medikamentenabhängigkeiten. Viele Gewaltopfer rufen bei Tötlichkeiten nicht die Polizei, sie wenden sich auch nicht hilfeschend an Beratungsstellen. Sie gehen aufgrund von gesundheitlichen Beschwerden zu ihrem Arzt, zu ihrer Ärztin, insbesondere in hausärztliche, gynäkologische oder pädiatrische Praxen, seltener und nur bei schwerwiegenden akuten Verletzungen werden Kliniken aufgesucht.
- Bei der Erkennung und Bekämpfung von häuslicher Gewalt nehmen somit die im Gesundheitswesen Beschäftigten eine herausragende Stellung ein. Doch nicht immer erkennen Medizinerinnen das Problem Gewalt hinter einem Symptom. Selbst dann, wenn Patientinnen sich öffnen und von ihren Gewalterfahrungen berichten, reagieren die Medizinerinnen oft nicht angemessen.
- (B) Im Zentrum zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt stehen somit die Information und die Fortbildung der Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen. In den Krankenhäusern in Bremen ist dieses Thema in den letzten Jahren regelmäßig angeboten und auch diskutiert worden. Über das von den Kliniken entwickelte Informationsmaterial, dieses Faltblatt, ist hier im Hause auch schon öfter berichtet worden. Eine große Fachtagung zu diesem Thema fand im September dieses Jahres im Klinikum Ost statt.
- Für die Ärzte und Ärztinnen gibt es seit 2004 eine Fortbildungsverpflichtung. Das Thema häusliche Gewalt ist dort aber nicht zu finden. In einer öffentlichen Sitzung unseres Gleichstellungsausschusses im März dieses Jahres berichteten uns die Vertreterinnen der Ärztekammer, dass in den letzten Jahren sehr wenige Fortbildungsmaßnahmen zu dem Thema häusliche Gewalt angeboten worden sind, da dies auch nicht von den Ärztinnen oder Ärzten nachgefragt worden ist. Es bedurfte erst unserer Sitzung, um das Thema häusliche Gewalt wieder in den Fortbildungskatalog der Ärztekammer aufzunehmen. Unser Wunsch, diese Weiterbildungsveranstaltung verpflichtend zu machen, wurde von Seiten der Ärztekammer aber nicht befürwortet.
- Wir freuen uns aber sehr, dass die Ärztekammer zurzeit eine Informationsschrift zum Thema häusliche Gewalt erarbeitet, in der anschaulich und praxisnah die einzelnen Themenblöcke dargestellt werden sollen. Hierzu gehören unter anderem auch Informationen zur Schweigepflicht und Dokumentation, denn neben einer sorgfältigen Dokumentation der Untersuchung gilt es ganz besonders aufzuklären, wie Beweise zu sichern sind. In einem strafrechtlichen Gerichtsverfahren kann dies von ausschlaggebender Bedeutung sein.
- (C) Hier möchte ich gern kurz ein Beispiel anführen, das ich als Berichterstatterin im Petitionsausschuss erlebt habe. Ein kleines Mädchen ist in die Klinik eingeliefert worden mit vaginalen Verletzungen, es wurden bei der Untersuchung Spermien festgestellt. Dieses Untersuchungsmaterial ist von den Ärztinnen und vom Klinikpersonal gesichert worden, aber so gesichert worden, dass es auf dem Transport zur Untersuchungsstelle leider zerstört worden ist. Das heißt, die Untersuchungsträger waren nicht richtig. Es ist nicht mit der genügenden Sorgfalt vorgegangen worden. Der Täter, der sich an diesem kleinen Mädchen vergangen hatte, konnte also nicht identifiziert werden und läuft heute noch frei herum.
- Wichtig ist auch bei der Behandlung des Themas häusliche Gewalt die Ausbildung in der Pflege. Dem Bericht des Senats ist zu entnehmen, dass die Gewalt in der Pflege als ein Schwerpunktthema in Bremen behandelt wird. Das Thema Gewalt in der Pflege ist bisher überwiegend im Zusammenhang mit Pflege-mängeln in Alteneinrichtungen öffentlich geworden. Die meisten pflegebedürftigen Menschen leben aber, und das wissen wir, in ihrer häuslichen Umgebung und werden, das ist in der Regel so, von den Angehörigen gepflegt. Es gibt nur wenige Ärztinnen und Pflegerinnen, die, wenn sie eine Familienvisite vornehmen, zum Beispiel im Rahmen eines Pflichtbesuchs des Medizinischen Dienstes der Pflegekassen, diese explosive Familienbeziehung erkennen und gezielt Hilfe anbieten können.
- (D) Ich will nicht sagen, dass die Gewalt in der häuslichen Familienpflege bei uns zum Alltag gehört. Die Dunkelziffer ist aber nach meinen Erfahrungen extrem hoch. Ich bin mir sicher, dass die Zahlen noch weiter steigen werden. Opfer und Täter von Gewalt sind sowohl die Pflegepersonen, aber auch die zu Pflegenden. Betroffen sind in diesem Bereich überwiegend Frauen, denn sie sind diejenigen, die ihre Partner oder sonstigen Angehörigen pflegen. Sie sind aber auch diejenigen, die ihre Partner überleben und selbst als Pflegebedürftige dann Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Die Forschungsergebnisse unserer Uni zeigen ganz eindeutig, dass in diesem Bereich zukünftig ein sehr hohes Gewaltkonfliktpotential zu erwarten ist.
- Neben den individuellen, menschlichen, persönlichen Verletzungen, Demütigungen und Zerstörungen gibt es aber auch noch eine finanzielle Betrachtung.

(A) tung des Themas. Häusliche Gewalt ist für unsere Gesellschaft sehr teuer. Geschätzt wird ein Betrag in der Bundesrepublik von jährlich über einer Milliarde Euro, ein Betrag, der, wenn natürlich auch auf Bremen heruntergerechnet, nicht in der Größe, sondern in einem etwas kleineren Betrag, auch hier in Bremen ganz konkret nachzuvollziehen ist. So sind Frauen, die Gewalt erlitten haben, finanziell temporär oft auf öffentliche Unterstützung angewiesen, bis sie sich in ihrer persönlichen Situation wieder gefestigt haben. Wenn zum Beispiel eine Pflegesituation in der häuslichen Umgebung aufgrund von Konflikten nicht mehr möglich ist, wird eine andere Wohnsituation notwendig, auch hier ist in vielen Fällen öffentliche finanzielle Unterstützung erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Beratungsstellen zur Unterstützung und Hilfe der Betroffenen gibt es in Bremen von den unterschiedlichen Trägern. Aktivitäten und Diskussionen über dieses Tabuthema häusliche Gewalt wurden unter anderem von der ZGF erfolgreich initiiert. Verlässliche Daten und Untersuchungen werden bei uns in Bremen von der Uni erstellt.

Wir als Abgeordnete leisten unseren Beitrag, das Thema häusliche Gewalt weiter in die Öffentlichkeit zu rücken. Dies alles ist aber längst nicht genug. Gewalt ist erstaunlich normal in unseren Wohnungen, in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Wir ahnen es oft, manchmal wissen wir es auch, dass sich etwas Verbotenes hinter den Türen abspielt. Wir alle schauen viel zu oft weg und schweigen. Häusliche Gewalt können auch wir verhindern, indem wir uns einmischen, den Mund aufmachen, denn Schweigen ist der beste Nährboden für Gewalt. – Danke!

(B)

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Windler.

Abg. Frau **Windler** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern, seit 1999 arbeiten wir intensiv an diesem Thema. Es ist heute die fünfte Debatte zu diesem Thema häusliche Gewalt. Als positiv zu bewerten ist es, dass diese innerfamiliäre Angelegenheit zu einem öffentlich geächteten Straftatbestand geworden ist. Es kann und darf nicht sein, dass Gewalttaten in der Familie nicht geächtet werden können, nur weil sie hinter verschlossenen Türen passieren. Mit dem Wegweisungsrecht haben die Polizei und die Justiz die Möglichkeit einzugreifen. Das ist schon ein sehr großer Fortschritt.

Wir debattieren heute über häusliche Gewalt, das heißt auch Gewalt an Kindern, Männern sowie älteren

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Menschen. Häusliche Beziehungsgewalt ist weder am Geschlecht noch am Alter festzumachen. Trotzdem sind es immer wieder Frauen, die an Gewaltakten leiden. Gewalt an Frauen ist weltweit und in fast allen Kulturen verbreitet. Für Jahrhunderte waren männliche Herrschaftsansprüche und Gewalt akzeptiertes Recht. In Deutschland wurde erst 1928 das Recht von Männern, ihre Frauen zu züchtigen, endgültig abgeschafft. Heute ist die Gleichstellung der Geschlechter gesetzlich abgesichert, und gewalttätiges Verhalten steht unter Strafe. Die Frauenbewegung hat vor 20 Jahren das gesellschaftliche Tabu und damit das Schweigen über die Gewalt gegen Frauen gebrochen und vor allem das Ausmaß der Männergewalt im privaten Bereich aufgezeigt. Die Gesellschaft hat mit der öffentlichen Finanzierung von Unterstützungsangeboten für misshandelte Frauen ein erstes Zeichen gesetzt, dass sie beginnt, dieses Problem ernst zu nehmen.

Meine Damen und Herren, um einen effektiven Schutz für Frauen und Kinder sowie einen Abbau von Gewalt zu leisten, reicht es nicht aus, Hilfsangebote für die Opfer bereitzustellen, die zwar anerkannte und unverzichtbare Unterstützung bieten, darüber hinaus ist aber auch ein veränderter Umgang mit Männergewalt notwendig, ihre gesellschaftliche und damit rechtliche Ächtung und die deutliche Inverantwortungnahme der Täter mit dem Ziel, ihr Verhalten zu ändern.

In den letzten Jahren ist einiges auf den Weg gebracht worden, zum Beispiel die Förderung spezifischer Einrichtungen und die Hilfesysteme, die sich auf die Betreuung von betroffenen Mädchen und Frauen spezialisiert haben, zum Beispiel Schattensystem, Verein Neue Wege, Frauenhäuser, Notruf, Mädchenhäuser und so weiter. Wir als CDU-Fraktion meinen, es ist eine gute und wichtige Arbeit, die diese Initiativen leisten, und wir werden sehr genau darauf achten, dass die Förderung auch weitergeführt wird.

Meine Damen und Herren, warum ist die Sensibilisierung für die Gewaltproblematik in der medizinischen Versorgung, zum Beispiel durch entsprechende Fortbildungsangebote, so wichtig? Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben. Frau Müller hat deutliche Verletzungen im Gesicht und am Oberkörper. Sie verdeckt dies mit Make-up, sie sagt, sie sei gestürzt. Der Arzt fragt nicht weiter nach. Das Martyrium geht deswegen weiter. In Bremen muss dies aber nicht mehr so sein. Die Ärztekammer Bremen hat in Kooperation mit der ZGF – schönen Dank auch dafür – einen Leitfaden für Ärztinnen und Ärzte zum Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt erarbeitet. Die dort zusammengestellten Informationen können eine gute Arbeitshilfe für das Personal darstellen.

Wir alle wissen, dass das Thema häusliche Gewalt ein sehr sensibles Thema ist, aber die Krankenkassen und die Krankenhäuser sind mit den Fortbildungsmaßnahmen auf dem richtigen Weg. Positiv ist auch

(C)

(D)

(A) zu erwähnen, dass das Faltblatt „Häusliche Beziehungsgewalt“ neu aufgelegt wird. In der Kranken- und Kinderkrankenpflege werden Fragen der häuslichen Gewalt in verschiedenen Zusammenhängen in der Ausbildung behandelt. Hier sollte man sich doch vielleicht überlegen, dem Thema lieber 40 als 20 Stunden zu geben.

Leider ist häusliche Gewalt ein Thema, das immer mehr Platz in unserer Gesellschaft einnimmt. Die CDU-Fraktion begrüßt in diesem Zusammenhang auch, dass die Gesundheit Nord GmbH Klinikverbund Bremen mit der Unterstützung des Klinikums Bremen-Ost am 14. September 2005 eine fachübergreifende Tagung zum Thema Beziehungsgewalt veranstaltet hat. Diese Fachtagung wurde von der Ärztekammer sogar als Fortbildungsveranstaltung bewertet. Ich meine, das ist der richtige Weg, da kann man noch einiges mehr tun.

Ich wünsche mir auch noch mehr Vernetzung der Hochschule Bremen zur Hochschule Bremerhaven. Vielleicht kann die Hochschule Bremerhaven die Studiengänge aus wissenschaftlicher Sicht übernehmen. Es wäre vielleicht einmal ein Weg, dort ins Gespräch zu kommen und dies zu überlegen.

Meine Damen und Herren, die Finanzierung für das Präventionskonzept „Häusliche Beziehungsgewalt“ war in diesem Jahr sehr schwierig, aber wir haben es mit vereinten Kräften geschafft. Ich sage aber hier auch ganz deutlich: Es muss eine längerfristige Lösung geschaffen werden. Alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt und ohne Diskriminierung und auf eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 16/674 behandelt das sehr wichtige aktuelle Thema „Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern“. Endlich einmal eine aktuelle Anfrage, denn häusliche Gewalt ist weder ein Tabuthema noch Privatsache, es ist ein hoch kriminelles Unrecht! Darum sage ich namens der Deutschen Volksunion: Es muss verstärkt öffentlich gemacht werden, damit Polizei und Justiz zum Schutz der Opfer schnell und effektiv dagegen einschreiten können.

Meine Damen und Herren, häusliche Gewalt kommt in allen sozialen Schichten vor. Darüber hinaus sind aber auch sehr viele ausländische Frauen Opfer häuslicher Gewalt, die auf Grundlage einer anderen Kultur, Religion und einer anderen Wertevorstellung der Frau täglich brutal begangen wird. An dieser Tatsache können Sie deutlich erkennen, dass Ihre sehr teure

Möchtegern- und unrealistische Wunschintegration gescheitert ist. Die Themen Unterdrückung von ausländischen Frauen, Zwangsehen, Zwangsprostitution, Ehrenmord und so weiter haben wir hier ja schon des Öfteren behandelt, so dass ich darauf nicht mehr näher einzugehen brauche.

Seit dem 1. Januar 2002 sind Opfer von häuslicher Gewalt durch das neue Gewaltschutzgesetz besser geschützt. Das Gesetz ermöglicht es den Opfern, die Täter zeitlich befristet oder dauerhaft der gemeinsamen Wohnung zu verweisen. Damit kann die betroffene Frau den gewohnten Lebensraum für sich und die Kinder allein beanspruchen. Damit ist zwar die rechtliche Grundlage für erweiterte Rechte der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen geschaffen worden, aber in der Realität sieht die Sache doch ganz anders aus. Bleibt also nur noch abzuwarten, aber nicht allzu lange, wie die Gerichte das Gesetz effektiv anwenden, um es schnell zum Schutz der Opfer umsetzen zu können.

Tatsache ist doch, dass nur körperliche Gewalt als Tatbestand erfasst ist, die Beweislage bei den Opfern liegt und das Verfahren von der Anzeige bei der Polizei bis zum tatsächlichen Wohnungsverweis sage und schreibe bis zu drei Wochen dauern kann. Das, meine Damen und Herren, ist viel zu lange. Da wundert es mich überhaupt nicht, dass fast jede dritte Frau mindestens einmal, zum Beispiel in Form von Drohung, Beleidigung, Erniedrigung, Schlägen, Tritten, sexuellem Missbrauch, Vergewaltigung, Zwangsehen und so weiter bis hin zum Mord, häusliche Gewalt erleiden muss.

Entsprechende Vorurteile – wie zum Beispiel „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“, in jeder Ehe gibt es einmal Krach, einem Mann rutscht nun einmal ab und zu die Hand aus und so weiter – führen dazu, dass die häusliche Gewalt als Kavaliersdelikt heruntergespielt wird. Dadurch entsteht eine katastrophale Atmosphäre, die die Gewalttäter auch noch schützt und verhindert, dass die Opfer über erlebte häusliche Gewalt sprechen und dringend benötigte Hilfe in Anspruch nehmen. Darum ist die Dunkelziffer häuslicher Gewalt auch sehr viel höher, als in den Statistiken angegeben ist. Meine Damen und Herren, Gewalt ist nie gerechtfertigt und auch niemals tolerierbar, niemals!

Es stellt sich nun die berechnete Frage: Warum trennen sich die Frauen nicht von ihren gewalttätigen Partnern oder erst dann, wenn es schon fast zu spät ist? Das ist aber einfacher gesagt als getan, denn oft wird das Leben der Opfer bedroht, weil der Täter auch noch die Macht dazu hat, diese Bedrohung skrupellos umzusetzen, oder das Opfer nicht entkommen kann oder glaubt, nicht entkommen zu können. Das Opfer ist von anderen Menschen völlig isoliert, was ja sehr oft gerade bei ausländischen Frauen der Fall ist, oder aber der Täter ist wieder einmal über einen gewissen Zeitraum der nette, liebe, fürsorgliche Part-

(C)

(D)

(A) ner mit unendlichen nicht eingehaltenen Versprechungen der Besserung.

Durch jahrelange Demütigung und Erniedrigung durch erlebte Gewalt bekommen die Opfer das Gefühl, hilflos und ausgeliefert zu sein. Sie bekommen durch die ständige gewaltige Dominanz des Täters ein ständiges Ohnmachtsgefühl oder ein Misstrauen gegenüber ihren eigenen Fähigkeiten, sie verlieren ihre Selbstachtung und ihr Selbstwertgefühl. Darum ist es dringend notwendig, dass man schnell und effektiv durch gezielte Aufklärung diesen hilflosen Frauen ihr Selbstwertgefühl, ihre Selbstachtung und Würde wieder zurückgibt, damit sich diese vielen Opfer rechtzeitig gegen die zunehmende häusliche Gewalt mit Mut und seelischer Kraft zur Wehr setzen können.

Wenn Sie es mit Ihrer Großen Anfrage „Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern“ wirklich ernst meinen, dann sollten die Altparteien, an der Spitze die jetzige schwarz-rote Regierung, endlich die sehr hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen und senken, denn ihre unsägliche Politik „Augen zu und durch“ trägt überwiegend zur schrecklichen Steigerung der häuslichen Gewalt bei. Sehr oft ist die Ursache von häuslicher Gewalt ihre unsägliche Politik der steigenden Arbeitslosigkeit, die Millionen von Menschen in Armut, Zukunfts- und Perspektivlosigkeit treibt und somit gerade zum Alkoholmissbrauch verleitet. Das ist selbstverständlich keine Entschuldigung für häusliche Gewalt, es ist aber eben eine Hauptursache von häuslicher Gewalt.

(B) Das ist Ihre Politik, hierfür tragen Sie die Verantwortung. Darum geben Sie diesen verzweifelten Menschen wieder eine Arbeit, Hoffnung und Zukunft! Geben Sie diesen verzweifelten arbeitslosen Menschen wieder Achtung, Würde und Selbstwertgefühl zurück, damit haben Sie präventiv schon sehr viel effektiv gegen die häusliche Gewalt erreicht. Dafür haben Sie immer die hundertprozentige Unterstützung der Deutschen Volksunion. Langes sinnloses Gerede und nur eine Anfrage helfen aber den armen geschundenen, gequälten und vergewaltigten Frauen überhaupt nicht weiter.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Zeit und dass wir uns gleich alle zur Gedenkstunde für die Opfer der Reichspogromnacht einfinden, empfehle ich, jetzt diese Debatte und diese Sitzung bis 15 Uhr zu unterbrechen.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 12.54 Uhr)



Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 15.01 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet. (C)

Auf dem Besucherrang begrüße ich herzlich Mitglieder des Seniorenbüros Bremen, eine Besuchergruppe der CDU-Fraktion und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Mitglieder des Bremer Tierschutzvereins.

Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir setzen die Aussprache zu Tagesordnungspunkt fünf, Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern, fort.

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Jahren hier schon oft über das Thema häusliche Gewalt debattiert, und wir müssen dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen, denn nur so ist es möglich, langfristig das Ziel zu erreichen, dass Gewalt im häuslichen Bereich verhindert wird. Dazu gehört erst einmal, Strategien zu entwickeln, um dieses Ziel zu erreichen, aber auch, und das ist besonders wichtig, eine Bewusstseinsänderung zu erwirken, die klar und deutlich macht, wir akzeptieren in unserer Gesellschaft keine Gewalt, und Gewalt ist keine Privatsache. (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bei diesem Punkt, dass Gewalt eben keine Privatangelegenheit ist, sind wir in den letzten Jahren, denke ich, einen großen Schritt weiter gekommen. Wesentliche Voraussetzung dafür war auch die Gesetzgebung der rotgrünen Bundesregierung. Ich nenne hier nur das Gewaltschutzgesetz sowie Maßnahmen gegen Stalking und auch die klare Aussage, dass Ehrenmorde eine Menschenrechtsverletzung darstellen und dann natürlich auch so bestraft werden müssen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass häusliche Gewalt nicht nur thematisiert wird und entsprechende Gesetze verabschiedet werden, sondern dass wir auch das Wissen über die verschiedenen Formen von Gewalt vertiefen. So haben viele Studien und Ergebnisse aus Pilotprojekten das Ausmaß sowie auch die verschiedenen Formen von Gewalt deutlich gemacht. Alle, die sich mit dem Thema in den letzten Jahren beschäftigt haben, sind immer von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen. Jetzt liegen uns Daten und Fakten vor, wie hoch diese Dunkelziffer wirklich ist. Sie ist erschreckend hoch, aber auch für den Bereich Gewalt gegen Männer, den ich hier nicht ausblenden möchte, gibt es inzwischen Studien.

(A) Doch jetzt lassen Sie uns den Blick wieder auf das Land Bremen richten und auf die Große Anfrage der Koalition! Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern, so ist die Überschrift. Doch eigentlich hätte es dieser Großen Anfrage überhaupt nicht bedurft. Warum nicht? Nicht, weil dieses Thema nicht wichtig ist, ich denke, ich habe in meinen Ausführungen am Anfang deutlich gemacht, wie wichtig dieses Thema ist, sondern hier ist der Senat seiner Berichtspflicht nicht nachgekommen.

CDU, SPD und Grüne haben hier im Frühjahr 2003 einen Antrag über die Berichtspflicht des Senats zum Präventionskonzept „Häusliche Beziehungsgewalt“ verabschiedet. Inhalt des Antrags war: Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft im Rhythmus von zwei Jahren über die Weiterentwicklung und Umsetzung des Präventionskonzeptes zu berichten. In den Bericht einzubeziehen sind dabei die in der Stadt Bremerhaven entwickelten Maßnahmen, Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, den sozialen Diensten sowie den Frauenhäusern und einzelne Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Kindertagesheime, Schulen, der offenen Jugendarbeit, der Krankenhäuser sowie bei Polizei und Staatsanwaltschaft. Der Senat wird ferner gebeten, eine fachkundige Aktenanalyse von allen angezeigten Fällen häuslicher Gewalt durchzuführen und diese Erkenntnisse ebenfalls in diesen Bericht einzubeziehen. Eigentlich wäre die Frage gewesen, warum der Senat seiner Berichtspflicht nicht nachgekommen ist.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht kann uns die Senatorin diese Frage beantworten, doch jetzt zur Situation im Land Bremen! In Bremen und Bremerhaven haben in den letzten Jahren viele Kampagnen und auch Aufklärungsarbeit zu dem Thema stattgefunden mit sehr starker Unterstützung der ZGF, das möchte ich hier auch noch einmal deutlich herausheben. Für uns Grüne sind zwei Punkte bei dem Thema häusliche Gewalt sehr wichtig: erstens, die Aufklärung, die gesellschaftliche Debatte über dieses Thema. Da die Gewalt oft im Kopf stattfindet, muss auch die Verhaltensänderung im Kopf stattfinden. Das ist der präventive Gedanke daran. Zweitens: Welche Hilfe brauchen die Menschen, die von Gewalt betroffen sind?

Bei diesem Punkt wird ganz deutlich, dass wir die speziellen Einrichtungen des Hilfesystems auch weiterhin finanziell unterstützen müssen sowie auch deren Vernetzung untereinander fördern. Das wurde bei einer öffentlichen Sitzung des Frauenausschusses zum Thema häusliche Gewalt, Hintergründe und Fakten besonders deutlich. Deutlich wurde hier auch die Tatsache, dass Kinder häufig Betroffene von häuslicher Gewalt in der Familie sind. So richtet sich die Gewalt nicht nur gegen die Beziehungspartnerinnen, sondern häufig richtet sich die Gewaltanwendung ganz konkret auch gegen die Kinder, oder sie werden immer wieder Zeuge von Gewalt in der Fami-

lie. So entsteht ein Lerneffekt, dass Gewalt in der Familie ganz normal ist, und dem müssen wir entgegenwirken, meine Damen und Herren.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb ist es die beste Prävention, wenn der Kreislauf der Gewalt frühzeitig durchbrochen wird. Da kommen wir schon auf das nächste Defizit, das auch bei der Anhörung des Ausschusses deutlich wurde, meine Kollegin Frau Arnold-Cramer hat vorhin auch schon darauf hingewiesen, nämlich die Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten zum Thema häusliche Gewalt. Oft sind sie es, die zuerst aufgesucht werden, weil es zu Verletzungen gekommen ist. Oft werden diese Verletzungen als Unfall dargestellt, wobei die Schilderung des Unfallhergangs und die Art der Verletzung nicht zusammenpassen. Seit 2004 gibt es in der Bundesrepublik eine Fortbildungspflicht für Ärztinnen und Ärzte, jedoch nicht für das Thema häusliche Gewalt. Die Ärztekammer Bremen hat zu diesem Thema in den letzten Jahren nur wenige Fortbildungen angeboten, weil diese von den Ärztinnen und Ärzten nicht gut angenommen worden sind. Wie ich aber höre, hat es Gespräche gegeben, und wir werden da weiter nachhaken, dass dieses Defizit auch behoben werden kann.

Ärztinnen und Ärzte müssen den Frauen nicht nur bei Verletzungen helfen. Sie müssen auch die Möglichkeit der Hilfesysteme kennen und diese den Frauen auch nennen können. Andererseits, das hatte Frau Arnold-Cramer auch schon gesagt, geht es hier oft um das Sichern von Beweisen, die später dann auch vor Gericht verwendet werden können.

(D)

Lassen Sie mich zum Schluss folgendes Fazit ziehen: Es hat im Land Bremen viele Anstöße, Initiativen und Veranstaltungen gegeben, und viele interdisziplinäre Gruppen beschäftigen sich mit diesem Thema. Das steht alles in der Beantwortung dieser Großen Anfrage, und deshalb werde ich das hier nicht noch einmal alles ausführen. Es ist aber richtig, dass wir dieses Thema immer wieder in der Bürgerschaft debattieren und hier auch die Öffentlichkeit damit erreichen. Das werden wir auch weiterhin machen, wenn der Senat seiner Berichtspflicht nachkommt. Zudem wäre es gut, wenn sich auch Männer das nächste Mal an der Debatte beteiligten und nicht nur Frauen diese Debatte führten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem und betrifft nicht nur Frauen, sondern auch Kinder, ältere Menschen und Männer. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass jährlich etwa vier Millionen Frauen von körperlicher und sexueller Gewalt betroffen sind. Jede dritte Frau erlebt diese Gewalt im Laufe einer Beziehung. Frau Arnold-Cramer hat das vorhin schon etwas provokant auch mit ihrer Rede dargelegt. Hinzu kommen zahlreiche Kinder, die in gewaltorientierten Verhältnissen aufwachsen, die nichts anderes kennen als Gewalt in der Familie. Was immer wieder eine Randerscheinung in der Diskussion darstellt, aber trotzdem ein wichtiger Bereich ist, das sind ältere Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, die abhängig sind, die in abhängigen Lebenssituationen sind, die gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt sind.

Die Beantwortung der Großen Anfrage greift diese Themenfelder auf, gerade auch Pflege und Medizin. Das finde ich auch sehr wichtig, dass dieser Blick der Großen Anfrage auf diese Bereiche gelenkt wird und Sie das in den Mittelpunkt Ihrer parlamentarischen Initiative gestellt haben, weil Gewalt in der häuslichen Beziehung meist sehr eng auf diese häuslichen Bereiche gesehen wird, aber das Umfeld, was alles dazu gehört, um Gewalt präventiv von vornherein anzugehen, ist meist nicht so in den Fokus gestellt. Das greift diese Anfrage auf und stellt auch genau die richtigen Fragen.

(B) Wir haben vielfältige Maßnahmen, die hier in Bremen und Bremerhaven präventiv angelegt sind. Das Konzept für die häusliche Beziehungsgewalt vom 18. April 2000 ist Ihnen bekannt, und, Frau Hoch, wir haben im Jahr 2003 auch über die Umsetzung berichtet. Ich nehme das noch einmal als Anregung auf, was Sie eingefordert haben, das wird sicherlich richtig sein. Ich habe den Antrag nicht vorliegen, aber Sie haben daraus zitiert, dass wir es als Aufgabe übernommen haben, alle zwei Jahre zu berichten. Sie können sich darauf verlassen, dass ich das sofort mitnehme und wir das klären.

Neben der Frage, wie wir mit Präventionsmaßnahmen zum Thema häusliche Gewalt umgehen, steht für mich ganz klar die Öffentlichkeitsarbeit im Mittelpunkt. Öffentlichkeit herzustellen ist wichtig, das haben meine Vorrednerinnen auch gesagt, um das Gewaltthema aus der Tabuzone zu holen, aber vor allen Dingen auch Menschen zu ermutigen, sich einzumischen, sich zu kümmern und tatsächlich konkret etwas dazu zu tun, dass Gewalt nicht stattfindet.

Es hat öffentlichkeitswirksame Aktionen gegeben. Ich erinnere nur an die ZGF-Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“. Das war eine Aktion mit Bremer Bäckerinnen und Bäckern zum Tag der Gewalt am 25. November. Ich bin sehr dafür, dass wir diese Wege, das Thema Gewalt auch etwas unkonventionell aufzugreifen, weiter fortführen, weil man heute in dieser Medienlandschaft nur noch Aufmerksamkeit er-

regen kann, wenn man solche Themen auch tatsächlich etwas provokativ angeht.

(C)

Neben diesen Aktionen zur Öffentlichkeitsarbeit ist natürlich weiterhin wichtig, dass wir es hinbekommen, trotz finanzieller Enge die Förderung der spezifischen Beratungsstellen sicherzustellen, die sich um Opfer von Gewalt kümmern, wie Schattenriss, Verein neue Wege, Notruf oder Mädchenhaus, und natürlich gehört dazu auch die Arbeit der Frauenhäuser.

Meine Vorrednerinnen haben sehr deutlich die Fortbildung eingefordert. Das ist ganz wichtig für viele Berufsgruppen, die damit beschäftigt sind, nicht nur Ärztinnen und Ärzte, sowie die Pflege, sondern auch selbstverständlich die Polizei, und es muss in diesen Berufsgruppen unbedingt Teil der jeweiligen Ausbildungsordnungen sein, und zwar systematisch.

Wir haben auch einiges erreicht. Ich greife das Thema Wegweisungsrecht auf. Das war eine entscheidende rechtliche Veränderung, die sehr wohl gefruchtet hat und die auch in den einzelnen Gewaltfällen eine sehr konkrete Lösungssituation anbietet.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird inzwischen von internationalen Organisationen als eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen überhaupt eingeschätzt. Auch die erste bundesweite Studie über Gewalt gegen Frauen in Deutschland belegt, dass alle Formen von Gewalt zu erheblichen gesundheitlichen Folgen führen können.

(D)

Das haben meine Vorrednerinnen auch schon gesagt, die erste Anlaufstation für betroffene Frauen sind in der Tat häufig Ärztinnen und Ärzte, die als Fachpersonen mit diesen Verletzungen konfrontiert sind. Das zeigt einfach, wie wichtig es ist, dass diese Ärztinnen und Ärzte für das Thema sensibilisiert werden, aber nicht nur das, sondern sie müssen auch fachlich vorbereitet sein, um mit Gewaltopfern entsprechend umgehen zu können, aber auch überhaupt zu erkennen, dass ein solcher Gewaltfall vorliegt. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD)

Die Ärztekammer ist mehrfach angesprochen worden. Sie wissen, dass es eine Angelegenheit der Selbstverwaltung ist, die Fortbildung zu organisieren. Aber sowohl mein Ressort als auch die ZGF sind unermüdlich in Gesprächen mit der Ärztekammer, um das Thema Gewalt dort auch zu platzieren. Die Ärztekammer ist auch sehr sensibilisiert. Sie bietet Veranstaltungen an. Auch diese Fachveranstaltung der kommunalen Klinik, die erwähnt worden ist, ist als Fortbildung anerkannt worden. Ich denke, das ist der richtige Weg, den die Ärztekammer auch in Zukunft weiter anbieten muss. Wenn die Ärztinnen und Ärzte dann nicht kommen, haben wir natürlich noch ein weiteres Problem. Dann muss man noch einmal mit der Ärztekammer darüber reden, wie man die Angehö-

(A) rigen dieser Gesundheitsberufe motivieren kann, so etwas wahrzunehmen.

Die Beantwortung der Großen Anfrage macht an vielen Stellen deutlich, was konkret an Maßnahmen entwickelt worden ist. Gerade auch im Klinikbereich ist sehr viel an konkreten Hilfestellungen gegeben worden, wie das Personal mit solchen Fällen, bei denen der Verdacht auf häusliche Gewalt vorliegt, umgeht. Es ist für das Personal auch nicht ganz einfach, in einem solchen Fall mit der Patientin zu sprechen und sie auf die richtigen Betreuungsangebote hinzuweisen. Viele Patientinnen öffnen sich nicht, viele schämen sich auch. Da den richtigen, sensiblen Weg zu finden, das wollen wir mit einer entsprechenden Ausbildung, Schulung, Fortbildung, aber auch Information für das Personal erreichen.

Die Beantwortung der Großen Anfrage macht deutlich, dass auch im Politikfeld Wissenschaft das Thema Gewalt jetzt aufgegriffen wird, dass vielfältige Aktivitäten zum Thema akademische Ausbildung entwickelt worden sind. Es ist aber klar, es braucht einfach Zeit, bis diejenigen, die sich in der Ausbildung befinden, dort mit diesen Themen auch konfrontiert werden, es in ihrer Praxis nach Abschluss der Ausbildung umsetzen können.

(B) Wir haben viele Initiativen, viele Baustellen zum Thema häusliche Gewalt in Bremen und Bremerhaven, die zeigen, dass wir es nicht hinnehmen, dass häusliche Gewalt tabuisiert wird. Wir greifen es auf. Auch für den Senat ist es ein wichtiges Thema, und wir werden damit weiterhin offensiv umgehen. Es zeigt aber auch, dass es schwierig ist, Gewalt nach Möglichkeit von vornherein zu vermeiden, ein Thema, das viele Facetten hat und natürlich auch viele Emotionen beinhaltet. Aus meiner Sicht ist Prävention unsere zentrale Aufgabe. Prävention muss dazu beitragen, Gewaltsituationen von vornherein gar nicht erst entstehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich freue mich auch sehr, dass der Rat für Prävention jetzt vor der Gründung steht. In Bremerhaven gibt es ihn ja schon länger, in Bremen-Nord funktioniert er auch schon. Das sind die richtigen Wege. Ich hoffe sehr, dass die neue Bundesregierung nun endlich das Präventionsgesetz verabschiedet. Uns war es in der Diskussion des ersten Entwurfs wichtig, dass im Präventionsgesetz auch das Thema Gewaltprävention einen deutlichen Stellenwert einnimmt, auch bei den Settings, die da geplant werden. Ich hoffe sehr, dass ein neues Präventionsgesetz auch diesen Schwerpunkt Gewaltprävention aufnehmen und zu einer bundesgesetzlichen Regelung führen wird. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/724, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Aus den Affenversuchen aussteigen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Oktober 2005 (Drucksache 16/780)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns hier jetzt zum wiederholten Male in diesem Hause mit den Affenversuchen von Herrn Professor Kreiter. Wir tun es deshalb, weil Herr Kreiter im Juli einen Neuantrag auf Weiterführung seiner Affenversuche gestellt hat. Wir stellen zum wiederholten Male auch den Antrag, dass wir aus den Affenversuchen aussteigen wollen, weil wir der Auffassung sind, dass diese Versuche ethisch nicht vertretbar und auch nicht unerlässlich sind. Das tun wir schon seit 1997, und wir sind nach wie vor der Auffassung, die wir damals auch schon hatten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits 1997 war es erklärter Wille, auch der großen Koalition, dass mit dem Einstieg der geordnete Ausstieg erfolgen sollte. Bereits 1998 sagte die damalige Wissenschaftssenatorin Kahrs, dass sie hoffe, dass die Affen nach drei Jahren wieder aus der Universität ausziehen werden. Die finanziellen Mittel für die Anschaffung eines Kernspintomographen wurden bereitgestellt, weil er als Ersatzmethode für die invasiven Versuche dienen sollte. Das war jedenfalls die Haltung der Politik, als das Geld bewilligt wurde.

Im letzten Jahr hat Herr Kreiter nun einen Verlängerungsantrag mit der Begründung gestellt, dass er noch Abschlussarbeiten für seine Veröffentlichung machen müsste. Es ging also um Abschlussarbeiten. Nun haben wir einen Neuantrag vorliegen, der nicht die alleinige Weiterarbeit im Kernspintomographen vorsieht, sondern sowohl die invasiven Versuche als auch die Versuche im Kernspintomographen. Die Versuche werden also ausgeweitet und nicht reduziert.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Die Affen werden nun invasiv untersucht, und im Kernspintomographen werden also mehr Versuche mit den einzelnen Affen gemacht als vorher. Das ist eine Ausweitung und keine Reduzierung der Versuche. Der Kernspintomograph hat im Ergebnis offensichtlich eine Ausweitung dieser Versuche gebracht. Das ist das Gegenteil von dem, was die Bürgerschaft von Anfang an gewünscht und wofür sie Geld bereitgestellt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir fühlen uns von diesem Weg getäuscht und halten es auch für eine Täuschung der politischen Gremien und der Öffentlichkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir gehen nicht mehr davon aus, dass Herr Kreiter von sich aus die invasiven Versuche einstellen wird, wenn die Genehmigungsbehörde diese Versuche nicht untersagt. Diese Versuche sind offensichtlich auf Dauer angelegt. Wenn man sich die Interviews von Herrn Kreiter durchliest, dann wird es deutlich.

Bedauerlicherweise hat nun auch das Wissenschaftsressort mittlerweile keine Probleme mehr mit den Affenversuchen. So schreibt Herr Staatsrat Köttgen in einer Stellungnahme an die Genehmigungsbehörde, wie wichtig die Forschung für den Wissenschaftsstandort Bremen ist und dass man frühestens in zwölf Jahren eine Evaluation machen könnte, um die Forschungsergebnisse zu bewerten. Das wäre frühestens im Jahr 2010. Dazu sagen wir ganz klar nein! Die Zukunft Bremens liegt in der Profilierung eines tierversuchsfreien Standorts und nicht als einem Standort mit Affenversuchen.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erinnere noch einmal an die Debatte im letzten Jahr, als Herr Böhrnsen, damals war er noch Fraktionsvorsitzender, deutlich sagte, dass die ursprüngliche Genehmigung ein Fehler war und er einen schnellstmöglichen Ausstieg wünsche. Jetzt kann er als Präsident des Senats den Beweis dafür antreten, wie ernst er es dann meinen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme zu dem aktuellen Genehmigungsverfahren! Seit 2002 ist der Tierschutz im Grundgesetz verankert, das heißt, die Forschungsfreiheit muss gegen den Tierschutz abgewogen werden. Die Behörde muss also sehr viel genauer prüfen. Das Tierschutzgesetz erlaubt auch jetzt Tierversuche ohnehin nur dann, wenn sie ethisch vertretbar und unerlässlich sind. Ethisch vertretbar sind sie dann, wenn in der Abwägung die Belastung für das Versuchstier den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn rechtfertigt. Wir

sagen in der Abwägung nein! Ich möchte es kurz begründen: Die Tiere werden stark belastet, ihnen wird die Schädeldecke aufgebohrt. Das ist eine Operation. Sie sind häufig sieben Jahre im Versuch. Die Dressur beruht auf Bestrafung, es gibt Flüssigkeitsentzug. Sie sind jetzt in zwei Versuchen, sie werden im Kernspintomographen und invasiv untersucht. Die Makaken können Schmerz empfinden, sie können Leid empfinden. Deswegen werden sie auch benutzt, weil sie uns so ähnlich sind.

(C)

Es handelt sich um Grundlagenforschung. In der Grundlagenforschung ist der Erkenntnisgewinn nicht planbar. Das macht die Grundlagenforschung aus, dass sie offen ist und somit kein Anwendungsziel hat. Wenn Herr Kreiter also sagt, er will damit unterstützen, dass man Schizophrenie oder die Parkinsonkrankheit heilen kann, dann sind dies alles Hilfsargumente, um gesellschaftliche Akzeptanz zu bekommen, weil den Forschern selbst klar ist, dass die ethische Vertretbarkeit auf tönernen Füßen steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun hat das Gesundheitsressort zu der ethischen Vertretbarkeit zwei Tierethiker befragt, und das finden wir auch ausdrücklich gut. Die Gutachter kommen zu den folgenden Erkenntnissen: Erstens sagen sie, sie forderten eine größere Verbindlichkeit der Kriterien, nach denen Ethik bewertet wird. Es gibt keine Bewertungskataloge, die allgemein verbindlich sind, und da wollen sie mehr Verbindlichkeit haben. Es kann also nicht in der Beliebigkeit von Herrn Professor Kreiter stehen, der sagt, jeder hat so seine Ethik, wie er es in den letzten Jahren immer wieder gesagt hat.

(D)

Zweitens sagen sie, in der Grundlagenforschung könne das Leiden der Tiere per Definition nicht gegen das Leiden der Menschen abgewogen werden, da Grundlagenforschung nicht zielgerichtet ist und der Nutzen für die Menschen nicht definierbar ist. Hier ist also auch Professor Kreiters Argument, er leiste einen Beitrag für die Behandlung von Parkinson oder Schizophrenie, für die Tierethiker kein Argument, da es ja, wie gesagt, um Grundlagenforschung geht. Dann sagen sie, es müsse eine absolute Belastungsobergrenze in der Grundlagenforschung geben. Sie sagen auch, bewertet werden müsse die Belastung durch den Versuch und nicht nur im Versuch. Das ist insofern wichtig, als auch Herr Kreiter sagt, dass er nur darauf schaut, wie belastet die Tiere an dem jeweiligen Tag sind. Die Gutachter sind da aber der Meinung, dass es auch wichtig sei, wie lange sie im Versuch sind, und das sind sie, wie gesagt, teilweise sieben Jahre. Sie sagen auch, dass es schwere Belastungen für Tierversuche für wissenschaftliche Zwecke nicht geben dürfe. Abschließend kommen sie zu dem Ergebnis, dass die Tierexperimentatoren die Belastung ihrer Tiere häufig unterschätzen und den Erkenntnisgewinn überschätzen. Soweit die Gutach-

(A) ter! Wir fühlen uns mit unseren ethischen Bedenken durch diese Gutachten bestätigt.

Nun gibt es eine Tierschutzkommission, welche die Genehmigungsbehörde bei ihrer Entscheidung beraten soll. Diese Kommission ist nach dem Tierschutzgesetz vorgeschrieben. In dieser Kommission sind Tierschützer in der Minderheit. Diese Kommission ist sensationell zu einem Bewertungsergebnis von drei zu drei gekommen. In einem normalen Abstimmungsprozess hat damit ein Antrag keine Mehrheit und ist abgelehnt. Nun hat sich diese Kommission eine Geschäftsordnung gegeben, in der sie dem Vorsitzenden bei Stimmgleichheit eine Doppelstimme gibt. Nur über diese Doppelstimme kommt eine Mehrheit für diese Kommission zustande. Ehrlich gesagt, so kann man meiner Meinung nach nicht mit dem Grundgesetz, mit Grundwerten umgehen, dass eine selbst gewählte Geschäftsordnung eines Beratungsgremiums zu Mehrheiten führt, an die sich die Genehmigungsbehörde womöglich auch noch gebunden fühlt!

Interessant ist auch, dass die Mitglieder der Kommission der Öffentlichkeit nicht bekannt sind und auch nicht bekannt sein sollen, weil hier Persönlichkeitsrechte geltend gemacht werden. Wir haben hier in Bremen seit Jahren eine breite öffentliche Debatte. Wir hatten einen Bürgerantrag, wir haben den Tierschutz im Grundgesetz, wir haben ein Tierschutzgesetz, von dem die Ethiker sagen, es muss der Grundgesetzänderung dringend angepasst werden. Im Tierschutzgesetz ist eine Kommission als beratende Einrichtung eingesetzt. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung. Da hat der Vorsitzende eine Doppelstimme, und aus einer Antragsablehnung wird eine Zustimmung fabriziert. Die geneigte Öffentlichkeit darf nicht einmal erfahren, wer denn die Personen sind, die diese Entscheidung getroffen haben. Ich finde, das ist einer Gesellschaft im 21. Jahrhundert nicht angemessen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Genehmigungsbehörde muss das eigentliche Votum ernst nehmen, und das ist eine Ablehnung. Die Bürgerschaft sollte hier auch Zeichen setzen, dass sie es ernst meint mit dem schnellstmöglichen Ausstieg. Sie muss deutlich machen, dass sie ihren eigenen Bürgerschaftsbeschluss Replacement, Refinement, Reducement ernst nimmt, dass sie das Geld für den Kernspintomographen für den Ausstieg aus den invasiven Affenversuchen bereitgestellt hat und nicht für eine Ausweitung der Versuche, und sie muss die Grundgesetzänderung ernst nehmen, die eine Abwägung vorsieht und gerade in der Grundlagenforschung enge Grenzen zieht.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der großen Koalition, halbwegs ernst nehmen, was Sie in den letzten Jahren hier im Haus gesagt und beschlossen haben, und auch wenn ich an die Rede von Herrn Böhrnsen aus dem letzten Jahr erinnere, können

Sie gar nicht anders, als unserem Antrag zuzustimmen, wenn Sie nicht völlig unglaubwürdig werden wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich brauche ich mich zu diesem von mir abgeschriebenen Antrag mit der Drucksachen-Nummer 16/780, Aus den Affenversuchen aussteigen, vom Bündnis 90/Die Grünen gar nicht mehr großartig zu äußern. Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, habe ich nachweislich schon vor Jahren unzählige DVU-Anträge gegen diese schrecklichen und grausamen Affenversuche an der Bremer Universität, zum Beispiel „Stoppt die grausamen Affenversuche an der Bremer Uni“, sowie unzählige Anträge für den Tierschutz insgesamt in die Bürgerschaft eingebracht.

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben schon seit Jahren mit der Zustimmung zu meinen Anträgen die große Möglichkeit gehabt, Ihre Ehrlichkeit, Ihre Ernsthaftigkeit Ihres jetzt gestellten Antrags gegen die grausame und schreckliche Folter bei den Affenversuchen an der Uni unter Beweis zu stellen. Sie haben es nicht gemacht. Stattdessen haben Sie alle meine diesbezüglichen Anträge für den Tierschutz und gegen die menschenunwürdigen Affenversuche in schäbiger Weise abgelehnt. Darum glaubt Ihnen, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, heute auch kein Mensch mehr, dass Sie es mit Ihrem Antrag gegen die Affenversuche auch wirklich ehrlich und ernst meinen. Darüber hinaus habe ich anhand von zahlreichen Flugblattaktionen Ihr diesbezügliches ablehnendes Abstimmungsverhalten zu meinen Anträgen deutlich zur Kenntnis gegeben. Unsere Bevölkerung weiß ganz genau, wer meine Anträge zum sehr wichtigen Thema Tierschutz und so weiter abgelehnt hat. Das waren Sie alle. Darum glaubt Ihnen auch heute kein Mensch mehr.

Darum sage ich Ihnen noch einmal ganz langsam, damit es auch jeder von Ihnen begreifen kann: Das grausame schreckliche Schicksal und das unendlich große Leid, die schrecklichen Schmerzen dieser armen gefolterten und geschundenen Primaten an der Bremer Uni sind mir im Gegensatz zu vielen anderen in diesem Haus eben nicht egal. Wenn diese schrecklichen grausamen Affenversuche kein Verbrechen an unschuldigen Lebewesen sind, dann weiß ich wirklich nicht mehr, was sonst noch ein großes Verbrechen an unseren unschuldigen und liebevollen Mitgeschöpfen sein soll.

Meine Damen und Herren, es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Affenschande, dass Sie den von weit über 12 000 tierliebenden Menschen unterschriebe-

(C)

(D)

(A) nen Bürgerantrag sowie alle meine Anträge gegen die Folter Affenversuche mit fadenscheinigen Alibi-begründungen abgelehnt haben. Es ist unglaublich, wie hier insgesamt mit dem Willen der Bürger umgegangen wird. Tatsache ist doch, dass die schrecklichen Leiden der Tiere in keinem Verhältnis zum medizinischen Nutzen stehen, der von diesen Versuchen erwartet wird. Ich frage mich ganz besorgt, wie krank ein Mensch sein muss, der diese armen menschenähnlichen Mitgeschöpfe bewegungslos in dem Versuchsstuhl festschnallt und ihnen grausam Metallzylinder in den Kopf einzementiert. Solche Menschen brauchen meines Erachtens dringend ärztliche Hilfe. Wer überhaupt noch einen Funken Mitgefühl für diese geschundenen, gequälten, gefolterten Mitgeschöpfe hat, muss schnellstens dafür sorgen, dass eine solche menschenunwürdige Schande sofort gestoppt wird.

Kein Mensch hat jemals das Recht dazu, einem Tier so etwas Grausames und Schreckliches anzutun. Darum sage ich Ihnen noch einmal, wofür ich namens der Deutschen Volksunion schon seit Jahren kämpfe: Stoppt sofort die grausamen Tierversuche an der Bremer Uni! Selbstverständlich werde ich diesem von mir abgeschriebenen Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen zustimmen. Das ist klar, denn im Grunde genommen ist es ein von mir schon längst eingebrachter Antrag der Deutschen Volksunion, den Sie, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, damals abgelehnt haben.

(B) Herr Rohmeyer, Sie haben mich vorhin quasi als Rattenfänger bezeichnet. Dann wären logischerweise DVU-Wähler Ratten. Menschen sind aber keine Ratten, und man beleidigt keine Menschen als Ratten, nur weil zahlreiche Menschen eine andere Meinung haben als Sie. Es ist schon schlimm genug, dass gerade Ihre CDU für diese grausamen und schrecklichen Affenversuche mitverantwortlich ist. Im Übrigen haben Ratten die Eigenschaft, dass sie sich sehr zahlreich, unkontrollierbar und sehr schnell vermehren, erst recht, Herr Rohmeyer, wenn sie beleidigt oder gereizt werden. Ich lasse von Ihnen keine Menschen als Ratten beleidigen. Das ist unerträglich!

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass ich im Namen vieler Kolleginnen und Kollegen des Hauses sprechen kann, wenn ich sage, dass dem Tierschutz mit den Beiträgen bestimmter Redner und Gruppierungen wirklich ein Bärendienst erwiesen wird.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Eines möchte ich Ihnen auch sagen, Herr Tittmann, das, was die DVU den Tieren an Fürsorge gelten lässt, sollte sie auch gegenüber den Menschen gelten lassen. Hier haben wir das schutzrechtlich umgekehrte Problem.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Tun wir doch!)

Deswegen finde ich es auch hochgradig erfreulich, dass keine der Fraktionen jemals einen so populistischen Antrag zum Anlass genommen hat, der DVU die Hand zu reichen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Selbstverständlich komme ich gern auf den Beitrag der Kollegin Schön zurück, und ich muss aus meinem persönlichen Herzen keine Mördergrube machen, dass wir eine sehr ähnliche Einstellung als Tierschützer dazu haben. Wie aber damals vor acht Jahren, als wir die Debatte um die ethische Vertretbarkeit von Tierversuchen begonnen haben und die Vereinbarkeit mit dem Tierschutz, ist es, wenn man eine Volkspartei vertritt – das tue ich hier –, nicht so leicht, diese Abwägung so hinzubekommen, dass man nicht zwangsläufig, wenn man einen Debattenbeitrag hält, eine falsche Rede hält. Wie immer man sich positioniert, ob im Sinne der Forschungsfreiheit oder im Sinne des Tierschutzes, man wird es nie völlig richtig machen und wird keine der Gruppierungen völlig zufrieden stellen können. Das ist die Bitternis dieser Debatte und zeigt auch das schwierige Abwägungsproblem und die auch innewohnende Tragik dieses Themas. Es ist so, dass unterschiedliche Interessen kollidieren, und es gibt Gott sei Dank eine Rechtsentwicklung, die zumindest die Tierversuche auf ethisch vertretbare Grenzen festlegt und die die Überprüfung der Zweck-Mittel-Relation, die Gesundheitsbehörde hat es auch vorgelegt, noch einmal einem anderen Prüfstand unterzieht. Das ist wichtig, und das ist auch notwendig.

Ich darf noch einmal auf die Debatte aus den vorherigen Jahren verweisen! Ich habe nicht allein dazu geredet wie damals, als wir diesen vermittelnden Antrag breit vom Parlament getragen haben, Tierversuche perspektivisch zu reduzieren, sondern ich erinnere auch an meinen Kollegen Mario Käse, ich erinnere an meine Kollegin Berk, die hier sitzt, und jetzt arbeiten wir auch sehr gut als Sprecher unterschiedlicher Bereiche – Wissenschaft Birgit Busch, Winfried Brumma, Gesundheit – zusammen und versuchen, das Unmögliche möglich zu machen, unterschiedliche Positionen zu einen, und das ist nicht einfach.

(C)

(D)

(A) Wenn Sie ein Tierversuchsvorhaben gestartet haben, und das war der Fall, und ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die jetzt auch für die Einreichung des Antrags verantwortlichen Senatoren, Willi Lemke und jetzt Karin Röpke, sich nicht ursprünglich aktiv dafür entschieden haben, sondern dass sie Entscheidungen übernommen haben, müssen wir mit diesen übernommenen Entscheidungen vor dem sich verändernden gesetzlichen Hintergrund, den Tierschutz auch als Staatsziel aufzunehmen, umgehen. Das ist die Gefechtslage, die wir haben.

Frau Schön, ich erspare mir, die Dramaturgie, die Sie richtig beschrieben haben, Versuchsantrag, Publikation, Neueinreichung des Versuchsantrags, noch einmal zu wiederholen. Das langweilt die Zuhörer und ergibt keinen weiteren Erkenntnisgewinn. Für uns ist wichtig, wie wir damit umgehen, und ich will auch gern antworten, was wir uns überlegt haben. Ich will dazu einmal Folgendes sagen: Wir sind in der Koalition in einem Punkt völlig einig. Auch wenn die Universität selbstverständlich das grundgesetzlich garantierte Recht der Forschungsfreiheit genießt, was ihr garantiert und zugebilligt ist, so haben wir auch die neue Rechtsgrundlage, nämlich die Aufnahme des Staatsziels Tierschutz aufzunehmen, und wir haben auch gegenüber dem Steuerzahler alles zu rechtfertigen, was wir politisch entscheiden – übrigens nicht nur im Hochschulbereich oder im Gesundheitsbereich, im Sozialbereich, im Bildungsbereich oder im Kulturbereich –, also auch Maßnahmen dieser Art.

(B) Wir sind uns in dem Punkt einig, dass wir die vorliegenden Ergebnisse zum Auslaufen des Förderzeitraums, den die DFG in der Universität fördert, evaluieren wollen. Da gab es in der Koalition keinerlei Dissens, das war unbestritten. Einen Dissens haben wir an dem Punkt, unter welcher Zielstellung wir das machen. Da werden die Kollegen aus der CDU gleich noch ihre Position dazu nennen, ich sage aber die Position, die wir nicht nur mit unserer Gesundheitsministerin, die für das Genehmigungsverfahren verantwortlich ist, sondern auch mit unserem Wissenschaftssenator geeinigt haben.

Wir haben uns schon sehr früh mit Herrn Senator Lemke zusammengesetzt, das will ich hier auch offen sagen, und es bedurfte noch nicht einmal der Vorlage eines neuen Antrags, wenn man die Chronologie richtig im Auge hat, und auch nicht der Frage, wie wir weiter damit umgehen. Wir haben uns darüber unterhalten, was man machen kann. Dass wir keine drei Jahre brauchen, um Tierversuche stattfinden und wieder beenden zu lassen, war leider jedem der Beteiligten klar, nachdem wir wussten, dass ein Tierversuchsvorhaben gestartet war, auch wenn im Parlament gelegentlich anderes behauptet wurde. Das musste uns klar sein.

Ein sinnvoller Prüf- und Abschlusszeitraum ist aus Sicht aller Beteiligten, und da bin ich mir als Tierschützerin mit dem Wissenschaftssenator Lemke einig, das Auslaufen der DFG-Förderung. Das wäre, sofern ich

über den Zeitraum richtig informiert bin, im Jahr 2010. Wir haben uns als Sozialdemokraten darauf verständigt, dass wir mit dem Ziel dieses Evaluationsvorhabens betreiben wollen, einen Ausstieg aus dem Versuchsvorhaben auch umzusetzen.

Das bedeutet, unsere Evaluation und unsere wissenschaftliche Begleitung, die mittels einer kurzfristig einzusetzenden Arbeitsgruppe stattfinden soll, ist nicht zieloffen. Wir wollen nicht abwarten, finden wir es gut oder schlecht. Die DFG-Förderung läuft aus, und wir haben uns vorgenommen, dieses Vorhaben wissenschaftspolitisch sachgerecht zu beenden, qualifiziert zu beenden, ohne dem Wissenschaftsstandort einen Schaden zuzufügen und eine Forschung weiterzuführen, wie meine Kollegin Berk gestern sagte, die die Erkenntnisse zur Grundlage der weiteren Arbeit im Bereich Kognitionsforschung macht. Das können wir als Politiker nicht entscheiden, indem wir sagen, das finden wir gut, hören Sie auf, das machen wir weiter, das geht so weiter. Dazu brauchen wir ganz klar eine wissenschaftliche Begleitung und Untermauerung. Die wollen wir unverzüglich einsetzen. Diese Begleitung und Untermauerung soll zu dem Ziel führen, dass wir 2010 hoffentlich am Ende dieser belastenden Maßnahmen sind. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Tuzek.

Abg. Frau **Tuzek** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben dieses Thema ja schon oft hier im Parlament diskutiert, oftmals sehr emotional, aber immer sehr schwierig. Die Thematik ist sehr schwierig. Ich bin mir sicher, dass keiner hier in diesem Hause sich leichtfertig für Affen- oder Tierversuche aussprechen wird. Dabei geht es eben nicht nur um diese Makakenversuche. Es geht dabei darum, die Leiden der Tiere gegen die Leiden der Menschen abzuwägen, und das ist ein Thema, das jeder für sich selbst entscheiden muss. Wir haben das hier oft besprochen.

Was jetzt ansteht, ist, ob die Tierversuche weiter fortgesetzt werden. Wir wissen, dass das Versuchsvorhaben „Raumzeitliche Dynamik kognitiver Prozesse des Säugetiergehirns“, also eben diese Affenversuche, bis zum 30. November genehmigt ist. Wir wissen weiter, dass Professor Kreiter einen neuen Antrag gestellt hat, und wir wissen auch, dass sich die Tierversuchskommission zwischenzeitlich mit diesem Antrag beschäftigt hat. Obwohl die Tierversuchskommission aus guten Gründen nicht öffentlich tagt und ihr Votum streng vertraulich ist, und zwar unter Strafandrohung sind die Mitglieder der Kommission zur Verschwiegenheit verpflichtet, konnte man in der Zeitung lesen, dass angeblich bei der Beratung über die Affenversuche ein Patt entstanden

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) war, wo die Versuche nur mit der Stimme des Vorsitzenden genehmigt worden sind.

Es hätte nur noch gefehlt, die Namen der Beteiligten zu veröffentlichen. Früher gab es gegen Professor Kreiter Morddrohungen, und um zu verhindern, dass Leute, die in der Kommission sind, unter Druck gesetzt werden, hat man eben diese Leute zur Verschwiegenheit verpflichtet. Professor Fischer hat sich heute auch dazu geäußert und hat das kritisiert. Ich finde es auch schon erstaunlich, dass aus solch einer vertraulichen Sitzung von sechs Personen Ergebnisse nach außen dringen und dann veröffentlicht werden. Aus diesem Hause war keiner dabei, Frau Schön, Sie nicht, Herr Apel nicht, wir auch nicht! Wir kennen die Hintergründe nicht, die zu diesem Votum geführt haben, und ob das alles so stimmt, was veröffentlicht wurde, ich kann das nicht beurteilen.

Wir haben in der letzten Woche in der Gesundheitsdeputation eine Vorlage erhalten, wo noch einmal aufgezeigt worden ist, wie eigentlich ein solches Genehmigungsverfahren läuft und welche Kriterien dabei zugrunde gelegt werden. Ich will darauf schon eingehen, weil ich denke, das ist eine ganz wichtige Sache. Ich will hier auch niemanden langweilen, aber ich finde, es ist schon wichtig, dass auch die Öffentlichkeit sehen muss, wie sich die Verwaltung bemüht hat, auch hier die Aspekte des Staatsziels Tierschutz zu beachten. Aus der Vorlage des Gesundheitsministers geht jedenfalls hervor, dass die Tierversuchskommission nach zwei Beratungen die Primatenversuche genehmigt hat. Dass der Kommission sämtliche Antragsunterlagen vorgelegen haben, ist selbstverständlich.

(B) Parallel zur Befassung der Tierversuchskommission hat die Genehmigungsbehörde die ZEBET befragt, die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch. Die Antwort ergab, dass es keine Hinweise auf alternative Verfahren im Sinne des 3-R-Prinzips gibt. Der Senator für Justiz und Verfassung wurde einbezogen, zu den Anforderungen an das Verfahren zur Genehmigung von Tierversuchen nach Einfügen des Artikels 20 a Grundgesetz eine Stellungnahme abzugeben. Es wurde weiter ein Fragenkatalog entwickelt in Bezug auf die tierethische Abwägung im Genehmigungsverfahren, und zwar im Speziellen an Primaten. Weiterhin wurden zwei Experten herangezogen bezüglich der Bewertung des Fragenkatalogs, der ethischen Bewertung, der Belastungsgrenzen zum Gleichheitsprinzip in der Mensch-Tier-Beziehung und der Bedeutung der Tierversuchskommission und zur Existenz unterschiedlicher ethischer Auffassungen bei der Abwägung von Tierversuchen.

Außerdem ist der Senator für Wissenschaft um eine Stellungnahme gebeten worden, und sämtliche Stellungnahmen und Antworten wurden uns in der Gesundheitsdeputation vorgelegt. Der Wissenschaftssenator hat in seiner Stellungnahme noch einmal begründet, dass die Hirnforschung im Rahmen der

Neuro- und Kognitionsforschung ein wichtiges Forschungsfeld ist und dass eine Verweigerung der Genehmigung fatale Folgen hätte.

(C)

Nicht nur, dass die bisherigen Ergebnisse aufgrund der fehlenden Validität wertlos wären – von den Investitionen will ich hier an dieser Stelle überhaupt nicht sprechen, das ist in diesem Zusammenhang auch erst einmal sekundär –, aber in der gesamten Wissenschaftslandschaft würde ein großer Schaden angerichtet werden, was sich insbesondere bei den Forschungsförderungsorganisationen wie zum Beispiel der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Volkswagenstiftung, der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem BMBF negativ auswirken würde, was mit einem großen Schaden für den Forschungsstandort Bremen verbunden wäre, so die Stellungnahme aus dem Wissenschaftsressort.

Die Gesundheitssenatorin, meine Damen und Herren, ist jetzt aufgefordert, das Versuchsvorhaben insbesondere unter Einbeziehung der Ergebnisse der Tierversuchskommission, der eingegangenen Stellungnahmen und der Vorgaben in den Paragraphen 7 und 8 Tierschutzgesetz eingehend zu prüfen, zu bewerten und zu entscheiden. Dabei wird natürlich der Artikel 20 a des Grundgesetzes mit dem Tierschutz als Staatsziel eine große Rolle spielen. Aus den Stellungnahmen der Experten, insbesondere zu der ethischen Bewertung, geht meines Erachtens deutlich hervor, dass das Leiden und die Schmerzen, die den Tieren zugefügt werden, wesentliche Kriterien darstellen, Tierversuche nicht zu genehmigen. Dass die Tiere an der Uni nicht leiden, meine Damen und Herren, davon konnten wir uns selbst überzeugen,

(D)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht denen jetzt Spaß?)

denn wenn es anders wäre, könnten diese Versuche nicht durchgeführt werden. Das ist kein Spaß, und ich denke, wir sind hier in einer ganz ernsthaften Debatte. Vielleicht können Sie einmal zuhören, was ich hier sage!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich das einmal angesehen hätten, hätten Sie feststellen können, dass sich die Affen in einem guten körperlichen Zustand befinden und ständig tierärztlich überwacht werden. Dass die Affen hervorragend untergebracht sind und dass alle Auflagen erfüllt werden, die an eine Unterkunft gestellt werden, wird auch von der Fachwelt anerkannt. Natürlich sind das Versuchstiere, das ist doch völlig klar, darüber reden wir doch hier. Das ist kein Zoo, und es ist keine freie Wildbahn, wo sich die Tiere befinden, aber deswegen beschäftigen wir uns ja auch mit diesem Thema!

Aus den Stellungnahmen der Experten wird aber auch deutlich, meine Damen und Herren, wie schwie-

(A) rig es ist, eine ethische Bewertung abzugeben. Dazu möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten einige Sätze aus den Stellungnahmen zitieren, weil ich nicht einfach zusammenfassen möchte, was darin aufgeschrieben ist. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten. Dr. Lui von der Universität Berlin sagt: „Es gibt allerdings keinen Konsens über den ethischen Bewertungskatalog oder auch nur verlässliche Wege, die ein geplantes Experiment exakt einer solchen Formel zuordnen. In der Regel stehen den Leiden der Tiere Leiden der Menschen gegenüber, die, falls das Experiment nicht durchgeführt wird, unverändert vorhanden sein werden und so eine Folge der Unterlassung des Experiments darstellen.“

Professor Birnbacher vom philosophischen Institut der Universität Düsseldorf sagt zur Tierschutzkommission: „Ethische Auffassungen gehen zwar gewöhnlich mit einem Allgemeingültigkeitsanspruch einher und behaupten jeweils, wahr zu sein. Für die Beurteilung miteinander unvereinbarer Ansprüche von einem übergeordneten Standpunkt aus existieren jedoch nur recht allgemeine Kriterien. Diese reichen nicht in jedem Fall aus, eine der verschiedenen Auffassungen als richtig auszuzeichnen.“ Weiter: „Die Ethik im Sinne einer geschlossenen Doktrin richtige Moral gibt es nicht.“ An anderer Stelle sagt er noch: „Der erwartete Wissenszuwachs ist zweifellos ein gewichtiges, kollektives Rechtsgut. Er muss deshalb auf der Habenseite in die Abwägung der ethischen Vertretbarkeit von belastenden Tierversuchen eingehen. Das gilt auch dann, wenn für das durch Tierversuche erworbene Wissen keine unmittelbare und auch keine mittelbare therapeutische Funktion abzusehen ist.“ Soweit die Zitate! Beide Experten bewerten die Tierschutzkommission so, die Behörde bei der Entscheidung über die Genehmigung von Tierversuchen zu unterstützen. Die Entscheidung liegt letztendlich bei der Behörde.

(B) Ich will noch einmal zur Genehmigung zurückkommen, Frau Schön hat darauf auch schon hingewiesen! Eine Genehmigung darf nur erteilt werden, das will ich noch einmal unterstreichen, wenn wissenschaftlich begründet dargelegt ist, dass die Voraussetzungen des Paragraphen 7 Absatz 2 des Tierschutzgesetzes vorliegen und das angestrebte Versuchsergebnis trotz Ausschöpfung der zugänglichen Informationsmöglichkeiten nicht hinreichend bekannt ist oder die Überprüfung eines hinreichend bekannten Ergebnisses durch einen Doppel- oder Wiederholungsversuch unerlässlich ist. Das Weitere aus dem Tierschutzgesetz hier vorzutragen will ich mir ersparen, das kann jeder im Tierschutzgesetz nachlesen.

Ich möchte aber noch einmal ausdrücklich auf den Paragraphen 7 Absatz 2 hinweisen, wo genau definiert wird, unter welchen Voraussetzungen überhaupt ein Tierversuch durchgeführt werden kann. Bei der Entscheidung, ob Tierversuche unerlässlich sind, ist insbesondere der jeweilige Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zugrunde zu legen und zu prü-

fen, ob der verfolgte Zweck nicht durch andere Methoden oder Verfahren erreicht werden kann. Das alles hat die Behörde ordnungsgemäß zu prüfen. Die CDU-Fraktion wird die Entscheidung abwarten und das Votum akzeptieren, wobei überhaupt noch nicht klar ist, ob die Versuche überhaupt genehmigt werden. Es kann natürlich auch sein, dass die Versuche abgelehnt werden.

Bei mir leuchtet hier jetzt schon die rote Lampe. Ich will meine Rede jetzt einmal unterbrechen, werde mich aber gleich noch einmal zu Wort melden. Das ist eine wichtige Debatte, die wir hier führen, und ich möchte das auch ein bisschen ausführlich machen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir alle sehr sachlich debattieren, Frau Tuczek. Ich möchte trotzdem der guten Ordnung halber noch auf einen Punkt hinweisen, den die Kollegin Frau Schön schon angeführt hat und den ich auch bitte, entsprechend zu Protokoll zu nehmen. Grundlagenforschung kann einen Beitrag zu medizinischen Erkenntnissen liefern, es ist aber nicht zwangsläufig so, dass jeder, der sich für einen Tierversuch ausspricht, sich auch gleichzeitig dafür ausspricht, dass menschliches Leid verringert wird. Es gibt auch Grundlagenforschung, die schlicht der Techniknutzung dient. Es gibt Grundlagenforschung, die ganz anderen Feldern dient, und auch das muss man bitte sagen, Grundlagenforschung ist eben, wie schon gesagt, ergebnisoffen. Sie kann Erkenntnisse bringen, sie muss es aber nicht. Es gehört zur Redlichkeit auch gerade der aus dem Tierschutz kommenden Debattenredner dazu, denke ich, dass wir nicht das eine mit dem anderen vertauschen. Das wäre mir eine sehr wichtige Maßnahme.

(Beifall bei der SPD)

Eine andere Sache habe ich noch! Ich glaube auch nicht, wenn die Debatte, es hat sich ja abgezeichnet, dass die politischen Spitzen nicht nur über 80 000 Unterschriften, die der Tierschutzverein gesammelt hat, ins Nachdenken gekommen sind, sondern auch über die Dauer der Tierversuche und über die berechnete Frage, wie es weitergeht, welche Ergebnisse es gebracht hat und wie man das einschätzt, wenn wir als Tierschützer vielleicht nicht eine Debatte führen, die den Wissenschaftssenator, der sehr konstruktiv vorgegangen ist, noch toppst und auch seine Kooperationsbereitschaft anmeldet.

(Beifall bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Tuczek.

Abg. Frau **Tuczek** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schön, Sie haben in Ihrem Antrag oder auch in Ihrer Rede gerade wieder davon gesprochen, dass die Versuche mit den Affen ausgeweitet werden, indem die einzelnen Tiere beiden Methoden ausgesetzt sind. Ich habe mich einmal bei Professor Fischer und auch bei Professor Kreiter erkundigt, ob das denn so ist. Da ist mir gesagt worden, die Tiere können entweder im Kernspintomographen oder im elektrophysiologischen Versuch genutzt werden, sage ich einmal. Es gibt immer nur bestimmte Zeiten, in denen die Affen in einem Versuch sind, entweder so oder so. Es wird also nicht ausgeweitet, es wird nur so oder so untersucht.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Ein Tier invasiv und ein Tier im Kernspintomographen, das ist eine Ausweitung!)

Wenn Sie zwei Versuche hintereinander machen, das wäre eine Ausweitung. So kann man immer nur einmal das machen und einmal das machen. Man hat also weniger Tiere, die man im Versuch hat.

(B) Dann möchte ich auch noch einmal zum Kernspintomographen etwas sagen! Wir haben hier wiederholt gehört und es auch schriftlich erhalten, dass das Drei-Tesla-Gerät eben nicht die Tierversuche überflüssig macht, sondern dass dadurch die Tierversuche verringert werden. Dazu habe ich auch in der Mai-Debatte detaillierte Ausführungen gemacht, die ich jetzt nicht alle wiederholen will. Auch der Wissenschaftssenator hat in seiner vorliegenden Stellungnahme nochmals erläutert, welche Versuche durch den Kernspintomographen ersetzt werden, und dargestellt, dass das Gerät ein richtiger Schritt für die noninvasiven Methoden einerseits und für die Reduzierung von Tierversuchen insgesamt ist.

Auch ist der Wissenschaftssenator in seiner Stellungnahme, die uns vorliegt, darauf eingegangen, dass eine internationale Gutachtergruppe kürzlich ausdrücklich die erfolgreichen Aufbauarbeiten der neurowissenschaftlichen Forschung am Kernspintomographen in Bremen gewürdigt hat. Jetzt fordern Sie in Ihrem Antrag, dass die Bürgerschaft den Senat auffordern soll, die Genehmigung für die Fortsetzung der Primatenversuche zu versagen. Falls die Genehmigung vom Gesundheitssenator erteilt werden muss, fordern Sie also den Senat auf, sich gegen geltendes Recht zu stellen.

Ich will noch einmal betonen, die Tierversuche laufen im Rahmen des bestehenden, geltenden Tierschutzgesetzes. Ich will jetzt nicht an Artikel 5 Grundgesetz erinnern, wo den Hochschulen und wissen-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) schaftlichen Einrichtungen die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert ist. Wir haben die Autonomie der Hochschulen und somit auch die der Uni in diesem Land gestärkt und die staatliche Lenkung auf eine Globalsteuerung beschränkt. Das kann doch nicht nur für Maßnahmen gelten, die schön sind und die wir toll finden. Wir sind in diesem Jahr Stadt der Wissenschaft. Wenn wir solche Eingriffe vornehmen, wie Sie sie hier wollen, machen wir uns nicht nur in Deutschland lächerlich, sondern weltweit. Wir können doch nicht politisch vorgeben, wie ein Verwaltungsakt zu entscheiden ist. Das können Sie doch nicht im Ernst fordern.

Die Politik kann Gesetze machen, und in diesen Gesetzen hat sich die Wissenschaft zu bewegen. Die Bürgerschaft kann nicht den Senat auffordern, die Genehmigung zu versagen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen anders sind.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Tuczek, sagen Sie doch ganz klar, dass Sie diese Versuche wollen!)

(D) Die Bürgerschaft kann für sich feststellen, dass sie solche Versuche nicht will. Wir sind 1997 davon ausgegangen, dass die Versuche zeitlich befristet laufen und man nach einer Zeit von zwölf bis 15 Jahren zu validen Ergebnissen kommt. Es war für uns auch sicher, dass diese invasiven Versuche danach aufhören. Die CDU will aussteigen aus diesen Versuchen, aber wir können doch nicht mitten in der Fahrt von dem Zug abspringen. Wir haben das doch oft genug hier diskutiert, und wir haben wiederholt festgestellt, dass die Bürgerschaft die Versuche nicht verbieten kann, das habe ich eben auch erläutert.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Können Sie vielleicht einmal ruhig sein und ein bisschen zuhören! Haben Sie nicht die Kraft dazu?

Die Universität hat jetzt geplant, im nächsten Jahr ein Symposium zur Ethik von Tierversuchen durchzuführen. Weiter hat die Uni vorgesehen, eine gezielte Förderung von Tierersatzversuchen durch Finanzierung von Doktoranden vorzunehmen und eine gezielte Förderung der Tierhaltungsforschung. Des Weiteren ist eine Stärkung der Forschung mit bildgebenden Verfahren vorgesehen. Wenn Sie sich vielleicht einmal mit der Uni oder mit Herrn Professor Fischer unterhalten hätten, hätten Sie das auch alles gewusst!

Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was Frau Emigholz vorhin gesagt hat. Es ist richtig, wir sind uns ja in vielem einig, und wir sind uns auch darin einig, dass wir diese Tierversuche nicht mehr wollen, aber wir wollen ein vernünftiges Verfahren haben: Wir haben damals gesagt, das ist Grundla-

(A) genforschung, und Dr. Domann-Käse hat hier ausgeführt, dass man bei der Grundlagenforschung von einem Zeitraum von zwölf bis 15 Jahren ausgehen muss. Wir hatten ja versucht, einen Antrag zu machen, wo wir 2010 gesagt haben. Darauf haben wir uns leider nicht einigen können, weil Sie ja gesagt haben, Sie wollten gleich darin festgelegt haben, wie es weitergehen soll. Wir haben gesagt, wir wollen eine Expertenkommission einsetzen, die diese Tierversuche evaluieren soll, die feststellen soll, was dabei herausgekommen ist. Dann wollten wir eine Grundlage haben, es zu entscheiden. Dieser Antrag war auch mit den Fraktionsvorsitzenden schon geeint. Ihre Fraktion wollte es nicht, das ist in Ordnung. Ich habe auch gesagt, wir brauchen keinen Antrag. Diesen Antrag von den Grünen kann man sowieso nicht mitmachen, weil er rechtswidrig ist, also lehnen wir ihn ab.

Ich möchte aber gern, dass wir die Beratung zumindest in der Deputation weiter fortsetzen. Wir werden den Senator, der es in seiner Stellungnahme auch angeboten hat, sozusagen bitten, diese Evaluation durch eine internationale Expertenkommission durchführen zu lassen, wo die Wissenschaftler, die Forschungsinstitute und der Tierschutz zusammen diese Versuche bewerten können. Dann werden wir hier eine Grundlage haben zu bewerten, wollen wir es weitermachen oder nicht. Wir können doch nicht einfach jetzt schon beschließen, wir wollen es zwar nicht, wir wollen da aussteigen, aber wir wollen eine Kommission einsetzen. Das kann man so nicht machen, meine Damen und Herren! Deswegen, denke ich einmal, ist der Weg, den wir jetzt in der Deputation beschreiten werden, auch ein guter Weg. Ich hoffe, dass wir da auch zu guten Ergebnissen kommen, die sowohl dem Tierschutz, als auch der Wissenschaft gerecht werden. – Danke schön!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gibt im Wissenschaftsbereich kein Thema, das mir jedenfalls aus den letzten Jahren geläufig ist, das uns so begleitet und auch emotional bewegt wie diese Debatte über die Makakenversuche an der Bremer Universität. Ich nehme auch den heutigen Ablauf und die Argumente sehr, sehr ernst. Ich möchte aber gern noch ein bisschen auf die Anfänge dieser Arbeit zurückblicken.

Wir hatten am 10. Juni 1997 hier einen Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU, mit dem wir fünf Forderungen an den Senat gestellt haben, worauf der Senat bei dem, was wir als Schwerpunkt im Bereich der Neurowissenschaften bilden wollten, zu achten hat. Es war ganz klar die Aufforderung an uns, alle

Maßnahmen dahin gehend zu fokussieren, dass wir das Ausmaß der Versuche auf das notwendige Maß reduzieren. Wir sollten unbedingt darauf achten, dass die Standards bei den Experimenten und der Haltung den internationalen Standards entsprechen. Es wurde von uns erwartet, dass die Hirnforscher die bildgebenden Verfahren so weit entwickeln, dass in der Perspektive Eingriffe in Primatengehirne unnötig werden. Dieser Punkt ist bis heute nicht erfüllt.

(C)

Wir sehen diese Perspektive auch heute anders als Sie. Es sind ja nur noch wenige von Ihnen dabei, aber das Parlament hat es damals beschlossen. Diese Erwartung können wir offensichtlich nicht erfüllen, denn nach den neuen Erkenntnissen sind weiterhin diese invasiven Eingriffe erforderlich. Das ist übrigens keine Position der Bremer Forscher, sondern es ist eine internationale Erkenntnis. Die können wir natürlich auch nicht einfach vom Tisch wischen, sondern es ist eine internationale Erkenntnis. Nach mehreren Jahren paralleler Arbeit – nicht in Verdoppelung –, das ist auch der vierte Punkt, wir als Parlament, als Senat akzeptieren auf keinen Fall, dass Doppelversuche gemacht werden, weder in Bremen noch in den vergleichbaren Instituten weltweit.

Wir haben außerdem damals den Auftrag von Ihnen bekommen, dass wir darauf achten sollen, dass alle Maßnahmen der Universität Bremen unterstützt werden sollten, die einen weiteren Dialog fordern mit den Bürgerinnen und Bürgern, auch mit den Tierschützern, in Ernsthaftigkeit und den Respekt voneinander, vor der gegenteiligen Auffassung, gehen wir weiter mit diesen Versuchen oder stoppen wir sie sofort. Das ist ja die unterschiedliche Ausgangslage, dass wir den Dialog hier auf jeden Fall fortsetzen sollten. Von fünf Punkten, die Sie uns damals mit auf den Weg gegeben haben, haben wir vier erfüllt. Beim fünften konnten wir Ihrer Erwartung nicht entsprechen.

(D)

Jetzt stellt sich die grundsätzliche Frage: Brauchen wir grundlegende Erkenntnisse über unser Gehirn? Es ist das menschliche Organ, über das wir bisher am wenigsten wissen. Ist es richtig, dass wir auch als Wissenschaftspolitiker sagen, ja, wir haben ein Interesse daran, dass die Funktionen unseres Gehirns grundlegend erforscht werden? Sagen wir ja, oder sagen wir nein? Ich sage als Wissenschaftssenator uneingeschränkt, selbstverständlich können wir nicht eines unserer Organe separieren und sagen, nein, das rühren wir nicht an, das interessiert uns nicht. Das sage ich natürlich auch deshalb, weil wir gar nicht wissen, welche Ergebnisse diese Grundlagenforschung für die Bekämpfung von Erkrankungen, für das Lindern von Elend, von Not von Millionen von am Gehirn erkrankten, gerade älteren Menschen liefert. Ich kann nicht versprechen, dass diese Grundlagenforschung in drei Monaten, in drei Jahren oder in 30 Jahren konkrete Ergebnisse erbringt. Ich bin aber ganz sicher, dass es, wenn wir diese Grundlagenforschung nicht vornehmen, überhaupt keine

(A) Ergebnisse geben wird. Das ist relativ einfach nachzuvollziehen. Ergo sage ich für mich, dass die Grundlagenforschung in diesem Bereich nötig ist, erste These!

Zweite These: Die Wissenschaftler sagen, wir haben alle Methoden überprüft, auch die im Kernspintomographen. Wir können momentan, aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse, nicht auf die invasiven Versuche verzichten. Das ist weltweite Meinung. Das ist nicht nur die Meinung von Herrn Roth, Herrn Kreiter und anderen an der Universität. Wenn es so stimmt, und ich zweifle nicht daran, dass es stimmt, es gibt auch keine Gegenthese, dann ist die Frage erlaubt, wollen wir uns als Bremen dem Antrag der Grünen folgend davor verschließen und sagen, okay, sie können überall forschen. Das machen sie zurzeit in Deutschland mit Sicherheit in Magdeburg und Tübingen, das sind, Bremen eingeschlossen, die drei Kompetenzzentren. Sie machen es auf Kuba in Havanna, sie machen es mit Sicherheit an der Harvard-Universität. Vielleicht gibt es noch zwei, drei andere Kompetenzzentren. Sie werden dort weiter an den Tieren Grundlagenforschung betreiben.

(B) Ist es nicht auch ein Zeichen von Doppelmoral zu sagen, wir gehen hier heraus, wir überlassen es anderen Forschern? Unter welchen Bedingungen sie es machen, wissen wir nicht. Ich kann Ihnen garantieren, ich bin jedes Jahr einmal bei Professor Kreiter und überzeuge mich vor Ort, wie es dort aussieht. Immer wieder stelle ich fest, dass zumindest die Bedingungen der Haltung und auch der experimentellen Durchführung so sind, dass ich nicht den Eindruck habe, dass hier in irgendeiner Form gegen die Auflagen, die wir erteilt haben, verstoßen wird. Also sage ich Ihnen, ich bin der Überzeugung, dass wir diese Grundlagenforschung weiter benötigen.

Wir haben uns nicht unter meiner Federführung, sondern vor meiner Zeit entschieden, einen Bereich, der besonders hervorragend qualifiziert ist, die Neuro- und Kognitionswissenschaften an unserer Universität haben weltweit einen hervorragenden Ruf, das ist so, wir haben auch andere exzellente Bereiche an der Universität, und an anderer Stelle betone ich ja immer außerhalb dieses Hauses, aber auch hier vor Ihnen, wie stolz wir auf die Leistungen unserer Professorinnen und Professoren sein können, deshalb stelle ich mich in dieser Frage auch so ausdrücklich vor meine Universität und die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen. Stellen Sie sich doch bitte einmal vor, ich glaube, ich habe es vor einiger Zeit hier schon einmal gesagt, wenn Herr Professor Kreiter eines Tages für einen ganz großen wissenschaftlichen Preis nominiert würde: Was wären wir alle, gerade wir aus der Wissenschaftspolitik, stolz darauf, wenn wir uns mit so einem ausgezeichneten Professor an unserer Universität schmücken könnten! Die ersten hervorragenden Beurteilungen, meine Damen und Herren, liegen bereits vor. Das haben wir Ihnen in unserer Stellungnahme auch mitgeteilt.

(C) Ich glaube deswegen, zusammengefasst bin ich der Meinung, dass der Weg, den ich auch mit den Vertretern der Tierschützer andiskutiert habe – übrigens vor mehreren Monaten, nicht erst durch die aktuelle Diskussion –, zu sagen, wir sind jetzt im achten Jahr der Forschungsarbeit, zwölf Jahre geben wir eigentlich immer Zeit, wenn wir neue Forschungsvorhaben haben, um den Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, die Möglichkeit zu geben, sich einzuarbeiten, es aufzuarbeiten, zu vertiefen, auch noch andere Methoden einzubeziehen, dann nach spätestens zwölf Jahren kommt es auf den Prüfstand. In der Regel ist es so bei den anderen Forschungsvorhaben, dann entscheiden meistens die Drittmittelgeber, ob die Ergebnisse so hervorragend sind, dass sie auch in Ausnahmefällen noch einmal eine kurze Zeit verlängern. Deshalb bin ich der Meinung, weil es in dieser Frage auch so kontrovers ist, wir brauchen nicht zwölf Jahre abzuwarten, sondern ich möchte der Deputation für Wissenschaft gern vorschlagen, dass wir eine Evaluation, und zwar von internationalen Experten, einsetzen.

Ich wäre auch dankbar, dass wir, gerade im Respekt vor den 80 000 Unterzeichnern, einen Wissenschaftler einbeziehen würden, von dem bekannt ist, dass er Tierversuchen sehr skeptisch gegenübersteht. Wenn wir diese Kommission in Absprache mit der DFG berufen könnten, so glaube ich, nehmen wir Schaden von der Universität, der entstünde – und das muss ich auch ganz deutlich sagen –, wenn wir heute diesen Beschluss, der uns hier von den Grünen vorgelegt wird, fassen würden. Es ist nicht das, was uns im Jahr der Wissenschaft schmückt. Einen Tag, bevor der Wissenschaftsrat hier tagt – sie tagen hier alle 16 Jahre einmal, das wird heute, morgen und übermorgen hier in Bremen stattfinden –, könnte ich es überhaupt nicht vertreten, wenn dieses Haus mir einen solchen Beschluss mitgeben würde. Die Konsequenzen sind eben schon von Frau Tuzek zitiert worden, deshalb brauche ich es nicht noch einmal vorzulesen.

(D) Ich stehe dafür ein, genau zu überprüfen, was weiter an der Universität in diesem Bereich passiert. Jedes Jahr hat Herr Professor Kreiter seit der letzten großen Debatte, die wir hier geführt haben, einen schriftlichen Bericht abgegeben, um uns als Wissenschaftsbehörde – das sage ich für die Wissenschaftsdeputation – mitzuteilen, wo wir stehen, was zu erwarten ist und wie dort weitergearbeitet wird. Es bleibt das Ziel: verfeinern, reduzieren, ersetzen! Das ist und bleibt unser Ziel. Deshalb glaube ich, dass wir mit der wissenschaftlichen Kommission, die wir einsetzen werden – und das ist übrigens mit der Universität abgestimmt, ich habe mit dem Rektor in der letzten Woche zweimal deswegen telefoniert, das ist übrigens bereits von mir persönlich Herrn Professor Kreiter mitgeteilt worden, dass ich das beabsichtige, es ist also auch nichts Neues oder Erschreckendes für ihn, das ist zu diesem Zeitpunkt vielleicht etwas ungewöhnlich, aber die Situation und die Ernsthaft-

(A) tigkeit dieser Debatte und die unterschiedlichen Positionen erfordern es –, erst einmal den Interessen der Universität, aber auch den berechtigten Forderungen der Tierschützer gerecht werden. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz vorweg zu Herrn Tittmann: Wir schreiben bei Ihnen keine Anträge ab. Wir stimmen Ihnen auch nicht zu, weil schon allein der Sprachduktus bei Ihnen immer so undemokratisch ist, dass man Ihnen nicht zustimmen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das vorweg! Alles Übrige hat Frau Emigholz vorhin schon dazu gesagt.

Es war für mich eigentlich ganz interessant, ich habe ja die Debatte eröffnet, dann kam Frau Emigholz, dann Frau Tuczec, dann wieder Frau Emigholz, dann wieder Frau Tuczec. Man hat ein bisschen die Debatte gespürt, die in der letzten Woche, offenbar bis heute Mittag, in der großen Koalition gelaufen sein muss, wo Sie sich über die Tierversuche und die Genehmigung unterhalten haben. Sie wollten ursprünglich auch einen eigenen Antrag dazu machen, das haben Sie ja nicht hinbekommen, weil doch die Uneinigkeit unter Ihnen deutlich größer ist als das, was Sie hier an Einigkeit versuchen zu postulieren.

Mir ist auch nicht klar geworden, ich möchte gern mit Ihnen anfangen, Frau Emigholz, Sie haben gesagt, es gibt dahin gehend eine Einigung, dass es mit dem Auslaufen der DFG-Förderung eine Evaluation geben wird mit dem Ziel Ausstieg aus den Versuchen, also eine Evaluation, die letztendlich nicht ergebnisoffen ist, sondern bei der ein Ausstieg postuliert werden soll. Ob das so geht, da möchte ich gleich noch einmal genau nachfragen. Das Gleiche habe ich von Frau Tuczec aber nicht gehört. Frau Tuczec sagt, es soll durchaus eine Kommission und auch eine Evaluation geben, aber die soll ergebnisoffen sein. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie gesagt haben.

Auch bei Herrn Lemke habe ich nicht gehört, dass es da ein klares Ausstiegsziel geben soll, sondern da habe ich auch eher die Ergebnisoffenheit an der Stelle herausgehört, mit einer internationalen Kommission, in der man zu einer Bewertung kommen will. Die Einigkeit, dass man einen Ausstieg haben will, kann ich aus Ihren Redebeiträgen hier überhaupt nicht

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

erkennen. Das ist vielleicht Ihr Wunsch, Frau Emigholz, das rechne ich Ihnen auch hoch an, aber das hat für das Handeln der großen Koalition, glaube ich, erst einmal nicht so viel Relevanz, jedenfalls wie ich die Debatte hier wahrgenommen habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Einmal ganz abgesehen davon nehme ich Ihnen auch ab, dass Sie sich viele Gedanken darüber machen, wie Sie zu einem Ausstiegsszenario kommen, aber trotzdem finde ich die Herangehensweise etwas schwierig, denn wenn man nach dem Grundgesetz die Forschungsfreiheit gegen den Tierschutz abwägen muss und abwägen muss, ob es ethisch vertretbar ist, ist das Kriterium nicht, wann eine DFG-Förderung ausläuft. Davon steht nichts im Grundgesetz, und es steht auch nichts darüber darin, was es für den Forschungsstandort Bremen bedeutet, und darin steht auch nichts, wie Ethik in fünf Jahren abgewogen wird, sondern es ist relevant, wie es im konkreten Genehmigungsverfahren abgewogen wird, und das ist im Grunde jetzt. Von daher kann ich irgendwie nur zur Kenntnis nehmen, dass Sie, Frau Emigholz, auch eigentlich schon lange aus den Tierversuchen aussteigen wollen, das aber, was hier so vorgeschlagen wird, mit dem, was das Grundgesetz in Wirklichkeit will, nicht so wahnsinnig viel zu tun hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt wird immer so viel gesagt, na ja, eigentlich hätte man wissen müssen, man kann nicht gleich wieder aussteigen nach drei Jahren, aber Frau Kahrs, die damals Wissenschaftssenatorin war, hat doch 1998 gesagt, sie will die Affen in drei Jahren nicht mehr an der Universität sehen. Sie hatte doch ihre Vorgängerposition gehabt. Als Senatorin war sie doch davon überzeugt, dass man das wieder sehr schnell ändern kann, wenn man den Kernspintomographen hat. Warum jetzt so argumentiert wird, man brauche zehn, zwölf Jahre, bevor man überhaupt etwas verhandeln kann, leuchtet mir auch nicht so ganz ein.

Zu Frau Tuczec: Sie sagen, die Tiere leiden nicht. Da frage ich mich: Woher wollen Sie das denn überhaupt wissen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Selbst im ursprünglichen Antrag steht doch schon, das sagt selbst Herr Kreiter, dass es ein Leiden der Tiere gibt. Er wertet das nicht so hoch. Die Tiere sind in Gefangenschaft, sieben Jahre. Es sind Tiere, die in der freien Wildbahn leben. Seit wann leiden Tiere denn nicht, wenn sie in Gefangenschaft sind? Mit den Tieren werden Versuche gemacht. Wieso ist das denn kein Leiden? Es ist allgemeine wissenschaftliche Erkenntnis, dass Versuchstiere sehr wohl leiden und Tierversuche nicht ohne Leiden abgehen. Da

(C)

(D)

(A) wüsste ich gar nicht wo. Nennen Sie mir doch einmal Beispiele, wo das passiert! Man soll das auch an dieser Stelle, ehrlich gesagt, nicht schönreden.

Der andere Punkt ist, die Versuche sind nicht unerlässlich. Herr Lemke ist auch darauf eingegangen. Da ist auch immer irgendwie nicht nur die Frage nach der Alternativmethode, sondern es ist immer die Frage nach dem alternativen Tiermodell. Es ist von Anfang an so gewesen, Herr Kreiter hat schon immer mit Makaken geforscht, und das wollte er auch weiter machen, und ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Genehmigungsbehörde jemals überprüft hätte, ob es auch mit anderen Tieren möglich ist, weil das Tierschutzgesetz auch sagt, dass das sinnesphysiologisch niedrigste Tier genommen werden muss, an dem noch Erkenntnisse möglich sind. Das wurde meines Erachtens auch nie geprüft. Von daher seien Sie mit der Unerlässlichkeit, würde ich einmal vorschlagen, ganz vorsichtig an dieser Stelle!

Wenn Sie sagen, es gebe keine Ausweitung, dann kann ich nur sagen, wir haben eine Veranstaltung zu den Tierversuchen gemacht. Da wurde uns in der Veranstaltung tatsächlich bestätigt, dass es eine Ausweitung gibt. Die Tiere werden einerseits invasiv untersucht, und sie sind im Kernspintomographen. Es werden also zwei Versuche gemacht. Das ist doch eine Ausweitung, das ist doch keine Reduzierung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Wenn ich da die Universität auf unserer Veranstaltung richtig verstanden habe, ist das an der Stelle eine Ausweitung.

Dann zu Ihrer Geschichte, man könne unserem Antrag hier nicht zustimmen, denn dann würden wir gegen geltendes Recht verstoßen. Darum geht es überhaupt nicht, sondern es geht darum, dass die Bürgerschaft zu diesen Fragen auch eine Haltung haben muss und nach wie vor eine Haltung haben muss, und wir hatten schon 1997 eine Haltung dazu, und die müssen wir nach wie vor dazu einnehmen. Wenn Sie das nicht wollen, weiß ich auch nicht, dann finde ich auch mittlerweile, Frau Tuczek, dann eiern Sie nicht so herum, bekennen Sie sich ganz klar dazu, dass Sie Tierversuche wichtiger finden als Tierschutz!

(Widerspruch bei der CDU)

Seien Sie doch nicht so aufgeregt, Herr Focke!

Wir hatten in der letzten Bürgerschaftssitzung die Debatte über die Verbandsklage, wo wir der Auffassung sind, dann lassen wir doch von Gerichten überprüfen, ob die Versuche okay sind oder nicht. Ich erinnere mich deutlich daran, Frau Tuczek, dass Sie eine flammende Rede gehalten haben, dass die Verbandsklage auf gar keinen Fall kommen dürfte, weil sie schließlich den Wirtschaftsstandort gefährden würde. Wenn Sie so eine Debatte aufmachen, dass

Tierschutz und ethische Vertretbarkeit nicht einmal vom Gericht überprüft werden sollen, dass Sie da nicht einmal eine gesetzliche Grundlage haben, dann verstehe ich überhaupt nicht mehr, wofür Sie dann hier überhaupt noch reden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Lemke, was Sie eingangs gesagt haben, was 1997 an Kriterien festgelegt worden ist, diese fünf Kriterien, von denen Sie gesprochen haben – auf das notwendige Maß beschränken, Standards einhalten, keine Doppelversuche –, das sind sowieso internationale Standards, die brauchen wir hier als Bürgerschaft nicht festzulegen. Das sind auch wissenschaftliche Standards unabhängig von Bürgerschaftsbeschlüssen. Diese Grundlagen hat in Wirklichkeit auch die DFG an dieser Stelle.

Zu diesen grundsätzlichen Fragen, die Sie aufgetan haben, brauchen wir grundlegende Erkenntnisse über das Gehirn oder nicht: Ich denke schon, dass es eine Wissenschaftsfortentwicklung gibt, wo man natürlich ein Interesse daran hat, dass man mehr und mehr Erkenntnisse haben möchte. Trotzdem heiligt aber der Zweck nicht die Mittel. Das heißt nicht, dass jede Methode dafür akzeptabel sein muss und man sich sehr wohl darüber unterhalten muss, ob es nicht auch andere Methoden gibt, um zu den Erkenntnissen zu kommen. Darum geht es uns an dieser Stelle, dass wir diese Methode an dieser Stelle nicht wollen, sondern wir uns über andere Wege Gedanken machen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu der Unerlässlichkeit habe ich an der Stelle schon etwas gesagt und möchte noch einen Satz dazu sagen. Sie sagen, wenn Herr Kreiter irgendwann einmal einen großen, herausragenden Preis bekommt für seine Affenforschung, dann sind wir alle stolz hier. Ich möchte dazu sagen, ich wäre darauf nicht stolz, weil ich diese Affenforschung nicht möchte. Ich möchte Bremen als tierversuchsfreien Standort, und ich wäre auf so einen Preis an der Stelle in der Tat nicht stolz. Ich würde mir wünschen, Herr Kreiter ist mit Sicherheit ein hervorragender Wissenschaftler, dass er seine Forschung mit anderen Methoden an dieser Stelle machen würde.

Wenn Sie uns hier vorwerfen, unserem Antrag zuzustimmen bedeute einen Schaden für die Universität, dann kann ich nur sagen, die Universität hatte vorher, 1997, eigene Statuten, in denen stand, keine höheren Tierversuche als an Mäusen. Das haben sie daraufhin geändert wegen der Makaken-Versuche. Es gab riesige Unterschriftenlisten in der Universität, dass man diese Versuche nicht will. Diesen Schaden hat die Universität darüber in Wirklichkeit selbst verursacht, und es ist unsere Aufgabe, immer wieder zu sagen, dass diese Versuche nicht zielführend, nicht

(C)

(D)

(A) richtungsführend sind. Die internationale Community sagt im Übrigen auch, dass man eigentlich von den Affenversuchen, von Primatenversuchen weltweit Abstand nehmen müsse. Das ist nicht einfach nur eine Bremer Debatte, das ist durchaus auch eine internationale Debatte, und der sollten wir uns nicht verschließen.

Ich komme zum Schluss! Wir werden uns genau anschauen, was Sie hier für eine Kommission einsetzen werden, welchen Arbeitsauftrag sie bekommen wird, welche Meilensteine vereinbart werden und welche Zielsetzung sie haben wird. Darauf sind wir sehr gespannt. Ansonsten finden wir es sehr bedauerlich, dass Sie immer wieder weiter, immer wieder ein paar Jahre sagen, ja, aber in ein paar Jahren steigen wir aus. Das haben Sie 1998 auch schon gesagt, und in drei Jahren steigen Sie aus, und jetzt sind wir im Jahr 2005, und jetzt sagen Sie, im Jahr 2010. Es ist einfach nur noch lachhaft!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf dem Besucherrang ganz herzlich Herrn Rabbiner Dr. Jakob Wiener aus Silver Spring, Maryland, USA. Er ist der älteste Sohn von Selma Zwienicki, die zu den Opfern des Bremer November-Pogroms von 1938 gehörte. Auf Einladung der Bremischen Bürgerschaft besucht Herr Rabbiner Dr. Wiener vom 8. bis 13. November seine Heimatstadt Bremen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Wiener wird begleitet von seiner Tochter Judy Stern sowie von Chaim Levit mit seiner Frau Ruth Levit sowie von Frau Malka Barslai.

Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch nach dem Verlauf der Debatte noch einmal an dieser Stelle eindeutig klarstellen, wir wollen als SPD-Fraktion definitiv und verbindlich den Ausstieg ansteuern.

(Beifall bei der SPD)

Diese heutige Debatte muss, und ich denke, war auch mit den unterschiedlichen Ausführungen und auch mit den Instrumenten, die hier angesprochen worden sind, so etwas wie der Einstieg in den Ausstieg –. Darum geht es uns politisch heute, den Einstieg in

den Ausstieg zu nehmen und anzustreben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gern sagen, dass wir in unserer Fraktion viele Diskussionen hatten, gerade auch am Montag dieser Woche, auch noch am Dienstag, sehr ausführlich diskutiert haben, übrigens gemeinsam mit Herrn Lemke als unserem Wissenschaftssenator und Frau Röpke, die nun als Gesundheitsssenatorin die schwierige Aufgabe hat, sich mit diesem Genehmigungsverfahren auseinander zu setzen. Nicht nur nach der Diskussion über die Abwägung zwischen den wissenschaftspolitischen Zielen und den Tierschutzzielen, sondern auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass angesichts des laufenden Forschungsverfahrens, der Einrichtungen, die dort stattfinden, eine schlichte Ablehnung nach allen juristischen Einschätzungen, die es gibt, nicht haltbar gewesen wäre und es uns von daher nicht weiterhilft, wenn wir den Antrag der Grünen hier heute beschließen. Das würde nicht zum Ziel führen. Darum schlagen wir einen anderen Weg vor.

(Beifall bei der SPD)

Dieser andere Weg ist es dann, den wir auch in den letzten Tagen intensiv diskutiert haben, weil er kompliziert ist, das war auch 1997 klar, wenn wir alle die Debatten nachlesen, soweit wir sie nicht noch sehr genau im Ohr haben. Ich habe den Eindruck, alle Kolleginnen und Kollegen hier im Haus haben diese Diskussionen noch sehr genau im Ohr, weil es da um viele Dinge geht, die uns sehr nahe kommen und auch von hoher Bedeutung für die Entscheidung sind, auch für eine moralische Entscheidung und nicht nur für wissenschaftspolitische Fragen.

Wenn man sich das vor Augen führt, dann kommt es für uns darauf an – und das ist der Kern der Angelegenheit –, dass wir, wenn wir diesen verbindlichen Weg in den Ausstieg nehmen, auch verbindlich sagen müssen, wann es passiert, und daran will ich keinen Zweifel lassen. 2010 muss endgültig Schluss sein mit dieser Art von Forschung. Eine Verlängerung wird es nicht geben. Eine Verlängerung darf es auch nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Der Weg, auf den wir uns gerade auch mit Senator Lemke als Wissenschaftssenator verständigt haben, ist genau der, den er hier angesprochen hat, nämlich jetzt eine Evaluation einzusetzen. Ich sage Ihnen, wir wären gern mit der CDU-Fraktion weitergekommen. Frau Tuczec hat dies ja angesprochen, und Frau Schön hat es auch aufgenommen, die CDU-Fraktion wollte leider eine Evaluation, indem man sozusagen ein Gutachten macht und evaluiert, aber

(C)

(D)

- (A) kein Ziel vorgibt. Ich finde, Gutachten haben wir in diesem Land genug. Wir brauchen ein klares Ziel dieser Evaluation, und das heißt Ausstieg,

(Beifall bei der SPD)

die Wege zum Ausstieg zu finden. Dies haben wir in der Fraktion gemeinsam nach Diskussionen mit unseren Senatsmitgliedern auch beschlossen. Von daher ist das auch eine Grundlage für alle die Schritte, die jetzt anzugehen sind. Dies ist die Grundlage.

Wir waren der Auffassung, ich halte dies auch für richtig, ich habe meiner Fraktion – auch in enger Absprache mit Frau Busch und Frau Emigholz als zuständigen Sprecherinnen – gestern Abend empfohlen, dass wir lieber keinen gemeinsamen Antrag stellen, so schön das Papier auch beschrieben war, wenn es denn so ist, dass dieser Antrag nicht präzise genug ist. Wir haben hier keine Notwendigkeit, allgemeine Aussagen zu beschließen, sondern wir wollen die Schritte gehen, die wir erreicht haben, die Verständigung, die wir erreicht haben. Darum ist es besser, hier keinen Antrag zu stellen. Wir müssen aber leider diesen Antrag der Grünen trotzdem ablehnen, weil – und ich finde, da hat Senator Lemke doch die richtigen Schritte genannt und die richtige Richtung angegeben – diese Kommission, die er einrichten will, auch dann am Ende des Tages arbeiten muss. Ergebnisoffene Gutachten, das will ich noch einmal sagen, liegen massenhaft vor, kosten viel Geld und führen am Ende zu nichts, wenn der politische Wille offen bleibt an dieser Stelle.

(B)

(Zuruf des Abg. B ö d e k e r [CDU])

Natürlich, das sage ich einmal an dieser Stelle, ist das eine wissenschaftspolitische Frage, die weiter zu diskutieren sein wird. Hier gibt es auch wissenschaftspolitisch die klare Haltung, dass wir weg wollen von Tierversuchen und diesen Weg einschlagen. Dann hätten wir vielleicht das machen können, was wir vorgeschlagen haben.

Lassen Sie mich zuletzt noch einmal sagen, ich finde es wissenschaftspolitisch richtig und erstrebenswert, wenn wir versuchen, alle Möglichkeiten zu schaffen, damit hier an der Bremer Uni exzellent geforscht wird und auch Auszeichnungen und Nobelpreise erreicht werden. Meine Damen und Herren, aber Auszeichnungen und Nobelpreise stehen nicht über dem Tierschutz, von daher ist das ins richtige Verhältnis zu bringen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte, den Antrag abzulehnen!

(Beifall bei der SPD)

- Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Tuczek. (C)

Abg. Frau **Tuczek** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich noch einmal, Herr Senator Lemke, für Ihre Bereitschaft, diese Expertenkommission einzusetzen, das finde ich gut, das finde ich richtig.

Auch noch einmal zu Herrn Sieling! Herr Sieling, wenn wir jetzt schon wissen, was wir wollen, dann brauchen wir diese Expertenkommission nicht, dann brauchen wir diese Tierversuche nicht evaluieren zu lassen. Wir sind ja davon ausgegangen, dass bei diesen Versuchen, bei dieser Grundlagenforschung Ergebnisse herauskommen, die dazu beitragen können, dass man angewandte Forschung machen kann, dass man Maßnahmen erarbeiten kann für Therapien, für Medikamente, um gerade diese Gehirnkrankheiten zu heilen.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Grundlagenforschung!)

Frau Schön, ich kann das verstehen, und die Grünen haben ja von Anfang an gesagt, wir wollen diese Tierversuche nicht, das ist eine Haltung, die man haben kann, das ist völlig in Ordnung. Frau Emigholz hat diese Tierversuche auch von Anfang an immer sehr kritisch gesehen und sich auch immer dazu geäußert, das kann man verstehen. Ich habe auch meine Probleme damit, aber ich sehe das eben anders, ich wäge schon ab, was passiert mit den Menschen. Wir nehmen Forschungsergebnisse von Jahrzehnten in Kauf bei unseren Operationen, bei der Medikamentenentwicklung, bei Therapien, und der Senator hat ja auch gesagt, wenn wir das nicht machen, erwarten wir, dass es woanders gemacht wird. Das kann doch keine Lösung sein. Ich will nicht dieses Sankt-Florians-Prinzip. Das kann es nicht sein!

Ich finde, es ist richtig, dass wir auch Forschung gerade auch in dem Bereich machen, wo Leute krank sind, damit wir diese Krankheiten heilen können. Wenn Sie in Ihrem persönlichem Umfeld einmal sehen würden, wie jemand seine Identität verliert, dann, denke ich, würden Sie auch anders darüber denken.

Ich habe ein paar Probleme damit, dass man jetzt politisch vorgeben will, wie eine Verwaltung entscheiden soll. Herr Sieling hat das auch gesagt, wenn noch einmal ein neuer Antrag kommt, dann gibt er vor, dass es nicht mehr sein kann. Das können wir doch überhaupt nicht. Die Verwaltung wird sicher diese Diskussion in ihre Abwägungen mit aufnehmen müssen, weil wir natürlich auch eine Meinung äußern. Wir sind hier das Parlament, aber dass wir nun Vorgaben machen können, wie ein Verwaltungsakt auszusehen hat, da sträubt sich in mir alles, das kann man doch nicht machen! Wir können doch politisch diese Vorgaben

(D)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) nicht machen. Ich hätte von Ihnen überhaupt nie erwartet, dass Sie so weit gehen und sagen, ich will das nicht, also haben die anderen das auch nicht zu wollen, und ob das Gesetz ist oder nicht Gesetz ist, das interessiert mich alles nicht, wir machen das so, wie ich das will.

Sie haben in der letzten Woche in der Wissenschaftsdeputation noch einmal darauf hingewiesen, dass Politiker sich an Gesetze halten müssen. Ich habe das aufgeschrieben. Hier in diesem Fall gilt das dann nicht? Das kann es doch nicht sein! Dagegen wehre ich mich schon sehr.

Nun zur Verbandsklage! Wir haben hier gesagt, wir haben das überwiesen an den Rechtsausschuss, an die Wissenschaftsdeputation, an die Baudeputation und an die Gesundheitsdeputation. Wir werden erst einmal abwarten, was dabei herauskommt, was die Prüfung ergibt, und dann werden wir weitersehen. Dass Sie aber jetzt schon von vornherein alles vorwegnehmen und mich in eine Ecke stellen, als ob ich oder als ob die CDU sich massiv dafür einsetzt –. Wir setzen uns dafür ein, dass Gesetze eingehalten werden, um das einmal ganz klar zu sagen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

(B) Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin eben gerade unten gewesen, weil wir dort eine große Besuchergruppe betreuen, und das ist ärgerlich. Ich habe nur gehört, dass Herr Sieling sich gemeldet hat. Ich möchte in aller Freundschaft und in aller Sachlichkeit auf einen Sachverhalt hinweisen: Wir haben gestern in gemeinsamen Arbeitsgruppen lange hin und her beraten. Dann gab es am Ende noch zwei kleine, eher redaktionelle Punkte, die haben Herr Sieling und ich gemeinsam abgestimmt, und ich habe noch einen Teil seiner Argumente aufgenommen, und wir haben uns darauf geeinigt.

(Abg. **Dr. Sieling** [SPD]: Danach haben wir die politische Bewertung vorgenommen!)

Ich komme darauf! Nachdem wir beide uns geeinigt haben, hat die SPD-Fraktion getagt und hat etwas anderes beschlossen. Das ist ja auch zulässig. Was ich nur nicht möchte, Herr Sieling, ist, dass wir uns gegenseitig in die Pfanne hauen für eine Geschichte, die wir gemeinsam abgestimmt und beschlossen haben. Das geht nicht!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe großes Verständnis dafür, es geht mir mitunter auch so, dass, nachdem man etwas abge-

stimmt hat, man in die Fraktion geht und sich das Ergebnis ändert. Das kann passieren. Was aber nicht geht, ist, dass Sie so tun, als hätten wir etwas völlig Abwegiges gemacht.

(Abg. **Frau Möbius** [SPD]: Hat doch gar keiner gesagt!)

Letzter Satz zu dem Thema! Der Punkt, bei dem wir auch vom Ansatz her gestritten haben, ist ein ganz schlichter, und zwar, dass ich der Meinung bin, und das ist auch die Meinung unserer Fraktion, dass man nicht ein teures und wichtiges Evaluationsverfahren auf den Weg bringen kann, wenn man vorher bereits entschieden hat, wann Schluss ist. Dann brauche ich kein Evaluationsverfahren, dann sage ich einfach, 2010 ist Schluss. Deshalb waren wir der Meinung, wenn wir ein Verfahren machen, das wir für richtig halten, dann muss es so lange ergebnisoffen bleiben, bis das Ergebnis auf dem Tisch liegt, so dass ich anhand des Ergebnisses beurteilen kann, wollen wir es weitermachen, oder wollen wir es nicht weitermachen.

Das war im Grunde genommen ein sicher grundsätzlicher Streitpunkt, den wir haben und zu dem ich auch stehe. Ich möchte aber zumindest hier sehr deutlich machen, dass die Dissensquote sich ganz ungewöhnlich in Grenzen gehalten hat. Die war so in Grenzen, dass wir eben gemeinsam gesagt haben, okay, das ist es jetzt. Dann haben wir unseren Leuten den Entwurf verteilt, und ich nehme an, Sie haben dasselbe gemacht. Ich möchte nur nicht, dass wir jetzt Dissense organisieren, die nicht wirklich stattgefunden haben. – Das war es!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Perschau, zunächst möchte ich sagen, ich empfehle uns jedenfalls nicht meinen Stil, wenn ich empfehle, dass wir Diskussionen, die wir haben, unter uns diskutieren und nicht immer auf dem öffentlichen Marktplatz austragen. Das wäre klüger für die politische Arbeit.

(Zurufe von der CDU – Abg. **Pflüger** [CDU]: Das gilt immer für die anderen, nur nicht für dich, Carsten!)

Jetzt kann das Protokoll Ruhe in der CDU-Fraktion feststellen, und ich kann weiterreden!

Es ist doch so, ich habe mich hier zu den inhaltlichen Punkten geäußert. Es ist so, dass wir in der Tat gestern den ganzen Nachmittag eine ganze Reihe beredet haben, und wir sind am Ende an einem Punkt

(C)

(D)

(A) gewesen, wo mir und uns allen klar war, nur so viel geht mit der CDU. Leider geht nur so viel mit der CDU. Dann, meine Damen und Herren, habe ich den ganz normalen politischen Vorgang gemacht, und wir haben das bewertet. Ich bin in meine Fraktion gegangen und habe ihr gesagt, es reicht nicht. Es ist so weit entfernt von dem, was wir als SPD vertreten, dass es nicht geht.

Ich will diesen Kernpunkt noch einmal nennen. Wir sagen, wir wollen den Weg gehen, dass der Ausstieg im Jahr 2010 realisiert wird.

(Beifall bei der SPD)

In dem Papier hätte sonst gestanden, wir gehen den Weg und evaluieren, machen Untersuchungen und Gutachten. Das ist uns zu wenig. Das reicht nicht, und darum habe ich vorgeschlagen, wir gehen diesen Weg nicht, Herr Kollege Perschau, weil ich es besser finde, wenn es keinen richtigen Konsens in der Sache gibt, dass wir hier keinen Konsens konstruieren, der uns in der Sache nicht weiterhilft.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten bitte ich, dass wir diese Art von Diskussion unterlassen. Ich verstehe das nach der heutigen Presseberichterstattung, dass es die Aufforderung gegeben hat, einmal etwas Schärferees gegen die SPD zu sagen, das sehen wir an der Stelle nach, das haben wir verfolgt. Ich kann die inneren Diskussionen bei der CDU verstehen, sie passen aber nicht zu diesem ernsthaften Thema des Tierschutzes und der wissenschaftlichen Forschung. – Ich danke Ihnen!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, dass ich diesen Koalitionsstreit einmal wieder unterbrechen muss, das ist ja spannend.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [CDU]: Sie sind doch hocheifrig!)

Normalerweise tragen Sie Ihre Streitereien hinter verschlossenen Türen aus, dass Sie es jetzt hier mitten im Parlament tun, ist zumindest für mich, die jetzt seit zwei Jahren im Parlament ist, etwas Neues. Es wäre aber vielleicht ganz schön –

(Unruhe bei der CDU und bei der SPD – Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Was wollen Sie denn nun inhaltlich sagen?)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

seien Sie nicht so aufgeregt, ich weiß, dass die Nerven blank liegen! –, wenn Sie das vielleicht dann einmal wieder in Ihren internen Besprechungen tun werden.

(C)

Ich wollte eigentlich nur noch einmal zwei Sachen sagen, aber vielleicht geht die Debatte zwischen Herrn Sieling und Herrn Perschau gleich noch ein bisschen weiter, man weiß es ja nicht so genau. Ich wollte noch eine inhaltliche Sache sagen, und zwar die Frage mit dem an Gesetze halten und der Grundlagenforschung! Ich bin mir nicht ganz sicher, Frau Tuzcek, ob Sie das mit der Grundlagenforschung richtig verstanden haben. Sie tun immer so, als wenn man das Leiden der Menschen gegen das Leiden der Tiere abwägen könnte. Das ist überhaupt nicht die Frage an der Stelle, weil die Grundlagenforschung eben nicht genau zielgerichtet ist. Das mit dem Halten an Gesetze, da will ich auch erst einmal nur sagen, dass die Tierschutzkommission mit ihren sechs Mitgliedern eine Stimmengleichheit hergestellt hat, so dass damit ein Antrag erst einmal abgelehnt ist und aus unserer Sicht auch eine Geschäftsordnung nicht so spielentscheidend sein kann. Wenn wir über Gesetze reden, dann können wir auch gern noch einmal über die Verbandsklage reden, um alles auf sicherere Füße zu stellen. Das wollen Sie an der Stelle ja nicht.

Ansonsten möchte ich beantragen, dass wir eine namentliche Abstimmung zu unserem Antrag hier durchführen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Sieling, ich habe mir überlegt, ob ich mich noch einmal melde, und ich will das nur sagen, weil es auch eine Stilfrage für die Zukunft ist. Sie sind zu mir gekommen und haben mir gesagt, das ist der Text. Sie haben dann noch etwas im Text geändert. Es war die Frage, ob es unter eins „werden kann“ oder „wird“ heißt. Da hatten Sie zwei Mal „wird“, und wir haben uns dann am Ende darauf geeinigt, dass das obere „wird“ bleibt und das untere in „werden kann“ verändert wird. Das war exakt der Punkt, auf den wir uns geeinigt hatten. Ich lege nur Wert auf diesen Sachverhalt, weil ich finde, dass man über alles reden kann, aber nicht über die Wahrheit, denn die ist nicht beliebig disponibel.

(Beifall bei der CDU)

Darauf haben wir uns verständigt, und ich habe überhaupt kein Problem damit, auch Dissense einzugestehen, das ist einfach so, aber so war es, und dabei bleibe ich, weil alles andere nicht richtig ist. Deshalb denke ich, dass das hier gesagt werden muss.

(A) Mir liegt daran, dass wir das in vernünftigen Einvernehmen machen. Ich habe wirklich großes Verständnis dafür, wenn die Fraktion nachher nein sagt. Unsere Fraktion hatte auch die Auffassung, lieber gar keinen Antrag zu machen. Das ist nun gemeinsam so beschlossen. Ich möchte nur, dass wir auf dem Weg dahin fröhlich bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Herr Präsident, dazu melde ich mich nicht!)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist namentliche Abstimmung von Ihnen gefordert worden.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/780 entweder seine Zustimmung, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein, Enthaltung zu Wort melden!

Ich rufe die Namen auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

(B) Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 57 Abgeordnete gestimmt, keine Stimmenthaltungen. Somit steht das Ergebnis fest. Der Antrag ist abgelehnt.

Entwicklung der Wohnungsmärkte 2020

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 14. Juli 2005 (Drucksache 16/696)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. November 2005

(Drucksache 16/792)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Senator Eckhoff, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD nicht mündlich wiederholen möchten.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

(C) Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll.

Das ist der Fall.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies wird wahrscheinlich nicht so eine emotionsgeladene Debatte werden, wie wir sie eben erlebt haben.

(Heiterkeit)

Ich bin ja immer ganz ruhig.

Angesichts des bundesweiten Bevölkerungsrückgangs und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels spielt die künftige Entwicklung der Wohnungsmärkte eine nicht unbedeutende Rolle in unseren beiden Städten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass unser Bundesland alle Anstrengungen unternimmt und weiter unternehmen muss, den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten und möglichst mehr Einwohner für unsere beiden Städte zu gewinnen oder in unsere beiden Städte zu ziehen. Es ist der Stadt Bremen in den letzten Jahren gelungen, gegen den bundesweiten Trend des Bevölkerungsrückgangs eine positive Einwohnerentwicklung zu erzielen. Diesen Trend gilt es auch festzuhalten und durch die Schaffung von Rahmenbedingungen weiter zu stärken.

(D) Nun ergibt die Anfrage viele Antworten. Das soll sie ja auch, aber sie zeigt auch auf, wie das erreicht werden kann. Man braucht allerdings ein paar Grunddaten, wie sich die Entwicklung in den Städten voraussichtlich weiter vollzieht, und hier ist der Orientierungsrahmen für die Senatspolitik die langfristige Globalplanung, die vom Senat beschlossen worden ist und deswegen Planungsgrundlage der Ressorts ist. Nach dieser langfristigen Globalplanung sieht es so aus, dass die Stadt Bremen die Bevölkerungszahl ungefähr bis zum Jahr 2020 hält oder im Jahr 2020 ungefähr 545 000 Einwohner hat und die Stadt Bremerhaven leider nicht konstant bleiben kann, sondern einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen hat, und zwar von 117 000 auf 103 000 Einwohner. Da ist also noch erhebliches Handeln gefragt, um diesen Trend umzudrehen.

Die Aussagen über solche Prognosen, die abgegeben werden, ob sie nun über die langfristige Globalplanung, Gewos oder andere Studien in den letzten Jahren erfolgt sind, müssen allerdings nicht immer stimmen. In Bezug auf Bremen haben sie fast nie gestimmt. Unsere Bevölkerung ist immer stärker geblieben als das, was prognostiziert worden ist. Wir sind auch schon stärker als andere Prognosen, auch um diese Jahreszahl 2005 herum, in denen 530 000 Einwohner geschätzt wurden, und wir liegen ja bei über

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) 545 000 Einwohnern. Also, man kann mit Gegensteuerungsmaßnahmen eine ganze Menge erreichen, aber man ist darauf angewiesen, dass natürlich durch Attraktivität und Bereitstellung von Arbeitsplätzen, aber allerdings auch Wohnraum, die Stadt so attraktiv gemacht wird, dass Einwohner zuziehen.

Ich hatte darauf eben schon hingewiesen. Die anderen Prognoseinstitute wie Gewos, die ja von der AG Wohnen beauftragt worden sind, aber auch die LBS-Studie, gehen eigentlich fast von den gleichen Zahlen aus wie die langfristige Globalplanung. Mit nur ganz wenigen Unterschieden werden der Stadt Bremen ungefähr 545 000 Einwohner und der Stadt Bremerhaven ein Rückgang auf etwas über 100 000 Einwohner prognostiziert, wobei man sagen muss, dass insbesondere im letzten Jahr festzustellen ist, dass auch in Bremerhaven eine Trendwende eingesetzt hat, die sich zwar noch nicht dahingehend auswirkt, dass man nicht mehr Einwohner verliert oder welche hinzugewinnt, aber der Verlust an Einwohnern ist wesentlich geringer geworden.

Wenn sich die ganzen Maßnahmen mit den Sonderprogrammen in Bremerhaven auswirken, aber auch noch weitere Programme greifen, und wenn auch noch die Arbeitsplatzsituation in Bremerhaven besser wird, dann wird vielleicht auch der Trend in Bremerhaven gestoppt werden können. Das muss auch unser Ziel sein. Unser Ziel darf nicht sein, dass die Stadt Bremerhaven weiter schrumpft. Dafür müssen auch alle Anstrengungen unternommen werden.

(B) Nach der Prognose ist allerdings auch klar, dass wir 2020 in Bremen einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt haben unter der Voraussetzung, dass jedes Jahr ungefähr 1100 Wohneinheiten neu hinzukommen und dass wir in Bremerhaven trotz ganz weniger Neubautätigkeit erhebliche Leerstände zu verzeichnen haben, die über 10 000 Wohneinheiten betreffen. Das sind fast 16 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes in Bremerhaven. Das ist eine ganze Masse, und deswegen müssen wir auch alles daran setzen, dass das nicht eintritt und dass hier auch eine Trendwende erreicht werden kann.

Die Studien gehen leider nicht bis in alle Stadtteile hinein. Deswegen soll ein Monitoring gemacht werden, und es soll auch eine bessere Beleuchtung der Stadtteile gemacht werden. Das finden wir sehr gut, und das trägt auch sicherlich dazu bei, Lösungen zu finden, wie wir auf gewisse Dinge reagieren müssen.

Wir müssen bei den Planungen, was die Wohneinheiten und das Wohnen in Zukunft betrifft, mehrere Dinge berücksichtigen, die hier auch angesprochen worden sind. Selbst wenn die Bevölkerung ungefähr gleich bleibt, wird sich die Zahl der Haushalte in den nächsten Jahren um ungefähr 10 000 erhöhen, weil es völlig veränderte Verhaltensweisen gibt. Die Haushalte werden kleiner, der Flächenbedarf allerdings steigt, und wir haben auch einen steigenden Anteil

von Senioren und damit auch eine steigende Nachfrage nach anderen, insbesondere natürlich altengerechten Wohnformen. Die Umlandwanderung wird sich etwas anders darstellen, wenn die Bevölkerung älter wird, weil der Trend bei älteren Leuten eher in die Stadt geht als auf das Land, darauf müssen wir uns einstellen. Es gibt allerdings weiter eine starke Nachfrage nach Eigentum, und beim Miet- und Geschosswohnungsmarkt wird die Nachfrage weiter zurückgehen.

Bei der Nachfrage nach Wohnraum habe ich eben schon gesagt, dass sich da gewisse Veränderungen ergeben, insbesondere durch die Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung und auch die Abnahme der jüngeren und der Zunahme der älteren Menschen, die allerdings in der Stadt weniger ausgeprägt ist als im Umland. Es ist ganz interessant, dass die Zahl der älteren Menschen, die 2020 in Bremen leben werden, natürlich höher sein wird als jetzt, aber sie wird längst nicht so stark sein wie im Umland. In der Stadt wird auch die Zahl der Jüngeren nicht so stark abnehmen wie im Umland, obwohl das Umland eine Wachstumsprognose hat, die besser liegt als bei uns in der Stadt, was die Bevölkerung und die Haushaltszuwächse betrifft. Das hängt natürlich immer noch mit dem Speckgürtel zusammen, allerdings weniger ausgeprägt.

In dieser Anfrage ist festgestellt worden, und das ist auch wichtig, es wird immer behauptet, wir bräuchten keine Einfamilienhäuser mehr, weil die Nachfrage immer geringer würde. Es zeigt sich aber deutlich, dass gerade bei den Fünfzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen, die ja jetzt in die Haushalte hineinwachsen, der Trend zum Eigentum immer größer wird, deswegen auch die Nachfrage nach Eigentum und insbesondere Ein- und Zweifamilienhäusern oder auch Reihenhäusern nach wie vor vorhanden ist. Wir können deswegen nicht einfach sagen, wir brauchen gar keine Wohnungsbaugebiete mehr, sondern wir müssen auch in diesem Bereich immer noch ein breites Angebot vorhalten, damit die Nachfrage befriedigt werden kann und damit das einwohnerstabilisierend wirkt.

Wenn wir uns die Antwort auf die Frage acht anschauen, da geht es um die Umlandwanderung, dann stellen wir fest, dass in den letzten Jahren die Umlandwanderung erheblich zurückgegangen ist, und zwar so deutlich, dass wir 1999 im Saldo noch 3600 Einwohner verloren hatten und das Minus jetzt nur noch zirka 1500 beträgt, es ist also wesentlich zurückgegangen. In Bremerhaven ist sogar der Wanderungssaldo von 1150 im Jahr 2000 auf 330 im Jahr 2004 zurückgegangen.

In Bremerhaven wird seit einiger Zeit auch wieder Wohnungsbau betrieben, und zwar werden Wohnungsbauflächen für Ein- und Zweifamilienhäuser ausgewiesen. Das zeigt deutlich, wenn man das macht, kann man auch die Leute in dem Kreis halten, und sie ziehen nicht alle in das Umland. Insofern ist es in

(C)

(D)

(A) den letzten Jahren doch wesentlich besser gelungen, die Leute in Bremerhaven zu halten. Wenn das fortgeführt wird, und das wird geschehen, dann wird sich der Trend noch weiter verbessern. Bei den ganzen Investitionsmaßnahmen, die in Bremerhaven durchgeführt werden, was auch Arbeitsplätze und neue Arbeitsplätze betrifft, führt das vielleicht dazu, dass diese Trendwende erreicht wird. Sie wird bei Gewos im Übrigen nicht mehr ausgeschlossen, da gibt es ja auch noch weitere Untersuchungen.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, die Beantwortung dieser Anfrage zeigt deutlich, dass aufgrund der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Handlungsbedarf gegeben ist. Die Antwort zeigt aber auch Lösungsmöglichkeiten auf und benennt Felder, die in den nächsten Jahren verstärkt bearbeitet werden müssen. Das vorgelegte Konzept für das Programm „Zukunft Wohnen“ ist eine gute Grundlage für die weitere Arbeit, die wir in den nächsten Wochen auch bei den Haushaltsberatungen intensivieren müssen.

Alles hängt mit Geld zusammen, und auch bei dem Stadtbau brauchen wir Geld, da brauchen wir auch das AIP. Darin hat es auch noch viel mehr Dinge gegeben, die ich jetzt gar nicht ansprechen kann, weil meine Redezeit schon abgelaufen ist, was den Stadtbau betrifft, was das Wohnen an Wall und Weser betrifft und das seniorengerechte Wohnen, also eine ganze Menge Dinge. In zehn Minuten kann man aber nicht alles abarbeiten. Wenn das Publikum hier heute aber noch sehr interessiert sein sollte, dann werde ich mich gern noch einmal melden. – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt, wo wir so friedlich miteinander umgehen, hört keiner mehr zu, dann können wir es uns ja hier gemütlich miteinander machen!

(Abg. **I m h o f f** [CDU]: So nun wieder auch nicht!)

Grundsätzlich ist es gut, dass wir anlässlich dieser Anfrage im Landtag Gelegenheit haben, einmal wieder über Wohnungspolitik zu reden, weil – der Kollege Focke hat es schon ausgeführt – die derzeitigen und zukünftigen Veränderungen der Gesellschaft neue Herausforderungen an eine städtische Wohnungspolitik stellen. Es geht nicht mehr nur rein quantitativ um Konkurrenz, um Bewohner und Arbeitsplätze, sondern es geht auch um solche qualitativen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Fragen wie Integration von Zuwanderern und demographischen Wandel, um drohende Segregation zwischen den Stadtteilen. Es genügt eben nicht mehr, nur eine ausreichende Anzahl von Wohnungen bereitzustellen, wie es zu Zeiten von Wohnungsknappheit sicher sinnvoll und richtig war, sondern wir müssen mit einem differenzierten Angebot auf eben diese differenzierten Nachfragen und Probleme antworten.

(C)

Da ist es in der Tat nicht mehr damit getan, auf der grünen Wiese Einfamilienhausgebiete von der Stange auszuweisen und zu bebauen. Sicher, auch solche Gebiete müssen sein. Ich war neulich in Borgfeld, und der Run dorthin hält ungebrochen an. Die Leute fühlen sich dort wohl, das können die Grünen jetzt irgendwie schlecht finden, aber es ist einfach so, und wir können den Leuten ja nun nicht einfach vorschreiben, wo sie zu wohnen haben.

Das allein aber, das sagte ich, reicht nicht. Laut der in Rede stehenden Studien ist inzwischen wieder eine stärkere Nachfrage nach innerstädtischen Wohnformen festzustellen. Der Senat ist dabei, das genauer zu untersuchen. Es hat sich offensichtlich herumgesprochen, dass man statt mit dem Zweit- und Drittwagen im Umland und mit langen Arbeitswegen auch genauso gut in der Stadt selbst leben kann, zumal in einer Stadt wie Bremen, wo überall Grünflächen, Parks und Kleingartenanlagen direkt vor der Haustür liegen.

Zum demographischen Wandel hat Herr Focke schon einiges gesagt. Wir werden alle älter –

(D)

(Abg. **B ö d e k e r** [CDU]: Mehr oder weniger!)

wir werden alle gleichmäßig älter, das können wir gar nicht verhindern! –, und es ist sicherlich besser, dass man so lange wie möglich in seiner eigenen Wohnung leben kann. Das ist an sich besser, und es ist günstiger für die Pflegekosten und damit auch für den Haushalt.

Was uns weiterhin aktuell beschäftigt, ist die Frage der Kosten der Unterkunft für ALG-II-Bezieher und -Bezieherinnen. Gewos hat auch hier im Auftrag des Sozialressorts festgestellt, dass wir nicht ausreichend preisgünstige und kleine Wohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte haben. Das betrifft ja wahrscheinlich nicht nur die Bezieher und Bezieherinnen von Arbeitslosengeld, sondern alle, die wenig Geld zur Verfügung haben. Möglicherweise müssen wir auch wieder einmal über Mietwohnungsbau nachdenken, nachdem wir jahrelang gedacht hatten, das Thema hätte sich erledigt. Wir haben, denke ich, immer noch eine Verantwortung auch für die einkommensschwachen Haushalte, damit diese sich adäquat am Wohnungsmarkt versorgen können.

Wir müssen auch versuchen, dass sich diese Versorgung nicht ausschließlich auf einzelne Stadtteile konzentriert. Wohin das führen kann, kann man leider

(A) in Frankreich beobachten. Ich will jetzt hier nicht den Teufel an die Wand malen, aber es macht, positiv gesehen, deutlich, dass der Zusammenhalt in der Stadt zwischen den einzelnen Stadtteilen auch ein Standortfaktor sein kann bei der Entscheidung für Wohnort und Arbeitsplatz.

Der Senat gibt in seiner Antwort auf unsere Fragen Hinweise darauf, wie mit den Herausforderungen umgegangen werden muss. Ich finde, wir haben uns da im Laufe der letzten Jahre zwischen den Koalitionsparteien schon aneinander angenähert. Nach der Debatte vorhin ist es offensichtlich einmal nötig, das an dieser Stelle zu sagen. Wir versuchen, beide Dinge zu machen: Innenentwicklung, Stichwort TÜV-Gelände, Stichwort Stadtwerkegelände, Lückenbebauung, Modernisierungsförderung – über den Umgang mit unseren eigenen Wohnungsbaugesellschaften werden wir ja im Laufe der nächsten Tage noch debattieren –, aber auch Einfamilienhausgebiete wie Borgfeld und Brokhuchting.

Der Senat spricht in seiner Antwort einige Punkte an, ich will das jetzt nicht verlängern, das kann man nachlesen. Wohnen an Wall und Weser unternimmt zum Beispiel den Versuch, die Innenstadt wieder als Wohnstandort zu etablieren. Die Initiative Wohnen im Alter beschäftigt sich mit der Problematik des Älterwerdens unserer Gesellschaft, Wohnen in Nachbarschaften und Soziale Stadt zielen auf benachteiligte und überforderte Quartiere.

(B) Wie wir mit dem Problem des fehlenden angemessenen preiswerten Wohnraums für einkommensschwache Haushalte umgehen, werden wir dringend diskutieren müssen, das tun wir ja auch in einer gemeinsamen Sitzung der Bau- und der Sozialdeputation. Das Problem lässt sich meines Erachtens weder allein über Umzüge lösen noch über die Neuauflage des früheren sozialen Wohnungsbaus. Ansonsten, denke ich, sind wir gemeinsam auf einem guten Weg, um den Herausforderungen der zukünftigen Wohnungspolitik begegnen zu können. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Focke, wenn ich Ihnen so zuhöre, dann glaube ich immer noch, dass Sie die Bedeutung und die Auswirkungen des demographischen Wandels nicht richtig verstanden haben. Hier ist mit dem demographischen Wandel ein Prozess gemeint, der aufgrund der geringen Geburtenrate in Gang gesetzt wurde und der für die nächsten Jahrzehnte nicht mehr umkehrbar ist. Der hat sehr viel drastischere Auswirkungen, als

Sie es hier wieder so schön geredet haben. Das einmal vorweg!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der demographische Wandel und vor allen Dingen die Veränderung der Bevölkerungsstruktur haben weitreichende Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Dies ist das Ergebnis, das haben meine Vordröner gesagt, sowohl der Gewos-Studie als auch der Studie der Landesbausparkasse. Die generelle Aussage, die beide Studien machen, belegt, was wir Grünen schon immer gesagt haben und was wir kurz so umschreiben: Wir werden älter, wir werden weniger, und wir werden bunter. Das „bunter“ meint mehr Migrantinnen und Migranten in unseren Städten, aber es wird auch ein sehr viel ausdifferenzierteres Wohnungsangebot zukünftig nötig sein, als wir es bisher in unseren Städten anbieten.

Auf jeden Fall haben wir es bei dieser Entwicklung aber mit dem Gegenteil dessen zu tun, was dieser Senat jahrelang an Wachstumsszenarien vertreten hat. Wir sind eben keine wachsende Stadt, Bremen ist keine wachsende Stadt. Dies steht noch im Stadtentwicklungskonzept von 1999, und ich bin glücklich und zufrieden, dass wenigstens der Kollege Focke sich im Schneckentempo auf diese Einsicht zu bewegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Ich muss Ihnen sagen, die Wohnungswirtschaft beschäftigt sich seit langem mit den Folgen des demographischen Wandels, mit den Folgen für den Wohnungsmarkt und die Folgen der Wohnungsbaupolitik. Schwieriger scheint es zu sein, und auch dafür ist Kollege Focke ein lebendes Beispiel,

(Heiterkeit)

dieses Thema auf die politische Ebene zu hieven. Im Westen Deutschlands wollte man lange nichts von schrumpfenden Städten oder gar schrumpfenden Regionen wissen. Rückbau oder Abriss von Gebäuden oder gar ganzen Stadtquartieren war lange Zeit nur in ostdeutschen Kommunen ein Thema. Man war so, ich sage einmal, arrogant im Westen zu sagen, das ist nur ein Problem des Ostens, das hat mit uns nichts zu tun, aber das Gegenteil ist der Fall. Es ist gut so, dass sich das auch im Bundesland Bremen langsam ändert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist völlig klar, dass die Folgen der Bevölkerungsentwicklung langfristig das Gesicht unserer beiden Städte nachhaltig verändern werden. Dies gilt vor allem für Bremerhaven, dessen Bevölkerung bis 2020 laut Gewos-Studie um 15 Prozent sinken wird. Gleich-

(A) zeitig wird es einen Wohnungsüberhang, darauf wurde hingewiesen, von 16 Prozent oder 10 000 Wohnungen geben. Bremerhaven ist eine schrumpfende Stadt, vergleichbar mit ostdeutschen Städten. Dies ist nicht als Schlechtreden zu verstehen, das sage ich jetzt auch genau in Richtung Bremerhaven, sondern es beschreibt einen Fakt, der die Wohnungswirtschaft und die Politik vor große Herausforderungen stellt.

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Nur beide zusammen müssen und können Strategien und konkrete Handlungskonzepte entwickeln, wie diese Stadt Bremerhaven zukünftig zusammengehalten werden kann. Unattraktive Wohnungen und problematische Wohnlagen werden sich nur noch schwer oder gar nicht mehr vermarkten lassen. Instandhaltung, Modernisierung, Rückbau von Wohnungen und Wohnungsumfeldmaßnahmen sind die Aufgaben der Zukunft. Hierbei, das möchte ich auch in Richtung Bremerhaven sagen, sind die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die Stäwog und die Gewoba, unverzichtbar für die Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf des Abg. F o c k e [CDU])

(B) Dieter, du kannst gleich!

Eine sinkende Bevölkerungszahl ist keine Katastrophe. Sie ist vor allem eine Folge der geringen Geburtenrate, und sie kann aus unserer Sicht auch eine Chance bedeuten, wenn wir uns auf die veränderten Wohnbedürfnisse einstellen. Wir brauchen mehr Wohnungen für die stark wachsende Gruppe der Einpersonenhaushalte. Das zeigt aktuell auch die ALG-II-Debatte. Wir brauchen mehr Angebote für seniorenrechtliches Wohnen. Die barrierefreie Wohnung ist eine Wohnform der Zukunft.

Die Nachfrage nach städtischen, urbanen Wohnformen steigt. Das finde ich für beide Städte positiv, weil hier die Chance besteht, Menschen wieder für die Städte zurückzugewinnen, auch direkt in die Innenstädte. Dafür müssen Angebote gemacht werden. In Bremen ist das Programm „Wohnen an Wall und Weser“ ein guter Ansatz, aber wir fordern auch, dass er nicht nur im Programm steht, sondern auch umgesetzt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber hinaus, das sage ich hier immer wieder, und wir Grünen bestehen auch darauf: Die Überseestadt muss auch ein Ort für Wohnen sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Meine Damen und Herren, die Stadt Bremen hat nicht die gleichen Probleme wie Bremerhaven, die Bevölkerung sinkt laut Gewos bis 2020 um 1,5 Prozent. Die langfristige Globalplanung des Senats geht von einer gleich bleibenden Bevölkerungszahl aus. Ich will darüber jetzt nicht streiten, auch wenn ich persönlich der Auffassung bin, dass auch Bremens Bevölkerung perspektivisch sinken wird. Aber gut, das werden wir dann in ein paar Jahren vielleicht genauer wissen. Trotzdem, jeder neue Bewohner und jede neue Bewohnerin, den oder die die Stadt gewinnen kann, ist gut für die Stadt, und darum müssen wir uns kümmern. Ganz besonders müssen wir uns um den Zuzug von jungen Menschen kümmern. Das gilt gerade auch für Bremerhaven, weil offensichtlich der Standort Bremerhaven für junge Leute bisher nicht so attraktiv ist, das gilt aber auch für Bremen. Wir müssen junge Leute in die Stadt ziehen und ihnen aber auch geeignete Wohnungsangebote machen. Diese Gruppe für unsere beiden Städte zu gewinnen ist umso wichtiger, gerade weil sie kleiner wird.

Wir müssen uns auch um die jungen Zuwanderer kümmern. Hier hat Tenever eine Chance, wenn neben den großen Sanierungs- und Rückbauanstrengungen auch die Betreuungseinrichtungen, die Kinder-, Jugend- und Bildungsangebote in diesem Stadtteil weiterhin ein großes Gewicht behalten. Ich sage ganz deutlich, in diesem Zusammenhang, gerade was die Chancen von Tenever angeht, ist es für uns ganz besonders wichtig, dass der Kindergarten Andernacher Straße wieder aufgebaut wird, meine Damen und Herren!

(D) Bei allen Stadtumbaudebatten geht es immer und vor allem um die Menschen in den unterschiedlichen Stadtquartieren. Diese müssen wir bei diesen Umbauprozessen mitnehmen. Wie wichtig gerade Stadtteilgruppen sind, zeigt die hervorragende Arbeit, die im Stadtteil Tenever geleistet wird. Ohne diese Stadtteilgruppe, ohne die Einbindung der unterschiedlichen Nationalitäten, der unterschiedlichen Menschen gäbe es sehr viel mehr Probleme in Tenever, als es sie heute gibt. Das ist durch die hervorragende Stadtteilarbeit so gut, wie es augenblicklich läuft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir sind uns in vielem einig, aber ich möchte doch noch einmal auf einen Punkt hinweisen, den wir Grünen seit vielen Jahren immer wieder kritisieren. Es gibt eine Bevölkerungsgruppe, die an Bedeutung verliert, und das ist die Familie. Das mag man bedauern, aber es ist eine Tatsache. Obgleich dies seit Jahren bekannt ist, haben Sie als Koalition, und auch das debattieren wir hier öfter, in den letzten Jahren Ihre Wohnungsbaupolitik einseitig auf diese Bevölkerungsgruppe ausgerichtet und tun dies mit der absurden Ausweisung der Osterholzer Feldmark weiterhin. Wir Grünen sagen,

(A) damit werden Sie am zukünftigen Bedarf vorbeiplanzen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben sich in den vergangenen Jahren nicht oder nicht in ausreichendem Maß mit der Änderung der Bevölkerungsstruktur befasst. Wir freuen uns, dass das jetzt besser wird. Dass Sie das tun, das macht die Antwort des Senats deutlich. Aber noch einmal zu einer Zahl! Bei einer durchschnittlichen Baufertigstellungsrate von etwa 475 Ein- und Zweifamilienhäusern von 1995 bis 2004 reicht das vorhandene Angebot bereits heute für die nächsten elf Jahre. Das sagen nicht die Grünen, das sagt die GBI. Wir fordern Sie daher auf, diese einseitige Wohnungsbau politik endlich zu beenden!

Was wir brauchen, sind ressortübergreifende Strategien. Die Zukunftsaufgaben können vom Bauresort allein nicht bewältigt werden. Wenn der Bause nator jetzt ein Monitoringsystem aufbauen will, um Problembereiche zu ermitteln, dann können wir sagen, das begrüßen wir, aber es wird meines Erachtens allein nicht ausreichen. Beide Städte brauchen, davon sind wir überzeugt, sowohl das sehr kleinteilige Hin schauen in einzelne Stadtquartiere, wohin und wie sie sich weiter entwickeln, wie man möglichst frühzeitig auf Probleme aufmerksam werden kann, und wir brauchen nicht nur das kleinteilige Hinschauen, sondern wir brauchen auch Gesamtstrategien mit Blick auf die Gesamtzukunft unserer beiden Städte. Herr Bause nator, ich glaube schon, dass es gut wäre, wenn wir zukünftig ressortübergreifend arbeiteten, um diese Probleme zu meistern. – Danke schön!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr ver ehrten Damen und Herren! Liebe Frau Abgeordne te Krusche, mein erster Gedanke im ersten Teil ihrer Rede war: Was hat Ihnen eigentlich der Abgeord nete Focke heute getan?

(Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Gar nichts!)

Ich finde, Herr Focke ist sehr sachlich an dieses Thema herangegangen. Er hat viele Punkte in seiner Rede erwähnt, die Ausgangslage sehr gut beschrieben und auch verschiedene Handlungsoptionen aufgezeigt. Ihm dann vorzuwerfen, er näherte sich dem Prozess im Tempo einer Schnecke, oder er habe den dem ographischen Wandel erst jetzt begriffen, muss ich sa gen, ist beim besten Willen völlig unangebracht in diesem Zusammenhang.

Liebe Frau Krusche, im zweiten Teil der Rede habe ich mich daran erinnert, dass das die gleichen alten Kamellen sind, die Sie hier seit zehn Jahren, seitdem wir große Koalition machen, immer wieder predigen. Sie müssen Ihre Rede auch einmal dem demographi schen Wandel anpassen.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das ist Ihnen mit diesem Beitrag nicht gelungen. Frau Krusche, ich will Ihnen auch sagen, Sie nehmen die Realitäten nicht zur Kenntnis. Zum Ersten: Wir haben hier in Bremen mit Tenever das größte Stadt umbauprojekt in den alten Bundesländern. Das muss man zur Kenntnis nehmen, dass sich dieser Senat schon vor vielen Jahren der Herausforderung eines Stadtumbaus angenommen hat, liebe Frau Krusche, und dass wir auf den demographischen Wandel re agiert haben, und zwar als eine der ersten deutschen Großstädte, und dass wir in diesem Jahr, als es Fra gen des Tempos der Veränderung in Tenever gab, weil das natürlich auch ein permanenter Überprü fungsprozess ist, diese Herausforderung angenom men haben, dass wir eine Neukonzeption gefunden haben, die selbst vom Bündnis 90/Die Grünen posi tiv begleitet wurde. Ich finde, in so einer generellen Debatte muss man auch einmal positiv erwähnen, dass sich dies seit vielen Jahren in der Senatspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, widerspiegelt.

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Darüber hinaus reagieren wir in Lüssum. Da ist es etwas komplizierter, weil man da mehrere Träger von Wohnungen hat. In Tenever hat man „nur“ die Gewo ba als Partner für die Stadt. In Lüssum ist das kom plizierter. Aber ich bin mir sehr sicher, dass wir auch in diesem Jahr dort einen weiteren wichtigen Schritt vorankommen werden, indem wir nach den allge mei nen Erklärungen, die es im letzten Jahr gegeben hat, jetzt einen konkreten Zeit- und Maßnahmenkatalog vorstellen werden, um auch in Lüssum auf die Ver änderungen des Marktes, auf den demographischen Wandel, auf veränderte Nachfrage zu reagieren.

In Bremerhaven, wenn ich das so sagen darf, der Kollege Bödeker kann das wahrscheinlich viel bes ser im Detail sagen, ist dieses Problem natürlich ex orbitant groß, das muss man sagen. Wenn man sich die Trends ansieht, die auch in der Detailstudie noch einmal vorgelegt werden, ist natürlich in Bremerha ven sowohl der Bevölkerungsrückgang im deutlich zweistelligen Bereich als auch vermutlich selbst der Rückgang der Haushaltszahlen im zweistelligen Be reich. Damit müssen wir uns auseinander setzen. Wir haben dort immer wieder diverse Rückbauprogram me, Frau Krusche, in der Baudeputation durch Lan desmittel unterstützt, gefördert. Da müssen wir jetzt noch weiter schauen, was man als Maßnahme kon-

(A) struieren kann, wie man dieses Tempo beschleunigen kann.

Aber auch da muss man die Partner mit einbinden, in dem Fall die Stäwog und die Gewoba als größte Träger von Wohnungen. Dort muss man dann auch zwischen Stadt und Land zu Mixfinanzierungen kommen, um diesen Rückbau und die Veränderung auch in Bremerhaven zu begleiten. Das wird eine große Herausforderung der nächsten Jahre, aber natürlich ist demographischer Wandel auch ein permanenter Prozess.

Liebe Frau Krusche, Sie kommen dann und sagen, wir hätten immer nur auf der grünen Wiese Wohnungen ausgewiesen und nichts gemacht.

(Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich auch nicht gesagt!)

Sie haben gerade gesagt, wir sollen unsere verkehrte Stadtentwicklungspolitik beenden.

(Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Doch, natürlich haben Sie das gesagt. Wir können ja Ihre Rede gleich noch einmal nachlesen, wenn das Protokoll so schnell ist, liebe Frau Krusche.

(B) Das ist doch gar nicht der Fall! Wir haben insgesamt in den letzten zehn Jahren, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, mehr als 10 000 Wohneinheiten im Lückenbauprogramm beschlossen. Das ist Fakt! Da ist eine ganze Menge gemacht worden. Das Gelände Stadtwerder befindet sich gerade in der Ausschreibung, da suchen wir private Investoren, das kann man nicht alles staatlich regeln. Das TÜV-Gelände ist in der Ausschreibung. Was machen wir alles im Bereich des Stephaniviertels!

Was wollen wir in der Überseestadt machen? Da streiten wir uns doch überhaupt nicht darüber, dass dort Wohnen möglich sein muss. Da gibt es Probleme zu lösen, ganz konkrete Fragen von Lärmemission, aber natürlich wollen wir auch in der Überseestadt Wohnraum implementieren, und das steht im Masterplan, von allen verabschiedet. Also, tun Sie doch nicht so, als wenn es bei uns nur Borgfeld, einige Wohneinheiten in Oberneuland und die Osterholzer Feldmark gäbe! Das ist doch Quatsch! Ein ausgewogenes Angebot muss unsere Antwort sein auf diesen demographischen Wandel, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Da haben wir eine ganz wichtige Zielgruppe, davon bin ich allerdings überzeugt. Gerade Menschen der jüngeren Generation sprechen über die Alten leicht auch einmal abfällig. Ich finde das traurig, dass das so ist, denn ich bin der festen Überzeugung, dass ge-

(C) rade die älteren Mitmenschen ein ganz erhebliches Erfahrungspotential haben, von dem Jüngere häufig profitieren können. Für uns in der Stadtentwicklung, also in der Baupolitik, müssen wir sagen, ist das eine Herausforderung, wo wir das Tempo, das gestehe ich zu, in den nächsten Jahren sicherlich noch erhöhen müssen.

In den sechziger und siebziger Jahren sind unheimlich viele Menschen ins Umland gezogen, weil es, Frau Krusche, kein entsprechendes Angebot an Baugebieten in Bremen gab. Jetzt machen wir uns darüber Gedanken in einer Stadtentwicklungsstrategie, wie wir die wieder zurückholen können, weil nämlich die Menschen dort häufig im Umland sitzen, die Häuser zu groß sind, die ÖPNV-Anbindung schwierig ist, man im Alter auch nicht mehr so gern Auto fährt, und dafür brauchen wir ein entsprechendes Angebot. Das sind natürlich gerade auch die citynahen Bereiche. Da ist der Stadtwerder zum Beispiel eine zentrale Herausforderung, Menschen wieder nach Bremen und Bremerhaven zu holen.

Jetzt schaue ich mir Bremerhaven an, Herr Bödeker! Die Projekte, die in Bremerhaven am Wasser entstanden sind, waren sehr schnell verkauft, und das in einem Preissegment, das man Bremerhaven kaum zugetraut hat! Die teuersten Wohnungen waren als erste weg, und das in Bremerhaven! Ich will dort überhaupt nicht Angebote nur für die Reichen machen, das ist Quatsch, aber man sieht, es gibt dort auch die Bereitschaft, viel Geld auf den Tisch zu legen, wenn man citynah attraktiven Wohnraum anbietet. Diese Aufgabe, diese Lücke müssen wir doch entsprechend besetzen, da müssen wir doch etwas machen!

(D) Wir haben geantwortet: Wohnen an Wall und Weser, Wohnen im Alter, beides sind Programme, die sich genau damit beschäftigen, und nun sagt Frau Krusche, man muss da mehr machen. Ich kann nicht alle privaten Investoren zwingen, dort Häuser zu bauen, aber wir müssen unsere Vorteile, die es dort gibt, noch besser herausarbeiten. Deshalb habe ich den Senatsbaudirektor hier in Bremen gebeten – wir werden das sicherlich in den nächsten Wochen vorstellen –, einmal besonders mutige Bauplätze in der Innenstadt, im Citybereich zu benennen, wo man auch mit Architektur einen Standortfaktor bilden kann, wo man einmal darüber diskutieren, vielleicht auch streiten kann, ob das die richtige Architektur an der Stelle ist.

Ich glaube, einen solchen kontroversen Streit, eine solche Debatte, wie man sie in Hamburg hat mit der Elbphilharmonie, kann man auch im privaten Wohnungsbau führen: einmal kontrovers diskutieren und damit auch Standortwerbung für Bremen und Bremerhaven betreiben. Das ist das Ziel. Da wollen wir sicherlich das Tempo noch erhöhen, da wollen wir mehr machen, weil wir auf diese Menschen insoweit reagieren wollen, dass wir ein attraktives Angebot im direkten Citybereich machen wollen oder aber nahe an den ÖPNV-Trassen.

(A) Damit bin ich beim nächsten Thema, das mit Stadtentwicklung und mit Wohnungsbau zu tun hat, das ist der Bereich der Verkehrspolitik. Wir haben in der Baudeputation ein riesiges Programm für den Ausbau des ÖPNV in den nächsten zehn Jahren beschlossen. Da haben wir uns ein gewaltiges Programm vorgenommen, vor allem vor dem Hintergrund der Investitionsdebatten, die immer wieder geführt werden. Ich halte das für wichtig, weil wir natürlich nicht nur aufgrund von veränderten Umweltbedingungen etwas tun müssen. Ich erinnere an die Feinstaub-Debatten, die wir haben, die veränderte Preisgestaltung im Energiebereich, Benzinpreise. Nein, gerade auch, wenn wir die Älteren wieder zurück in die City holen wollen, brauchen sie dieses attraktive ÖPNV-Angebot. Da müssen wir natürlich etwas machen, da müssen wir eine ganze Menge machen, und vor diesem Hintergrund ist ein ganz wichtiges Thema, wie wir mit dem Verkehr umgehen.

Verkehr ist übrigens selbst ein wichtiges Thema, wenn ich das so sagen darf. Ich bin der festen Überzeugung, wenn der Autobahnring geschlossen ist, die A 281, dass wir damit Verkehr herausholen aus dem direkten inneren Autobahnring und wir damit die Attraktivität der citynahen Stadtteile noch vergrößern. Sie wissen, nicht gerade zur großen Freude der Mitglieder der CDU-Fraktion sage ich auch immer, wenn der Autobahnring geschlossen ist, können wir auch gern über die Hochstraße hier debattieren.

(B) Ich bin mir aber sicher, durch den Autobahnring gelingt es uns, den Durchgangsverkehr aus allen Stadtteilen herauszuholen, die innerhalb dieses Autobahnringes liegen. Das hat übrigens Oldenburg schon Ende der siebziger Jahre hinbekommen. Dadurch steigt die Lebensqualität enorm, und deshalb sagen die Leute, wir wollen wieder verstärkt – zusätzlich verstärkt zu den Argumenten, die ich vorher genannt habe – nach Bremen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines darf man aber nicht vergessen, und deshalb wäre es falsch, Frau Krusche, ein Vorhaben wie die Osterholzer Feldmark einfach so aufzugeben und zu opfern: Es gibt nach wie vor eine starke Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern. Deshalb muss man sich das dort anschauen, das differenzieren, und mit diesen Ein- und Zweifamilienhäusern sind wir nach wie vor in Konkurrenz zum Umland, da soll man sich nichts vormachen. Schauen Sie sich an, wie sich in Lilienthal das eine oder andere Baugebiet entwickelt hat, seitdem es auch Borgfeld gibt! Die Menschen bleiben lieber in Borgfeld, weil sie doch lieber in Bremen bleiben und entsprechend dorthin ziehen.

Ich bin mit Ihnen sehr dafür, dass wir die Osterholzer Feldmark nicht unsystematisch entwickeln dürfen und nicht, was weiß ich, mit einem mittleren Gebiet anfangen, sondern wir müssen es klug entwickeln, von einer Seite her. Genau aus diesem Grund haben wir dies in der entsprechenden Bauplanung in 13 Abschnitte unterteilt. Natürlich werden wir nicht

in der Mitte anfangen und, wenn sich dann 2015, 2018 der Markt neutralisiert hat, dann mittendrin aufhören, und rechts und links bleibt alles unkoordiniert liegen. Wir müssen das vernünftig vom Rand her entwickeln, um immer wieder auch in der Lage zu sein, auf aktuelle Rahmenbedingungen zu antworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um Stadtentwicklungspolitik zu gestalten, braucht man Geld. Wir haben eine Reihe von Programmen, und diese Programme sind teilweise komplementär finanziert, WiN, Soziale Stadt, um sie einmal zu nennen. Wir haben Vorschläge auf den Tisch gelegt, zum Beispiel mit dem Zukunftsfonds Wohnen, und wir haben ein Programm gemeinsam mit dem Koalitionspartner entwickelt, das unter den Aktivitäten Innenstadt und Stadtteilprogramm läuft.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, ich höre Ihnen gern zu, aber Sie sind jetzt über der Zeit!

(Senator Eckhoff: Aber Sie haben ja noch nicht einmal die Anzeige betätigt!)

Ja, ich habe es verpasst, weil ich Ihnen so intensiv zugehört habe, aber Sie sind jetzt in der vierzehnten Minute!

Senator Eckhoff: Ich komme auch zum Schluss!

(Zuruf des Abg. Bödeker [CDU])

Das ist ja mein Problem: Wenn ich zum Geld komme, dann klingelt mich ein SPD-Fraktionsmitglied ab!

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um Stadtentwicklungspolitik zu gestalten, braucht man die finanziellen Rahmenbedingungen. Wenn ich mir anschau, mit wie viel Engagement meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade dieses Thema der Stadtentwicklung und der Stadtteilprogramme tatsächlich abstimmen mit den Leuten, den Beiräten vor Ort, wäre es wirklich ein fatales Signal für Stadtentwicklungspolitik, wenn es ausgerechnet dieses Programm wäre, wo die Beiräte den einen oder anderen investiven Wunsch haben, um gerade auch die Stadtteile im Vergleich zum Umland oder auch im Vergleich zur City attraktiv zu gestalten und wir genau das jetzt finanziell abwürgen würden. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und hoffe insbesondere von allen Baupolitikern auf eine Unterstützung für diese Programme in den kommenden Haushaltsberatungen!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Eckhoff, jetzt habe ich wiederum nicht verstanden, warum Sie sich so aufgeregt haben.

(Senator **E c k h o f f**: Das hört sich anders an!)

Ich stelle fest, dass das, was Sie heute hier gerade erzählt haben, durch die Bank seit Jahren grüne Politik ist:

(Zurufe von der CDU)

Innenverdichtung, Lückenbebauung, die Innenstädte wieder stärken, Umwandlung von Büroraum in Wohnungsraum, das haben wir hier alles mit Anträgen, die die Koalition regelmäßig abgelehnt hat, herauf und herunter besprochen und debattiert.

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Wir haben so gehandelt seit Jahren!)

(B) Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, was die Notwendigkeit des Ausbaus des ÖPNV angeht. Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, dass wir für Stadtumbauprogramme Geld brauchen, auch vom Bund, und da hoffe ich inständig darauf, dass die dortige große Koalition das so ernst nimmt wie wir hier in Bremen zumindest. Das warte ich erst einmal ab, denn ohne diese Bundesprogramme kann man diese gewaltigen Aufgaben, gerade Stichwort Bremerhaven, nicht bewältigen. Da bin ich mit Ihnen nicht auseinander, insofern verstehe ich die Aufregung nicht. Ich habe nur zu Herrn Focke gesagt, dass ich mich freue, dass er sich langsam – das Tempo lasse ich jetzt einmal weg – den grünen Positionen annähert. Darüber freue ich mich doch nur, wenn er das tut! Das ist gut und nichts Schlechtes!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichzeitig glaube ich aber immer noch, aus seinen Äußerungen herauszuhören: So schlimm wird das alles gar nicht mit dem demographischen Wandel, Bremen muss nur immer schön attraktiv bleiben, dann werden wir davon schon verschont werden. Das ist der Punkt, wo die Grünen sagen, nein, der demographische Wandel passiert! Herr Focke, ich glaube, dass wir 2020 noch gar nicht am Ende sind, sondern die gravierenden Kurven nach unten verlaufen bis 2030. Gerade wenn man die Entwicklung von Wohnungsmärkten analysiert, ist man darauf angewiesen, lange Prognosezeiträume einzubeziehen. Mehr will ich gar

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

nicht! Ich will Sie nicht angreifen, ich freue mich über jeden Schritt in die grüne Richtung, den Sie tun!

(C)

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Da bin ich ja wieder zufrieden!)

An der Stelle bin ich mit Herrn Eckhoff völlig einer Meinung, die Programme, die aufgelegt sind, sind gut, auch in Tenever. Da sage ich Ihnen aber auch, Herr Eckhoff, auch unter dem Stichwort demographischer Wandel, es reicht nicht, nur zu sanieren, vergammelte Häuser zu verschönern, es reicht nicht, Gebäude nur abzureißen, sondern es geht auch um den Zusammenhalt der Stadtteile, der Menschen, die dort leben. Den Zusammenhang wollte ich herstellen, wenn ich gesagt habe, es muss zunehmend ressortübergreifend gedacht werden.

Was nützt es, wenn man schön sanierte Häuser in Tenever hat, aber gleichzeitig Kindergärten nicht wieder errichtet und man nicht darauf achtet, dass gerade in benachteiligten Stadtteilen das Bildungsangebot gut ist, denn nur dadurch stärkt man diese Quartiere und verschafft auch gerade den jungen Migrantenfamilien eine Zukunftschance! Das ist eigentlich mein Appell gewesen. Nirgendwo habe ich irgendein Wort gegen all die tollen Sachen gesagt, die Sie genannt haben!

Allerdings unterscheiden wir uns darin – dabei bleiben die Grünen auch –, dass wir sagen, es ist in Bremen in den vergangenen Jahren Wohnungsbau land für Einfamilienhäuser ausgewiesen worden. Wir glauben, dass das reicht und wir zukünftig auf eine Bebauung der Osterholzer Feldmark verzichten können. Gestatten Sie mir, dass wir Grünen dabei bleiben! – Danke schön!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Zunächst einmal fand ich es doch außerordentlich befremdlich, dass man Dieter Focke angreift, insbesondere dass er sich im Schneckentempo vorwärts bewegt, dass er nichts bewegt.

(Abg. Frau **K r u s c h e** [Bündnis 90/Die Grünen]: Dieter nimmt das gar nicht so schwer!)

Wir haben eine umfangreiche Arbeitsgruppe demographischer Wandel eingerichtet, wir arbeiten da kräftig, und eigentlich hat man ihn schon innerlich verflucht wegen der Papiere, die einem tagtäglich ins Haus flattern, weil es natürlich ein interessantes und insbesondere ein wichtiges Thema ist.

(A) Ich spreche natürlich für Bremerhaven, wenn man das Gewos-Gutachten betrachtet. Das Ergebnis: in den nächsten Jahren 10 000 leerstehende Wohnungen! Wenn man dann einmal überlegt, was eigentlich in der Vergangenheit passiert ist, was eigentlich schon gegriffen hat, dann ist das ja einer der wichtigen Punkte. Frau Krusche, es wäre schön gewesen, wenn Sie die Bremerhavener Abgeordneten einmal gefragt hätten, was in Bremerhaven eigentlich inzwischen schon umgesetzt worden ist.

Gerade morgen haben wir eine außerordentlich wichtige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, und es werden Beschlüsse gefasst zum Beispiel für den Bereich Kurt-Schumacher-Straße, Ferdinand-Lassalle-Straße, ein außerordentlich schwieriges Wohnungsbaugelände der Gewoba mit vielen Abrissen. Gleichzeitig werden wir eine Satzungsänderung beschließen, so dass wir einen Zugriff auf die Krause-Immobilien bekommen, die wir in Bremerhaven auch haben. Wir haben ja genau das gleiche Problem, und wir werden in dem Bereich eine Bebauungsplanänderung vornehmen, so dass dort am grünen Rand der Stadt Einfamilienhaus- und Reihenhausbebauung stattfinden kann.

Ich habe das Stichwort Ferdinand-Lassalle-Straße angesprochen, Wulsdorf, mit der Stäwog, Abriss und Veränderung des Bebauungsplans, und inzwischen ist da schon ein sehr guter Zulauf, was Reihenhausbebauung, Einfamilienhausbebauung angeht. Auch das funktioniert. Wir haben im Kapitänsviertel erstaunlicherweise hochwertigen Wohnungsbau, Herr Senator Eckhoff hat es schon angesprochen. Die Entwicklung des Kapitänsviertels geht schneller voran, als wir geplant haben, das muss man doch einmal so zugestehen! Wir hatten doch alle große Sorgen, dass hinten bei der Marineschule gebaut wird und die großen Flächen frei bleiben. Fahren Sie heute einmal dorthin! Dort entsteht sehr viel, die Verkaufszahlen sind außerordentlich gut, und das begrüßen wir natürlich sehr.

(B) Wir haben verschiedene Programme, ohne die Bremerhaven allein natürlich nicht im Bereich von Stadtentwicklung arbeiten könnte, das ist eben so. Stadtumbau West ist dabei ein hervorragendes Programm, mit dem wir ja nach Lehe in einen ganz großen Problemstadtteil hineingehen. Auch mit dem EU-Programm Urban II haben wir in dem Bereich etwas geschaffen.

Ich glaube, man muss überzeugt sein, sonst kann es nicht funktionieren, dass wir eine Stadt, wenn wir sie verändern, lebenswert und liebenswert machen. Dazu gehören viele Dinge, aber es gehört natürlich auch die Frage von Arbeitsplätzen dazu. Das darf man nicht vergessen. Man kann nicht sagen, der Kindergarten ist wichtig, natürlich, aber die Frage von Arbeitsplätzen ist eine der wesentlichsten und wichtigsten, und dort ist es, wo wir immer noch fechten.

Die Frage von maritimer Wirtschaft, lieber Kollege Günthner, die wir nachher nicht mehr diskutie-

ren, wieder einmal nicht, weil wir zeitlich leider nicht hinkommen, ist auch ein wichtiges, ein ganz spannendes Thema. Deswegen lohnt es sich auch, sich damit zu beschäftigen. Arbeitsplätze müssen wir schaffen! Wir versuchen, im Bereich von Tourismus viele Maßnahmen mit Bremer Hilfe durchzusetzen. Man kann sich getrost über die eine oder andere Maßnahme streiten, aber die Dinge, die bis jetzt umgesetzt worden sind, Zoo am Meer, Deutsches Auswandererhaus, sind erfolgreich. Das sind Dinge, die eine Stadt lebens- und liebenswert machen. Insofern glaube ich, sind wir da auf dem richtigen Weg.

(C)

Ich bin sehr enttäuscht gewesen, als ich das Gewos-Gutachten gelesen habe. Ich habe eigentlich gedacht, man würde schon etwas von der Politik, die wir zehn Jahre lang umsetzen – das muss man ja so sehen –, ablesen können. Es hat noch nicht so gegriffen. Wenn man dann aber einmal ein wenig nachdenkt, dann weiß man auch, warum. Es ist doch klar, das Deutsche Auswandererhaus ist gerade eröffnet worden, der Zoo am Meer ist letztes Jahr eröffnet worden, die anderen Maßnahmen sind alle noch in der Umsetzung.

Wir müssten da auch einmal, lieber Herr Eckhoff, darüber diskutieren, was eigentlich Ausschreibungen und Vergaben angeht. Das muss in der Region bleiben, wenn es irgendwie rechtlich geht. Es ist also eine ganz spannende Diskussion, die wir führen, aber man kann nicht sagen, dass wir nichts getan haben, allenfalls dass es vielleicht noch nicht greift. Meiner Ansicht nach sagen wir alle sehr einheitlich, wir müssen die Stadt umwandeln, wir müssen da, wo Probleme entstehen, reagieren, und wir müssen eine lebens- und liebenswerte Stadt schaffen, so dass die Menschen wieder gern in die Stadt ziehen.

(D)

Der demographische Wandel zeigt natürlich eines: Überalterung der Bevölkerung bedeutet auch leider Gottes weniger Beweglichkeit. Weniger Beweglichkeit bedeutet natürlich dann, möglichst in der Stadt zu wohnen, wenn es attraktiv geht, weil gerade viele ältere Menschen ihre Häuser im Landkreis verkaufen und in Bremerhaven ins Kapitänsviertel gezogen sind. Ich glaube, wir haben da gar keinen großen Disput, sondern wir müssen die Ärmel aufkrepeln. Wir haben viel zu tun, dafür sind wir auch in Bremerhaven bereit, und wir werden morgen wieder kluge Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Abg. F o c k e [CDU]: Jetzt will ich noch etwas sagen! – Heiterkeit)

Herr Focke, Sie haben das Wort!

- (A) Abg. **Focke** (CDU *): Wenn wir unbedingt bis sechs Uhr machen wollen, Herr Präsident, kann ich natürlich auch noch ein paar Sätze sagen! Ich will aber eigentlich nur noch zu einem Thema etwas sagen, weil das immer wieder mit den Einfamilienhäusern kommt! Es ist wirklich immer wieder die alte Tour, und es ist leider immer wieder falsch. In allen vorliegenden Gutachten ist ausgewiesen, dass der Mietwohnungsbau absolut tot ist. Null Nachfrage, und in den nächsten zehn Jahren auch nicht! Es ist nichts da.
- Jetzt muss man sich eine andere Möglichkeit überlegen, und das ist der Stadtumbau, das ist ganz klar, andere Wohnformen, es müssen nicht nur Einfamilienhäuser sein, aber es müssen auch nach wie vor die Angebote für Ein- und Zweifamilienhäuser vorhanden sein, weil sie nachgefragt werden.
- (Abg. Frau **Krusche** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das bestreitet niemand!)
- Das bestreitet niemand, das ist schön! Sie sagen aber, wir haben genug von diesen Häusern,
- (Abg. Frau **Krusche** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)
- (B) und das ist falsch, weil viele Leute kommen und sich ein Haus bauen möchten, das nicht so aussieht wie das Nachbarhaus, sondern anders!
- (Beifall bei der CDU – Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Nicht so brüllen, Herr Kollege Focke!)
- Deswegen muss es immer noch die Möglichkeit geben, dass einer sagt, jawohl, das ist schön, ich komme nach Bremen und baue mir ein Haus, und das sieht so aus, wie ich es gern möchte. Deswegen müssen wir nach wie vor gewisse Flächen vorhalten.
- Nun wird immer wieder von der Osterholzer Feldmark gesprochen, und ich habe das noch gar nicht gelesen, dass die Osterholzer Feldmark entwickelt ist mit Reihen- und Einfamilienhäusern. Das habe ich noch gar nicht gesehen. Da wird man bedarfsgerecht entwickeln müssen, und ich glaube, auch nicht nur mit Einfamilienhäusern. Da gibt es auch andere Möglichkeiten von Wohnformen, über die nachgedacht werden muss. Wir sind nicht wie eine Schnecke. Wir arbeiten sehr schnell, aber viele Sachen können eben nicht so ganz schnell umgesetzt werden, weil auch die Nachfrage danach erst erzeugt werden muss.
- Ich denke auch an das von euch damals so propagierte Wohnen ohne Auto. Das war eine tolle Sache. Alle haben versucht, etwas loszuwerden, keiner woll-
- te es haben. Die Wohnungen wollte keiner haben, weil keiner auf das Auto verzichten wollte.
- (C) (Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)
- So ist das Projekt eingestampft worden, und es ist bisher noch nicht gelungen, ein neues zu finden. Es gibt auf dem Reißbrett alle möglichen schönen Dinge, nur müssen sie auch praktisch sein und angenommen werden. Wenn dies nicht der Fall ist, dann darf man sich auch von diesen Sachen einmal wieder verabschieden. – Danke schön!
- (Beifall bei der CDU)
- Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.
- Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Focke, zum Letzten zuerst: Autofreies Wohnen halten wir Grünen nach wie vor für erstrebenswert. Der damalige Versuch ist nicht – und dieser Legende möchte ich doch widersprechen – gescheitert, weil niemand auf sein Auto verzichten wollte, sondern nach meiner Überzeugung ist er gescheitert, weil der Standort, der für dieses autofreie Wohnen damals vorgesehen war, aus heutiger Sicht absolut schlecht war.
- (D) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich glaube, dass man in jeder Großstadt dieses Ziel irgendwo –. Herr Focke, hören Sie jetzt noch eben zu, es ist kurz vor sechs!
- (Abg. **Focke** [CDU]: Ich kann das!)
- Ich glaube, dass es nach wie vor ein gutes Projekt wäre, sich in jeder Großstadt Grundstücke auszusuchen, die innenstadtnah und gut mit dem ÖPNV angebunden sind und dass man dort sehr wohl auch weiter das Ziel verfolgen sollte, autofreies Wohnen anzubieten. Aus den Fehlern, die man damals bei dem Projekt gemacht hat, glaube ich, können wir für die Zukunft eher lernen.
- Jetzt noch einmal, ich versuche inständig, irgendwo diesen Widerspruch aufzulösen: Die Grünen haben noch nie, an keiner Stelle gesagt, es dürfen in Bremen keine Einfamilienhäuser mehr gebaut werden. Das haben wir nie vertreten und werden wir nie vertreten.
- (Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Das wäre auch blöd!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Der einzige Punkt, wo wir uns wirklich drastisch unterscheiden, und zwar auch mit der Begründung

(A) des demographischen Wandels, ist der, dass wir der Meinung sind, dass Bremen in den vergangenen Jahren zu einseitig – und nichts anderes habe ich in meiner Rede vorhin gesagt – auf ein Wohnungsbaugesetz gesetzt hat, was aber eigentlich die Bevölkerungszahlen überhaupt nicht mehr hergeben. Selbst wenn alle gebärfähigen Frauen jetzt auf einen Schlag fünf Kinder bekämen, ändern wir an der demographischen Kurve nichts.

(Abg. F o c k e [CDU]: Warum ist die Nachfrage so hoch?)

Das ist unsere Kritik, und deswegen sagen wir, wir glauben, dass man bei der Ausweisung großer neuer Einfamilienhausgebiete am Bedarf vorbeiplant, nichts anderes!

In der ganzen Stadt können Einfamilienhäuser gebaut werden, so viel man will, und trotzdem sage ich, dass es nachhaltig ist, wenn man eine Politik verfolgt, die Innenstädte zu stärken, die gewachsenen Stadtteile zu stärken und sich sehr genau zu überlegen, ob es heute noch Sinn macht, auf der grünen Wiese, am Stadtrand, siehe Brokhuchting, neue Einfamilienhäuser zu bauen. Wir müssen die Infrastruktur bezahlen, wir müssen die Infrastruktur erhalten. Jede neue Straße kostet Geld, und wir müssen für eine gute ÖPNV-Anbindung sorgen. Deshalb unterstützen wir Sie bei allen Maßnahmen, die die gewachsenen Stadtstrukturen lebenswert und liebenswert machen und sie stärken, aber wir schauen sehr genau hin, wo neue Wohnungsbaugesetze zukünftig noch entstehen sollen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

(Abg. F o c k e [CDU]: Jetzt darfst du ruhig lange reden! Frau Krusche darf nicht mehr, sie hat schon dreimal! – Heiterkeit)

Senator Eckhoff: Damit wollte ich anfangen, Dieter, aber keine Sorge, ich wollte noch einmal drei, vier Punkte kurz aufgreifen, weil das vorhin im Lauf der Debatte auch eine Rolle gespielt hat!

Punkt eins: Es ist völliger Quatsch, dass veränderte Nachfragen, zum Beispiel im Bereich Auto, autofreies Wohnen, weitestgehend autofreies Wohnen, nicht in irgendeiner Form berücksichtigt werden. Das Projekt damals ist gescheitert, weil man insgesamt nur drei Wohneinheiten davon verkaufen konnte und sonst in dem ganzen Gebiet keiner nachgefragt hat.

Wir reagieren aber auch darauf, liebe Frau Krusche, wenn ich mir gerade anschau, wie sich auch das Thema Carsharing in Bremen entwickelt hat, dass dort eine ganze Menge passiert ist, dass wir verschiedene Cambio-Punkte ausgewiesen haben, dass wir

gerade Civitas-Stadt des Jahres geworden sind. Das sind, finde ich, alles positive Beispiele, die genau diesem Punkt schon längst Rechnung tragen, wo Sie so tun, als würde hier nichts gemacht.

(C)

Natürlich muss jemand, der vielleicht nur ein- oder zweimal im Monat ein Auto braucht, die Möglichkeit haben, möglichst nahe an ein Carsharing-Modell heranzukommen und dort weiter zu wohnen, und wenn er ein Auto braucht, bekommt er auch eines. Das machen wir aber schon längst. Wir sind selbst von der EU dafür ausgezeichnet worden, dass wir in diesen Fragen so vorbildlich sind, Frau Krusche. Deshalb tun Sie nicht so, als wenn hier in Bremen in diesem Bereich nichts passiert!

(Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich doch gar nicht getan! Was werfen Sie mir denn dauernd vor? Sie reden an meinem Beitrag völlig vorbei!)

Dann haben Sie zwei Dinge gesagt, die haben mich unter grünen Gesichtspunkten sehr erschreckt. Zum einen haben Sie vorhin gesagt, Familien fragen nicht mehr so den Wohnraum nach.

(Zuruf der Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen])

Doch, das haben Sie gesagt!

(D)

(Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich habe gesagt, der Anteil der Familien sinkt!)

Sie haben das in der Großen Anfrage etwas anders ausgedrückt, ich will das so sagen. Danach wird gesagt, Paare ohne Kinder, Alleinerziehende, Seniorenpaare bestimmen immer mehr die Nachfrage. So heißt es in der Antwort zu Frage sechs. Ich will nur einmal vorwegschicken, von meinem Verständnis her sind das auch Familien, aber das nur einmal am Rand!

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht ist da meine Weltvorstellung moderner als die der Grünen, Frau Krusche, das will ich gar nicht bewerten. Nach meiner Vorstellung sind das auch Familien.

Wir müssen also dieser geänderten Nachfragestruktur Rechnung tragen, und deshalb müssen wir in den verschiedensten Bereichen unterschiedliche Modelle bereitstellen. Daher brauchen wir genauso die Möglichkeit in der Osterholzer Feldmark, wie wir auch die Möglichkeit brauchen, Loftwohnungen in der Überseestadt auszubauen, denn das entscheiden nicht wir als Politiker, sondern das entscheiden diejenigen, die nachfragen.

(A) Zwei weitere Bemerkungen! Stadtmonitoring! Genau deshalb, weil es Sinn macht, städtische Einrichtungen zu vernetzen und über die Ressorts hinweg zu arbeiten, haben wir diese Stadtmonitoring-Gruppe eingerichtet, da es überhaupt keinen Sinn macht, dass der Senator für Soziales im Stadtteil eine Einrichtung hat, 100 Meter weiter ist eine Sporthalle, 100 Meter weiter ist ein Kulturcenter, und dann gibt es noch irgendwo eine Einwohnermeldestelle. Das macht alles keinen Sinn. Dies muss konzentriert werden, Schulen, Kindergärten und so weiter, und das ist ein hochinteressantes Projekt, dem wir uns dort widmen.

Letzte Bemerkung, weil ich das vorhin vergessen hatte: Ich finde es sehr wichtig, dass wir gerade diese Projekte durch die Menschen vor Ort begleiten. Deshalb setzen wir verstärkt auf Bürgerbeteiligung wie zum Beispiel bei der Pauliner Marsch, und deshalb setzen wir auch verstärkt auf solche Gruppen wie in Tenever, die ihre Arbeit dort wirklich vorbildlich machen. Diese Meinung haben wir gemeinsam, Frau Krusche, das wollte ich an dieser Stelle nur noch einmal sagen.

Es war für mich ein großes Vergnügen, dass ich mit den Anwohnern über die Veränderungen in Tenever bereits im Februar auf einem Wochenendseminar sprechen konnte über die Vorstellungen, die dem ähnelten, was wir nachher im Juni/Juli auch in die Senatsvorlage gebastelt haben, dass es nicht gleich in der Zeitung stand, sondern man sich da gemein-

(B)

sam austauschen konnte und tatsächlich eine solide Grundlage gefunden hat. Es ist wirklich vorbildlich, wie die Menschen in Tenever mit ihrem Stadtbau umgehen. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun liegen wirklich keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Schade!)

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/792, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 17.59 Uhr. Vielleicht als Letztes: Wie ich gerade von Herrn Bürgermeister Röwekamp erfahren habe, beginnen wir morgen Vormittag mit einer Mitteilung des Senats, einer Regierungserklärung. Ich bitte, pünktlich zu sein, damit wir hier mit allen im Parlament beginnen können.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.00 Uhr)

(D)

(A)

Anhang zum Plenarprotokoll

(C)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 16/780

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen)
Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen)	Tittmann (DVU)
Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	

Gegen den Antrag haben gestimmt die Abgeordneten

(B)

Frau Ahrens (CDU)	Liess (SPD)
Frau Akkermann (CDU)	Frau Marken (SPD)
Frau Allers (CDU)	Frau Möbius (SPD)
Frau Arnold-Cramer (SPD)	Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)
Bartels (CDU)	Manfred Oppermann (SPD)
Bensch (CDU)	Perschau (CDU)
Frau Berk (SPD)	Peters (CDU)
Bödeker (CDU)	Frau Peters-Rehwinkel (SPD)
Frau Böschen (SPD)	Pfahl (CDU)
Brumma (SPD)	Pflugradt (CDU)
Frau Busch (SPD)	Pohlmann (SPD)
Ehmke (SPD)	Ravens (CDU)
Frau Emigholz (SPD)	Frau Reichert (SPD)
Focke (CDU)	Rohmeyer (CDU)
Frau Garling (SPD)	Frau Schmidtke (SPD)
Gerling (CDU)	Dr. Schuster (SPD)
Görtz (SPD)	Frau Schwarz (SPD)
Grotheer (SPD)	Dr. Sieling (SPD)
Günthner (SPD)	Frau Speckert (CDU)
Frau Dr. Hannken (CDU)	Frau Dr. Spieß (CDU)
Herderhorst (CDU)	Strohmann (CDU)
Frau Hövelmann (SPD)	Tschöpe (SPD)
Imhoff (CDU)	Frau Tuzek (CDU)
Jägers (SPD)	Frau Wiedemeyer (SPD)
Kasper (SPD)	Frau Windler (CDU)
Kirschstein (SPD)	Frau Winther (CDU)
Knäpper (CDU)	Frau Wischer (SPD)
Kottisch (SPD)	Frau Ziegert (SPD)
Frau Kummer (SPD)	

(D)